Mittwoch, 31. Juli 1985 - D ✱✱✱

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 175 - 31.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Ohne DAG: An dem Dreiergespräch von Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern soll nur der DGB, nicht aber die Angestelltengewerkschaft (DAG) teilnehmen, die Arbeitsminister Blüm gern dabeigehabt hätte. An der Ausarbeitung der Diskussionspapiere für das Treffen am 5. September war nur der DGB, nicht aber die DAG beteiligt. (S. 4)

Energie: Das Braunkohlekraftwerk Buschhaus bei Helmstedt, um das es monatelange juristische und politische Auseinandersetzung gegeben hatte, ist gestern ans Netz gegangen. (S. 4)

Ambitionen: Bundesjustizminister Hans Engelhard will sich nach eigenen Angaben um den Spitzenplatz auf der bayerischen FDP-Landesliste für die Bundestagswahl 1987 bewerben. (S. 8)

Arbeitskampf: Den seit einer Woche andauernden Streik im Metallhandwerk von NRW hat die IG Metall auf einen weiteren Betrieb in Ibbenbühren ausgedehnt. Bis zum Wochenende sollen noch zwei weitere Betriebe in den Arbeitskampf einbezogen werden.

Atomtests: Die Ankündigung des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow, bis Ende 1985 auf Atomtests zu verzichten, ist in Washington skeptisch aufgenommen worden. Die Vereinigten Staaten lehnten den Vorschlag, sich entsprechend zu verhalten, ab. (S. 8)

Südafrika: Präsident Botha hat mit der Ausweisung schwarzer Gastarbeiter gedroht, wenn deren Heimatländer weiterhin internationale Aufrufe zu Sanktionen unterstützten. Enttäuscht über die harte Haltung Bothas zeigte sich gestern Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu, der vergeblich ein Treffen angeregt hatte.

Großbritannien: Gegen einen neuen Vertrag für die Europäische Gemeinschaft hat sich ein Sonderausschuß des britischen Oberhauses für EG-Fragen ausgesprochen. Die Zeit sei nicht reif für die Schaffung einer Europäischen Union.

Flucht: Einem 30jährigen Mann aus der CSSR ist in der Nacht zum Montag die Flucht nach Bayern gelungen, wo er um politisches Asyl gebeten hat.

ZITAT DES TAGES



❝ Sicherheit heißt nicht Zäune errichten, sondern Tore aufmachen ❞

Der finnische Präsident Mauno Koivisto bei der Eröffnung des Außenministertreffens anläßlich des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Der seit zweieinhalb Jahren währende Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik Deutschland wird nicht nur 1985 anhalten, sondern sich auch noch 1986 fortsetzen, besagt eine Studie des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Kritisch wird aber angemerkt, der Bundesregierung fehle der Mut zu einer „beherzten Verbesserung der Rahmenbedingungen". (S. 9)

Japan: Die Regierung hat gestern ein Programm zur Erleichterung von Importen veröffentlicht. In dem 88 Punkte umfassenden Dokument verpflichtet sie sich, die Importe durch eine Verringerung von Handelshemmnissen und durch Zollsenkungen zu fördern. (S. 9)

Renten: Die Liquidität der Rentenversicherung ist in diesem und im kommenden Jahr auch bei vorsichtigen Annahmen (3,5 Prozent Lohnsteigerung und 0,2 Prozent Beschäftigungszuwachs) gesichert, erklärte der parlamentarische Staatssekretär im Arbeitsministerium, Vogt. (S. 9)

Börse: An den deutschen Aktienmärkten setzte sich die Abwärtsbewegung fort. Auch am Rentenmarkt wurde nach längerer Stabilität wieder eine nachgebende Tendenz sichtbar. WELT-Aktienindex 191,23 (192,84). BHF-Rentenindex 104,081 (104,172). Performance Index 105,504 (104,596). Dollarmittelkurs 2,8353 (2,8304) Mark. Goldpreis pro Feinunze 325,25 (326,50) Dollar.

KULTUR

Biographie: An vertrauter Literatur über Xaver Fuhr ist kein Mangel. Doch die jetzt erschienene Biographie des Malers von Axel Hubertus Zienicke liefert erstmals einen systematischen Überblick über alle erfaßbaren Arbeiten. Außerdem ist der Autor dem unnahbaren Fuhr so nahe gekommen wie bisher wahrscheinlich kein anderer. (S. 15)

Musical: Die „Meuterei auf der Bounty", bereits dreimal verfilmt, hat der englische Popmusiker David Essex jetzt auch als Musical unter dem Titel „Mutiny" im Londoner Picadilly Theatre zur Uraufführung gebracht. Während die Vorstellung noch einiges für die Augen bot, schleppte sich die Bounty musikalisch von Untiefe zu Sandbank. (S. 15)

SPORT

Tennis: In der neuen Weltrangliste ist Boris Becker um einen Platz auf Rang neun aufgerückt. Hansjörg Schwaier und Andreas Maurer liegen jetzt auf den Plätzen 39 und 41. (S. 7)

Motorsport: Der Brasilianer Emerson Fittipaldi (38), Formel-1-Weltmeister 1972 und 1974, feierte mit einem Sieg bei der amerikanischen CART-Serie ein erfolgreiches Comeback. (S. 7)

AUS ALLER WELT

„Challenger": Der Ausfall eines der drei Haupttriebwerke kurz nach dem Start der bemannten US-Raumfähre war nach Angaben eines Sprechers der Nasa das bisher größte Problem in den vergangenen vier Jahren. Dadurch können auch nicht alle Experimente wie vorgesehen durchgeführt werden. (S. 16)

Betrüger: Der Wiener Staatsanwalt Lutz Moser, der für die Niederschlagung eines Betrugsverfahrens 1,5 Millionen Schweizer Franken kassiert hatte, ist laut Geständnis nicht von dem Angeklagten bestochen worden. Die Initiative für diese „außergerichtliche Klärung" des Falles ging von ihm selbst aus. (S. 16)

Wetter: Meist stark bewölkt, zeitweise Regen. 18 bis 20 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Shultz in Helsinki: Mauern und Stacheldraht teilen Europa

„USA wollen den Gipfel zu seriöser Arbeit nutzen" / Genscher traf Fischer

BERNT CONRAD, Helsinki

Der amerikanische Außenminister George Shultz hat der Sowjetunion auf der KSZE-Jubiläumstagung in Helsinki angeboten, in geduldiger und seriöser Weise zu Vereinbarungen zu kommen, die im Interesse beider Seiten liegen. Dabei erwähnte er vor allem die Sachbereiche Abrüstung, Sicherheit und Wirtschaftsaustausch, fügte jedoch hinzu, auch die Rechte und das Wohlergehen des Einzelmenschen müßten gestärkt und verbessert werden.

Anhand konkreter Beispiele kritisierte Shultz zahlreiche Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion. Mit Nachdruck forderte er Schritte zur Überwindung der Spaltung Europas. Die Rede des US-Außenministers und eine Ansprache seines sowjetischen Amtskollegen Eduard Schewardnadse bildeten nach der Eröffnungsrede des finnischen Präsidenten Koivisto den Höhepunkt des ersten Tages der Konferenz zum 10jährigen Jubiläum der Schlußakte von Helsinki.

Schewardnadse zeigte sich bei seinem ersten Erscheinen auf internationalem Parkett heiter, selbstbewußt und kontaktfreudig. Er hatte schon bei seiner Ankunft in der finnischen Hauptstadt guten Willen demonstriert, indem er versicherte, die gegenwärtigen Spannungen erforderten „gemeinsame Anstrengungen, um das politische Klima in Europa und die internationalen Beziehungen insgesamt radikal zu verbessern". Deshalb müßten die Basis der KSZE-Schlußakte gestärkt und ihre Erosion verhindert werden.

Heute werden Shultz und Schewardnadse, die sich gestern in der Finlandia-Halle vor Beginn der Eröffnungssitzung bereits persönlich kennengelernt haben, zu einem auf mindestens drei Stunden angesetzten Gespräch zusammenkommen.

Ebenso wie auf der KSZE-Gipfelkonferenz vor 10 Jahren an gleicher Stelle zeigt sich auch diesmal wieder, daß der unaufhörliche Reigen persönlicher Begegnungen am Rande eine größere Rolle spielt als das offizielle Geschehen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. So konferierten Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und „DDR"-Außenminister Oskar Fischer gestern morgen eine Stunde lang miteinander. Genscher bewertete das Treffen als „nützlich und positiv". Offenbar hat der Minister dabei auch kritische Probleme, wie die Kontaktsperre für rund drei Millionen „DDR"-Bewohner, angesprochen.

US-Außenminister Shultz nahm am Nachmittag in der Arbeitssitzung, die unter seinem Vorsitz stand, bei aller Gesprächsbereitschaft kein Blatt vor den Mund. Unmißverständlich wies er auf Mauern und Stacheldraht hin, die auch 10 Jahre nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte den europäischen Kontinent teilten.

„Wir alle leben unbehaglich mit der brutalen und künstlichen Teilung dieses Kontinents, auch wenn wir nach Wegen zu ihrer Überwindung suchen. Aber nichts in der menschlichen Geschichte hat sich als unwiderruflich erwiesen", sagte Shultz. Er fügte hinzu: „Vielleicht niemand hier aus meiner Generation kann erwarten, daß Mauern und Stacheldraht in unserer Lebenszeit wie durch Zauber

● Fortsetzung Seite 8

Kopelew: Es sind noch Tausende in Haft

DW. Bonn

Rechtzeitig zum 10. Jahrestag der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ist aus der Sowjetunion ein Videofilm über die Familie Sacharow in den Westen gelangt. Er soll beweisen, daß es dem Friedensnobelpreisträger und seiner Frau gut geht. Der Film wurde der „Bild"-Zeitung in Moskau zugespielt und vom ZDF in Ausschnitten ausgestrahlt. Offenbar mit versteckter Kamera gefilmt, zeigt er unter anderem, wie Andrej Sacharow – anscheinend wieder gesund – aus der Klinik entlassen wird und zu seiner Frau Jelena Bonner zurückkehrt. In einem Interview des Deutschlandfunks äußerte sich zu diesem Film der sowjetische Schriftsteller Lew Kopelew.

Der Export des Films am Vorabend der Helsinki-Jubiläums-Konferenz zeuge eindeutig davon, daß der Druck der Öffentlichkeit auf die sowjetischen Behörden wirksam sein könne, sagte Kopelew. Proteste, Bitten und Einsprüche, die seit Monaten nach Moskau gerichtet worden seien, hätten dies bewirkt. Dennoch sei es eine unwürdige Art der Beschattung, solche Filme von Geheimagenten aufnehmen zu lassen.

Die Tatsache, daß Tausende von Menschen, die weniger bekannt seien als Sacharow, auch weiterhin in Gefängnissen und Verbannung lebten, sei eine Verpflichtung, mit diesem Druck nicht nachzulassen. „Wir können den Menschen drüben helfen", sagte Kopelew. Er erinnerte daran,

SEITE 2:
Video Sacharow

daß die Helsinki-Kommissionen von der Staatssicherheit aufgelöst beziehungsweise vernichtet worden seien, daß der Leiter der Moskauer Helsinki-Kommission, der Physiker Jurij Orlow, sieben Jahre Straflager bekommen habe und in der Verbannung lebe. Allein 1984 seien drei Mitglieder der ukrainischen Helsinki-Kommission gestorben.

„Friede und Menschenrechte sind untrennbar", betonte der Schriftsteller. „Der sogenannte Korb III von Helsinki ... darf nicht als Dessert zu den politischen Hauptgerichten betrachtet werden." Man könne nur hoffen, daß die neue sowjetische Führung dies besser begriffe.

Auf die Frage, ob nicht Helsinki für die Bürger der Sowjetunion zumindest bewirkt habe, daß man heute die Einhaltung der Schlußakte einklagen könne, meinte Lew Kopelew: „Es hat Hoffnungen gebracht. Und es hat eine rechtliche Grundlage gebracht für die Menschenrechte, die eigentlich von der sowjetischen Verfassung und den sowjetischen Gesetzen auch verbrieft sind, offen aufzutreten." Aber die Menschenrechtsbestimmungen der KSZE-Schlußakte seien noch nicht zur Realität geworden.

Heute sei übrig geblieben die Sorge um die Menschenrechte in der Sowjetunion, in Polen, der CSSR ebenso wie in Südafrika oder Chile. „Die Menschenrechte sind kein Luxus", mahnte Kopelew, „und die Sorge um sie ist keine Wohltat." Wer glaube, nur für den Frieden eintreten zu können und dabei die Menschenrechte ignoriere und umgekehrt, schade beiden. „Kein Friede ohne Menschenrechte, keine Menschenrechte ohne gesicherten Frieden. Das muß begriffen werden."

Reagan für Kooperation mit Europa

Bei SDI-Forschung sollen europäische Sicherheitsinteressen voll berücksichtigt werden

RÜDIGER MONIAC, Bonn

US-Präsident Ronald Reagan hat den Projektleiter des SDI-Projektbüros im Pentagon, Generalleutnant James Abrahamson, angewiesen, bei der Vergabe von Aufträgen zum Forschungsprogramm für ein Raketenabwehrsystem im Weltraum amerikanische Firmen zu bevorzugen, die zur Erfüllung ihrer SDI-Aufgaben eine Partnerschaft mit europäischen Unternehmen vorweisen können. Mit dieser Erkenntnis sind deutsche Industrievertreter von einer Erkundungsreise nach Washington zurückgekehrt.

Reagans Direktive geht offenbar auf Gespräche zurück, die der Präsident während des Bonner Weltwirtschaftsgipfels Anfang Mai mit Bundeskanzler Helmut Kohl und anderen Regierungschefs verbündeter Länder geführt hatte. Obwohl die amerikanische Industrie unter technologischen Aspekten nicht unbedingt auf die Kooperation mit dem Ausland angewiesen ist, kanalisiert die Reagan-Administration auf diese Weise das Industrie-Interesse in Europa. Damit will Washington offensichtlich erreichen, daß im SDI-Forschungsprogramm nicht länger der Frage ausgewichen wird, wie die Bedrohung Westeuropas durch ballistische Waffen kürzerer Reichweite sowie Flugzeugen und Marschflugkörpern begegnet werden kann. Dem Vernehmen nach wird den US-Unternehmen durch Abrahamsons Büro auch erklärt, sie müßten in der Phase zwei der SDI-Auftragsvergabe Angebote unterbreiten, in denen auf die Bedrohung Europas mit technischen Lösungsmöglichkeiten eingegangen wird.

Diese neue Situation wird von den Vorständen deutscher an SDI-Aufträgen interessierter Unternehmen mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Von amerikanischer Seite werden nun, wie zu erfahren war, erste Kontakte auch mit deutschen Firmen mit dem Ziel einer SDI-Kooperation angestrebt. Die einschlägige deutsche Industrie ist entschlossen, auf die amerikanischen Offerten positiv zu reagieren, will aber als gleichwertiger Partner der US-Firmen behandelt werden. Deutsche Industrievorstände wollen unter allen Umständen vermeiden, für die Amerikaner nur als „Feigenblatt" zu dienen, damit das Pentagon für die Auftragsvergabe die Anweisung des Präsidenten erfüllt sieht.

Für die Besiegelung dieser Partnerschaft ist nach deutscher Ansicht nicht mehr viel Zeit. Spätestens im Oktober wollen die US-Firmen unterschriftsreife Verträge haben, da dann in größerem Umfang mit der Vergabe weiterer Aufträge durch die SDI-Büros auch der US-Teilstreitkräfte zu rechnen ist. Vorher wird wieder unter Leitung von Ministerialdirektor Horst Teltschik vom Bundeskanzleramt eine deutsche Kommission aus Vertretern der Regierung, der Industrie und der Wissenschaft die Bedingungen einer SDI-Beteiligung im Detail erörtern. Teltschik soll dabei auch die Möglichkeiten zum Abschluß eines Rahmenabkommens zwischen den Regierungen erkunden.

Reagan gegen Etat-Kompromiß

DW. Washington

Die Aussichten auf einen spürbaren Abbau des Rekorddefizits im Haushalt der Vereinigten Staaten sind ernsthaft in Frage gestellt worden: Präsident Reagan lehnte einen Kompromißvorschlag ab, den seine republikanischen Verbündeten im Senat ausgearbeitet hatten. Getreu seinen Wahlversprechen, keine neuen Aufgaben zu erheben, wandte er sich gegen eine Importsteuer für Erdöl, die in drei Jahren rund 25 Milliarden Dollar Mehreinnahmen erbracht hätte. Auch den Vorschlag, die Renten nurmehr alle zwei Jahre und nicht wie bisher jährlich der Inflationsrate anzupassen, lehnte der Präsident ab. Durch diese Maßnahme sollten sieben Milliarden Dollar in drei Jahren eingespart werden. Mit ihrem Entwurf wollte die republikanische Mehrheit im Senat das geschätzte Budgetdefizit im Fiskaljahr 1986 um 65 Milliarden Dollar senken.

Der Rhein besser als sein Ruf

DW. Bonn

Die Qualität des Trinkwassers in den Bundesrepublik Deutschland ist besser geworden, heißt es im neuen Jahresbericht der Wasserwirtschaft. Die neue Gewässergütekarte – die den Einfluß salzhaltiger Abwässer und toxischer Spurenstoffe nicht erfaßt – weise deutliche Verbesserungen an der Donau im Raum Regensburg, am Neckar unterhalb von Stuttgart sowie am hessischen Untermain auf. Auch sei der Rhein besser als sein Ruf. Bund, Länder und Gemeinden hätten in diesem Bereich sieben Milliarden Mark investiert. Eine Reihe von Wasserwerken müsse jedoch in der Bundesrepublik auf Grund der steigenden Nitratwerte im Trinkwasser geschlossen werden, wenn am 30. 8. neue EG-Richtlinien für die Trinkwasserversorgung in Kraft treten. Dazu werde es aber aus Termingründen vorerst nicht kommen.

Seite 9: Qualität verbessert

Für Initiative gegen den Terrorismus

DW. Madrid

Schwere Vorwürfe hat der amerikanische Justizminister Meese an die Adresse der Sowjetunion gerichtet. Moskau sei „in das komplexe Phänomen des Terrorismus verwickelt und versucht, daraus Profit zu schlagen", sagte der US-Politiker in einem Gespräch mit der konservativen spanischen Zeitung „ABC".

Beunruhigt zeigte sich der Justizminister darüber, daß die westlichen Länder „von der Bedrohung abhängig" und damit politisch erpreßbar würden. Deshalb sei es notwendig, die Initiative zu übernehmen und „den Projekten des Gegners zuvorzukommen". Zwar sei es nicht möglich, den Terrorismus vollkommen auszuschalten, jedoch könne er in ein „Randphänomen" umgewandelt werden, wenn die internationale Zusammenarbeit gegen die politisch motivierte Gewalt „Gestalt annimmt".

DER KOMMENTAR

Nach zehn Jahren

HEINZ BARTH

Mit einer Rede von eindrucksvoller Nüchternheit hat Amerikas Außenminister George Shultz vor seinen 34 Kollegen aus den Unterzeichner-Staaten der KSZE die zehn Jahre analysiert, die seit der ersten Konferenz von Helsinki vergangen sind. Er bemühte sich, der neuen Sowjetführung deutlich zu machen, daß sie von der Reagan-Administration danach beurteilt werden wird, ob sie bereit ist, die Versprechungen ernst zu nehmen, die der Kreml in Helsinki gemacht, aber in seinen wichtigsten Teilen gebrochen hat.

1975 hatte Kissinger geglaubt, es werde möglich sein, die Sowjetunion durch den Helsinki-Prozeß in ein Netz von Verpflichtungen einzubinden, das zu einer Stabilisierung des labilen Friedens führen würde, mit dem wir seit dem Zweiten Weltkrieg leben müssen. Der Frieden ist formal nicht gebrochen, aber auch nicht stabiler geworden. Als die Sowjets erkennen mußten, daß die Sanktionierung der Teilung Deutschlands durch einen Friedensvertrag unerreichbar war, begannen sie auf die für sie nächstbeste Lösung, die von Helsinki, zu drängen. Die Bilanz, die Shultz zehn Jahre danach ziehen mußte, konnte nicht illusionsloser sein. Er nannte die Teilung Europas brutal und künstlich. Aber es fiel auf, daß er die Tür für eine Verbesserung der Beziehungen und für das Novembertreffen Reagan-Gorbatschow offen ließ.

Am schärfsten kritisierte er die Sowjetunion in der Frage der Menschenrechte, die vorwiegend den Vorgängern der jetzigen Kremlführung zur Last fällt. Er vergaß weder das Schicksal Sacharows noch die Tatsache, daß die Sowjetbehörden die in der Schlußakte garantierten Erleichterungen bei der Familien-Zusammenführung verweigern. Die „begrenzten Fortschritte", von denen er sprach, können weder die USA noch den Westen befriedigen, weil daran festgehalten werden muß, daß die Bestimmungen der Schlußakte unteilbar sind.

Es war die Rede, wie geschaffen, um Gorbatschow und seine neue Mannschaft zu erproben, wieviel an dem gefälligeren Stil, mit der sich auch sein Außenminister in Helsinki präsentiert, und am Angebot eines Atomversuchs-Moratoriums echt sein mag. Die Gegenofferte, Sowjetbeobachter zu unterirdischen Nuklear-Erprobungen der USA einzuladen, ein wichtiger Test in der Frage der Moskauer Einstellung zur Verifizierbarkeit, paßt nahtlos zu der Haltung, die Shultz in Helsinki einnahm. Die Sowjetunion ist jetzt auf dem Prüfstand.

SPD lobt das Verhalten der Delegation in Moskau

„Standfestigkeit" gewürdigt / Abreise verworfen

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Eklat bei den kommunistischen „Weltjugendfestspielen" findet inzwischen seine Fortsetzung in einer sich verschärfenden innenpolitischen Auseinandersetzung in Bonn. SPD-Vorstandssprecher Wolfgang Clement lobte gestern die „Standfestigkeit der deutschen Jugenddelegation" in Moskau, die „ihre Früchte trägt", und warf zugleich der Bundesregierung „besserwisserische Ratschläge" vor.

Clement antwortete auf den Appell von Regierungssprecher Schäfer, nach der offensichtlichen Mißachtung des Berlin-Abkommens aus Moskau abzureisen. Der SPD-Sprecher sagte: „Wer Verständigungspolitik ernst meint, der wird sich allen Rückfällen in zumeist juristisch verbrämte Einigelungstendenzen nach kaltkriegerischem Muster so weit wie irgend möglich widersetzen." In die gleiche Kerbe schlugen die Sprecher der Delegation aus der Bundesrepublik Deutschland – die in ständigem telefonischen Kontakt mit der SPD-Parteizentrale stehen –, indem sie in einer in Moskau abgegebenen Erklärung der Bundesregierung „gezielte Falschmeldungen" über die Moskauer Ereignisse vorwarfen.

Nach einer „Entschuldigung" der sowjetischen Veranstalter für das „Versehen", eine eigene Westberliner Delegation bei der Festival-Eröffnung an der elektronischen Anzeigetafel ausgewiesen zu haben, und nach „wesentlichen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen" haben jedenfalls die Vertreter von 17 Jugendverbänden der Bundesrepublik Deutschland ihre Mitarbeit in Moskau wiederaufgenommen. Zu ihnen gehören neben der Sportjugend, den Jungsozialisten und Jungdemokraten unter anderem auch die Evangelische Jugend, die Jugendverbände von DGB und DAG, Pfadfinder sowie die den Vertriebenen-Verbänden nahestehende Deutsche Jugend des Ostens. Als „Verbesserung" wurde gewertet, daß „jeder Delegierte ab sofort da mitdiskutieren kann, wo er will", die Türen des Deutschen Clubs nun „offenstehen" und Jugendliche beim Verteilen von Flugblättern „nicht behindert" wurden.

SEITEN 2 UND 3:
Weitere Beiträge

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend, der ebenso wie etwa RCDS und Jungliberale wegen der nicht ausreichend geklärten Behandlung Berlins während des Festivals nicht mitgereist ist, sieht die „schlimmsten Befürchtungen bewahrheitet, daß nämlich Moskau in der Berlin-Frage bis zur äußersten Provokation gehen könnte". Dennoch riet der Verbandsvorsitzende davon ab, vorzeitig aus Moskau abzureisen, weil die Jugendvertreter „vor Ort für die Veranstalter ein viel unbequemerer Gesprächspartner sind".

Unbequem wurde gestern die schwedische Delegation: Erst nach der Drohung mit Abreise durfte eine Anklagerede gegen die Besetzung Afghanistans vor einem „anti-imperialistischen Tribunal" verlesen und als Schriftstück verteilt werden.

Den Polen sind Preise zu hoch und Löhne zu niedrig

Offizielle Umfrage: Wirtschaftlicher Pessimismus wächst

DW. Warschau

Einen „beunruhigenden Anstieg des Pessimismus der Polen in wirtschaftlicher Hinsicht" hat der Direktor des staatlichen Warschauer „Zentrums für Studien der öffentlichen Meinung", Oberst Stanislaw Kwiatkowski, festgestellt. Nahezu zwei Drittel der Polen glaubten nicht, daß die Wirtschaftspolitik der Regierung Jaruzelski das Land aus der Wirtschaftskrise herausführen kann, heißt es in der von der Wochenschrift „Polityka" veröffentlichten Umfrage des Instituts.

„Mindestens die Hälfte der Bevölkerung", betont Kwiatkowski, übt Kritik an dem „Zustand der Wirtschaft, der Ausübung der Regierungsgewalt und der Politik im allgemeinen". Mit Abstand der Hauptgrund für diese Unzufriedenheit (73 Prozent) ist die Steigerung der Preise von Konsumgütern und Dienstleistungen. 41 Prozent der Befragten kritisieren das Niveau der Gehälter. Hingegen beschweren sich nur elf bis 28 Prozent aus anderen Gründen. So glaubt Kwiatkowski einen „in politischer Hinsicht sichtbar zunehmenden Optimismus" feststellen zu können, da „die politische Situation die Bewohner dieses Landes nicht mehr beunruhigt".

Studentenführer der neun größten polnischen Hochschulen haben in einer westlichen Journalisten zugänglich gemachten Erklärung angekündigt, sie würden die für Mitte Oktober angesetzten Parlamentswahlen boykottieren, weil das Parlament in Warschau in der vergangenen Woche eine Verschärfung des Hochschulgesetzes beschlossen hat. Das neue Gesetz sieht die Auflösung aller Studentenselbstverwaltungen vor und zielt auf die politische Disziplinierung der Hochschulen ab.

Mit Streiks drohte die Betriebsgruppe der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" im hauptstädtischen Stahlwerk Huta Warszawa. Bis spätestens 1. September fordern die Arbeiter die Anhebung der Monatslöhne um 5000 Zloty (etwa 90 Mark) und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Video Sacharow

Von Herbert Kremp

Die Wolga ist 3530 Kilometer lang, und wir wissen aus stimmungsvollen Liedern einiges über den Wolgastrand. Dort sitzt Jelena Bonner, die Frau des Friedensnobelpreisträgers Sacharow – allein. Mit dieser Szene beginnt der Videofilm des sowjetischen Geheimdienstes KGB, der zum Auftakt des Außenministertreffens von Helsinki den Rest der Welt in Eigenart und Begriff der sozialistischen Menschlichkeit einstimmen soll. Sacharow ist zwar nach Gorki verbannt, aber es geht ihm nach intensiver ärztlicher Behandlung gut. Er konnte, er durfte ins Exil zurückkehren. Dort küßt er seine Frau, die kurz vorher Hefeteilchen gekauft hatte. Dann gehen beide in den Wald und suchen Pilze.

Von Zeit zu Zeit verbreiten die Sowjets Desinformationen. Eine Desinformation ist nicht schlechtweg eine Lüge. Sie enthält Tatsachen, die zum Zwecke der Täuschung zusammengefügt wurden. Der Videofilm zeigt, was sich abgespielt hat. Das Ehepaar Sacharow wurde nicht durch Doubles ersetzt. Es sind wirklich die Sacharows, die sich küssen. Ob sie nun dies tun oder Pilze sammeln, was für eine gewisse Geruhsamkeit des Lebens spricht, oder ob Frau Jelena allein an der Wolga sitzt oder ihr kleines Auto wäscht – alles sieht so normal, so familiär in des Wortes umfassender Bedeutung aus, daß man nicht annehmen kann, das Ehepaar habe auf Geheiß geschauspielert. Nein, da wurde sicher nichts gestellt. Im Gegenteil. Die beiden wurden gefilmt, ohne daß sie davon etwas merkten.

Im Lande des Großen Bruders ist das Auge desselben wohl überall. Im Falle der Sacharows hat dies gute, das heißt politische Gründe. Der insgeheim gefertigte Film über den Nobelpreisträger ist nicht für die Familie bestimmt. Hinter den Dreharbeiten stand keine Geschenkidee. Die Sacharows brauchen nicht zu wissen, daß und was der Westen jetzt via Video-Dokument über ihr Wohlbefinden weiß. Es geht gar nicht um die Sacharows. Die Kreml-Führung will nur keinen Fall Ossietzky haben – der deutsche Friedensnobelpreisträger von 1935 starb drei Jahre später an den Haftfolgen. Sie will vielmehr zeigen, daß der „Korb drei" (Menschenrechte) von Helsinki auch etwas spezifisch Sowjetisches enthält. Sie bannt es auf den Film und verbittet sich weitere Einmischungen. In Helsinki geht es nach Ansicht Moskaus schließlich nicht um irgendwelche inneren, sondern um äußere Angelegenheiten: um das zehnjährige Jubiläum der 1975 „festgelegten" territorialen Nachkriegsordnung in Europa.

Tutus Glaubwürdigkeit

Von Monika Germani

Bischof Tutus Wunsch, mit Südafrikas Staatspräsident Botha über die Krise zu sprechen, ist noch nicht in Erfüllung gegangen. Allerdings will Botha am 19. August eine Delegation unter Leitung des höchsten anglikanischen Geistlichen von Südafrika empfangen. Das ist der Erzbischof von Kapstadt, Philip Russell. Tutu ist als Bischof von Johannesburg eben nicht der ranghöchste Kirchenvertreter.

Aber auch Tutu schränkte ein: Er sei nicht in der Lage, wie von Botha verlangt dem Aufruf zum „zivilen Ungehorsam" abzuschwören. „Ich setze meine Glaubwürdigkeit aufs Spiel und setze mich der Kritik aus", erklärte er auf einer Pressekonferenz. Außerdem forderte Tutu in einem Interview mit einer US-Fernsehgesellschaft erneut wirksame Sanktionen von Washington, wie sie gegen Polen und Nicaragua verhängt wurden. Es sei niemals die Frage gestellt worden, ob „die Bevölkerung dieser Länder davon betroffen wäre", sagte Tutu.

Nun besteht immer noch die Möglichkeit, daß Tutu in die Russell-Delegation eingeschlossen wird. Aber ob ein Gespräch mit Tutu in diesem Rahmen und bei dieser Vorgabe viel Sinn hat, darüber mehren sich die Zweifel. Jedenfalls fragen viele Beobachter, wie weit Bischof Tutu auch heute noch als Mann der Kirche angesehen werden kann oder ob er sich nicht als politischer Führer zu qualifizieren versucht.

Bemerkenswert ist nun, wie zurückhaltend ein wirklicher politischer Kopf in der gegenwärtigen Krise verhält. Chief Buthelezi, Führer der größten Volksgruppe, der sechs Millionen Zulu, und damit der ernstest zu nehmende politische Faktor unter den Nicht-Weißen, hat sich seit der Einführung des Ausnahmezustandes mit öffentlichen Äußerungen zurückgehalten. Er zeigt auch kein Interesse an einem Treffen mit Botha. Seine Forderung bleibt: Teilnahme der Schwarzen an einer Nationalversammlung – allerdings nur auf der Basis einer Machtteilung, nicht einer weißen Vormundschaft – und Natal für die Zulus. Die Unruhen in den Townships (das Zulu-Gebiet ist nicht betroffen) unterstützte er bisher nicht.

Moskauer Schlittenfahrt

Von Peter Philipps

Nun feiern sie in Moskau also wieder mit, die jugendlichen Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland. Und was sie alles dürfen, nachdem sie den Kreml-Herren gezeigt haben, daß man mit ihnen „nicht Schlitten fahren kann" (wie sie selbst sagen): Jeder Delegierte darf mitdiskutieren, wo er will, die Türen zum Deutschen Club stehen offen, beim Verteilen von Feigenblatt-Flugblättern gab es keine Behinderung. Schon stimmt für sie auch das Feindbild wieder: Die Sowjets haben sich entschuldigt, die Bösen sitzen in der Bundesregierung und arbeiten mit „gezielten Falschmeldungen".

Sie hätten „für die Vertretung der deutschen und damit auch der Berliner Interessen vor internationalem Publikum vermutlich weit mehr getan als jene, die schon immer alles besser wußten", lobt SPD-Sprecher Clement sie. Was sie getan haben, bestand darin, daß sie auf der Grundlage windiger Zusagen nach Moskau fuhren, sich dort nach allen Regeln sowjetischer Kunst vorführen ließen und nun brav weiter mitmachen.

Die „Entschuldigung", auf die sie sich bewußt unklar berufen und die Clement wie den größten diplomatischen Sieg seit dem Abzug Attilas von Rom nach Zureden durch Papst Leo I. feiert, bezog sich nicht auf den skandalösen Einmarsch einer eigenen „Delegation aus West-Berlin". Im Gegenteil, Tass rieb Salz in die Wunden mit der hämischen Mitteilung: „Das sowjetische Organisationskomitee hat sein Bedauern ausgedrückt und sich bei den Delegationen aus West-Berlin und der Bundesrepublik entschuldigt." Also: Die „Delegation aus West-Berlin" ist nach wie vor präsent. Der Sprecher Lebedew stellte zudem ausdrücklich klar, daß die sogenannte Entschuldigung sich nur auf den „technischen Fehler" der Ankündigung der „Delegation aus West-Berlin" auf der elektronischen Tafel bezog. Wenn die SPD nun auch amtlich das für die richtige Wahrung der Berliner Interessen erklärt, ist der Vorfall nicht nur für die sowjetische Politik lehrreich.



Weinerei KLAUS BÖHLE

Arafats Listen-Trick

Von Peter M. Ranke

Gefoltert und ermordet – so fanden libanesische Polizisten bei Sidon vier Palästinenser in einem Opel-Rekord. Unter ihnen war der Fatah-Kommandant Jalal Shomar, ein bekannter Gefolgsmann Yassir Arafats. Er hatte kurz zuvor versucht, zwei Lkw-Ladungen voll Waffen und Munition in das Lager Ain Hilweh zu schmuggeln. Den Mord schiebt die PLO dem syrischen Geheimdienst oder prosyrischen Palästinensern zu.

Wer immer die Täter waren, die Bemühungen der Arafat-PLO werden fortgesetzt, in Südlibanon neue militärische Stützpunkte aufzubauen. Das Waffenschiff „Roule", ebenfalls für die Arafat-PLO unterwegs, wurde von israelischen Schnellbooten im Hafen von Sidon in Brand geschossen, als es „Zement" löschen wollte. Schiitische Amal-Miliz und Linksmilizen in Sidon haben als Arafat-Anhänger bekannte Palästinenser aufgefordert, das Gebiet zu verlassen.

Nicht nur in Südlibanon, sondern auch in Jordanien ist die Arafat-PLO aktiv. Dort wird eine Brigade aus Palästinensern ausgebildet, die aus Tunesien und Nordjemen kamen. Die Israelis nehmen an, daß die militärischen Vorbereitungen dem König noch immer lieber als die Bemühungen der Syrer, die Palästinenser für die „Nationale Rettungsfront" und somit gegen Arafat und die Monarchie zu mobilisieren – mit dem Sturz Husseins als Ziel.

Deshalb, nämlich zur Absicherung ihrer neuen Allianz, starteten Hussein und Arafat die im Westen als „politische Wende" begrüßte „Friedensinitiative", die sich freilich immer mehr als hohle Nuß erweist. Sie zielte vor allem auf die US-Regierung und die veröffentlichte Meinung, einmal, um Arafat direkte Verhandlungen und die Anerkennung „seiner" PLO in Washington zu ermöglichen, zum anderen, um das große Waffengeschäft König Husseins mit den USA politisch abzudecken.

Die „Friedensinitiative" diente schließlich auch dem Zweck, die geschwächte Stellung der PLO Arafats in den seit 1967 besetzten Gebieten zu verbessern. Die Anhänger König Husseins und eine sunnitische „Islamische Front" haben zu Lasten der PLO beträchtlichen Zulauf unter den 1,2 Millionen Palästinensern in Judäa, Samaria und im Gaza-Streifen. Es gibt gemäßigte Kräfte in der städtischen Schicht der Notablen und der Geschäftswelt, die nach achtzehn Jahren Besetzung des Hängezustands und der arabischen Sabotage an jeder Friedenslösung müde werden und sich für die Möglichkeiten eines Arrangements zu interessieren beginnen. Arafat fürchtet, daß sie an der PLO vorbei direkt mit den Israelis und König Hussein verhandeln könnten.

Arafats Namensliste für eine jordanisch-palästinensische Delegation, die zunächst mit den Amerikanern sprechen soll, nennt allerdings fünf Palästinenser, die seit Jahren nicht mehr in den besetzten Gebieten leben und treue PLO-Anhänger sind. Nur zwei seiner Kandidaten leben in Gaza bzw. Ost-Jerusalem. Kein Prominenter wie Fredsch, Schauwa oder El-Masri aus den besetzten Gebieten ließ sich auf die PLO-Liste setzen.

Arafat fürchtet in ihnen kommende Partner der Israelis und Amerikaner bei neuen Verfahren für eine friedliche Lösung. Aber mit der jetzigen Liste können Arafat und Hussein erst einmal nicht weiterarbeiten, weil Israel die Namen ablehnt und auch Washington starke Vorbehalte hat. König Hussein verweigert eine Listenänderung. Er mutet Washington also zu, unter anderem mit drei führenden Funktionären der Terror-Organisation El-Fatah zu verhandeln, von denen einer, Salah Ta'Amre, von den Israelis 1982 in Südlibanon gefangengenommen wurde.

In Washington wird man zunehmend mißtrauischer. Zwei Zusagen König Husseins nämlich hat Arafat bisher nicht honoriert. Einmal sollten „Unabhängige" auf der Liste stehen, zum anderen sollte Arafats PLO die UNO-Resolution 242 und 338 mit ihrem Hinweis auf die Existenz Israels anerkennen. Arafat fordert jetzt von Washington, es solle erst einmal das „Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes" anerkennen. Im Sprachgebrauch der PLO bedeutet das einen eigenen Staat. Außerdem hat Arafat noch nicht eingewilligt, mit Israel direkt zu verhandeln; er redet vielmehr, wie auch Hussein, von einer internationalen Nahost-Konferenz unter Einschluß der Sowjets.

Die Israelis – sie lehnen amerikanische Gespräche mit einer Delegation, zu der PLO-Mitglieder gehören, strikt ab – haben Washington eine Warnung übermittelt: Wenn US-Unterstaatssekretär Murphy in Amman mit einer „gemeinsamen Delegation" von Hussein und Arafat spräche, würde die PLO erklären, Amerika habe sie ohne Gegenleistung als einzige legitime Vertretung der Palästinenser anerkannt. Das wäre für Arafat ein wichtiger Erfolg gegenüber Syrern samt prosyrischer „Rettungsfront", aber auch gegenüber allen gemäßigten Kräften in den besetzten Gebieten, während der US-Politik die Hände gebunden würden.

Die „Friedensinitiative" erinnert an Basarhandel. Von wirklichen Friedensabsichten mit dem Willen zu direkt ausgehandelten Verträgen kann weder bei König Hussein noch bei Arafat gesprochen werden. Es trügt nur der Schein, und das ist Absicht.



Angst vor den Gemäßigten: Arafat FOTO: DPA

IM GESPRÄCH Kiichi Miyazawa

Konkurrent Nakasones

Von Volker S. Stahr

Yasuhiro Nakasone, Vorsitzender der unangefochtenen Regierungspartei LDP und kraft dieses Amtes fast automatisch japanischer Regierungschef, muß und will sich Ende 1986 zur Wiederwahl als Parteivorsitzender stellen. Mit Blick darauf ist in diesem Sommer Bewegung in die Partei gekommen. Im Februar erkrankte der mehr als ein Jahrzehnt dominierende Politiker der LDP, Ex-Premier Tanaka, schwer. Seither ist er nicht mehr öffentlich aufgetreten. Kaum einer rechnet noch mit der Rückkehr des Königsmachers, dessen Einverständnis Nakasone noch bei seiner Wiederwahl Ende 1984 einholen mußte.

Nun wächst die Stärke der anderen Gruppierungen in der Partei. Unter den Nachfolgekandidaten für Nakasone gilt Kiichi Miyazawa, einer der führenden Wirtschaftspolitiker Japans, als besonders aussichtsreich.

Miyazawa (65), Sohn eines Reichstagsabgeordneten, in der LDP bereits seit ihrer Gründung Mitte der fünfziger Jahre aktiv und wiederholt Minister, leitet heute den wichtigen Geschäftsführungsausschuß der Partei. Er gilt als Kopf und Kandidat jener Fraktion, die einst die Nakasone-Vorgänger Suzuki und Ohira stützte. Sie ist (noch) die zweitstärkste LDP-Gruppe.

Doch Miyazawa verläßt sich nicht nur auf die innerparteiliche Stimmenarithmetik. Als Wirtschaftsexperte profiliert er sich zusehends auch in der Öffentlichkeit – zumeist auf Kosten Nakasones. 1984 legte er in der Partei ein eigenes Wirtschaftskonzept vor, mit dem er die Spar- und Arbeitsmarktpolitik Nakasones scharf kritisierte. Sein Konzept ging von weit höheren Steuereinnahmen als der Regierungsentwurf aus (was 1984 auch eintrat) und sieht Japan durch seine Hochtechnologie-Industrien am Beginn einer neuen Wachstumsphase. Dadurch sei eine viel optimistischere Bewertung der Haushaltslage des Landes möglich, und die Rotstiftpolitik Nakasones gegenüber den Arbeitsbeschaffungsprogrammen (besonders im Staatsdienst) erscheine überzogen.



Profilierter Wirtschaftler: Miyazawa FOTO: CAMERA PRESS

Miyazawas Worte haben Gewicht. Er war in den frühen sechziger Jahren bereits an Premier Ikedas „Einkommens-Verdopplungs-Plan" beteiligt, der Japan für mehr als ein Jahrzehnt unbestritten zum Land mit den höchsten Wachstumsraten aller Industrienationen machte. Zwischen 1962 und 1978 war er dreimal Direktor des Wirtschaftsplanungsamtes; eine Position, die in der Kabinettshierarchie des Wirtschaftsriesen Japan höher anzusiedeln ist als die meisten Ministerien. Mit diesem Pfund wuchert Miyazawa aber nicht nur innenpolitisch. In Reden und Interviews nimmt er zunehmend Bezug auf die (Wirtschafts-) Beziehungen zu den USA und spart nicht an Kritik an der gegenwärtigen Außenhandelspolitik. Damit greift er Nakasone auf dessen ureigenem Feld an: der Außenpolitik.

Der Premier zieht seine Popularität vor allem aus glanzvollen Auftritten mit ausländischen Staatschefs. Miyazawa stellt bewußt immer wieder die Frage nach der Substanz der staatsmännischen Auftritte Nakasones, auf das, was unter dem Strich für die Wirtschaftsmacht übrigbleibt. Mit seiner Profilierung als „Außenwirtschaftler" kommt Miyazawa der Idealvorstellung der Japaner von ihrem Premier sehr nahe. Dies steigert seine Chancen im innerparteilichen Machtkampf.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE GUARDIAN

Das Londoner Blatt geht auf die Folgen in Helsinki ein:

In den Augen der meisten westlichen Delegierten gibt es wenig zu feiern. Die Schlußakte war ein zynischer Handel, nicht nur weil die Russen keine Absicht hatten, die Menschenrechts-Verpflichtungen einzuhalten, sondern auch weil der Westen keine ernsthaften Erwartungen gehabt haben kann, daß sie sich daran hielten. Breschnew wollte die Teilung Europas mit allen Mitteln sanktionieren, aber er war nicht bereit, das Sowjetsystem in den Prozeß zu opfern. Seine Nachfolger haben die Dissidenten, die das Staatsverhalten nach dem Helsinki-Maß messen, genau so streng verfolgt wie er.

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung schreibt zum Euro-Jäger:

Angesichts der außerordentlichen Forderungen der Franzosen ist es undenkbar, daß ein befriedigender Kompromiß erzielt wird. Es gibt nun drei Möglichkeiten. Die erste ist, daß vier Länder einschließlich Großbritannien ohne Frankreich vorangehen. Die zweite, daß einzelne Länder ihre eigenen Lösungen suchen. Die dritte Option lautet, daß wir unseren nationalen Stolz hinunterschlucken und entweder eine amerikanische Maschine kaufen oder unter Lizenz bauen, anstatt mit enormen Mitteln ein neues Flugzeug zu konstruieren, das den Erfordernissen der britischen Luftwaffe, nicht aber denen anderer Länder entspricht. Obwohl diese Lösung oberflächlich gesehen die am wenigsten attraktive ist, wird diese Option wahrscheinlich zögernd von unserer Regierung gewählt werden.



NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie analysiert sowjetisches Verhalten:

Daß Moskau sich zu einer Entschuldigung durchringt, gehört zu den Raritäten der Politik. Solche Vorzugsbehandlung wurde nun der bundesdeutschen Delegation beim Jugendfestival zuteil, nachdem die Organisatoren sie vorher über den gesonderten Einzug von West-Berlinern unter der Bärenflagge schamlos getäuscht hatten. Doch die Ungereimtheiten sind damit nicht beseitigt.

HESSISCHE ALLGEMEINE

Das Kasseler Blatt meint zu Bangesamt Vorschlag einer Rentenbesteuerung:

Wenn es Mode werden sollte, bei jeder drohenden Finanzklemme solide Grundsätze wie Vertrauensschutz, Bestandswahrung, Prinzipientreue oder Leistungsgerechtigkeit in Frage zu stellen – dann werden Säulen erschüttert, auf denen der Staat ruht. Jetzt ist es die Rentenbesteuerung ab einem bestimmten Einkommen, die wieder ins Gespräch gebracht wird. Die Industriegesellschaft wandelt ihr Gesicht, immer weniger Bürger müssen für immer mehr andere arbeiten.

Novum in Amerika: Arbeiter entscheiden mit

Das Beispiel gibt nicht Deutschland, sondern Japan / Von Horst-Alexander Siebert

Als „Versuchslabor" bezeichnet General Motors das Saturn-Werk, das für umgerechnet vierzehn Milliarden Mark auf einer grünen Wiese bei Spring Hill (Einwohner: 955) in Tennessee errichtet wird. Es ist die Antwort des größten Automobilkonzerns der Welt auf die japanische Herausforderung und wird mit Sicherheit schon bald von Ford, Chrysler und American Motors imitiert werden. Von 1989 an rollen jährlich bis zu fünfhunderttausend Wagen vom Band, die so billig sind, daß sie auch im fernen Asien Käufer finden müßten.

Was rund tausend Kilometer südlich von Detroit entsteht, ist nicht nur Amerikas modernste Autofabrik, die in einem bisher nicht gekannten Maße integriert, computerisiert und automatisiert sein wird. Ein vielleicht noch wichtigeres Element sind völlig neue Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Management. Nach monatelangem Ringen akzeptierte die Gewerkschaft der United Auto Workers (UAW) einen Tarifvertrag, der in der Branche ebenfalls ein Novum darstellt.

Schon während der Absatzkrise, die nach der zweiten großen Ölpreiserhöhung 1978 begann, kooperierten UAW und Detroit eng, was zu Lohnkonzessionen in Milliardenhöhe führte. Jetzt arbeiten sie Hand in Hand, um jede mögliche Kostensenkung auszuschöpfen, damit der Saturn in der Herstellung auf das um zweitausend Dollar niedrigere japanische Kostenniveau gedrückt werden kann. Zwei Jahre lang sammelte GM Erfahrungen in Europa und Japan. In großem Stil übernommen werden japanische Methoden.

Das vorerst auf das Saturn-Projekt beschränkte Tarifabkommen beruht auf dem typisch amerikanischen Prinzip des „Give and Take": Die Mitarbeiter werden volle Partner und nehmen als Mitglieder der Planungs- und Betriebskomitees an unternehmerischen Entscheidungen teil; General Motors profitiert von höherer Produktivität und Flexibilität. Vorarbeiter wird es nicht mehr geben; alle Beschäftigten erhalten Gehälter und wie die Manager Erfolgsprämien. Alte Berufstitel werden durch neutrale ersetzt.

Die Belegschaft von rund sechstausend wird aufgeteilt in Arbeitsgruppen, die aus sechs bis fünfzehn Männern und Frauen bestehen. Nicht verzichtet hat die Gewerkschaft zwar auf das Streikrecht; alle Entscheidungen sollen jedoch im Konsens-Verfahren getroffen werden. Festgeschrieben worden ist ein Ritual, wonach Ausschußmitglieder, die einen Konsens verhindern, Ersatzlösungen anbieten müssen. Wenn auch das nicht hilft, sind sie verpflichtet, „ihre Position im Zusammenhang mit Philosophie und Aufgabe zu überdenken".

So steht es auf dem Papier. In der Praxis wird die UAW Beschlüsse wohl verzögern, aber nicht verhindern können. Sie würde sonst das gesamte Saturn-Vorhaben gefährden. Die endgültige Entscheidung bleibt also dem Management vorbehalten. Mit deutscher Mitbestimmung hat dies alles nichts zu tun, es ist auch keine Vorstufe dazu. Zuständig sind die Komitees auch für die Wahl der Zulieferer sowie die Bezüge des Managements und die Arbeitsbeziehungen.

Im Gegenzug erhält GM Lohnzugeständnisse, ergänzt durch weniger restriktive Arbeitsregeln. So werden die Gehälter der Saturn-Belegschaft um zwanzig Prozent unter dem Niveau des in den anderen Werken garantierten Lohnes liegen. Als Ausgleich wurde Gewinnbeteiligung vereinbart. Überdies gilt die Arbeitsplatzsicherheit, Katastrophen ausgenommen, nur für achtzig Prozent der Mitarbeiter. Bei Engpässen können also zwölfhundert freigesetzt werden. Übernommen wird allerdings das klassische Ancienittätsprinzip, und die neuen Jobs müssen zuerst den GM-Angehörigen, auch den in der Krise entlassenen, offeriert werden.

Die Kommandostruktur gleicht einer Pyramide. Die Spitze bildet das „Strategische Beratungskomitee", das für die langfristige Planung zuständig ist und aus dem Saturn-Präsidenten und seinem Stab sowie UAW-Mitgliedern gebildet wird. Es folgt der „Beratungsausschuß Weiterverarbeitung", der, ebenfalls gemischt, die Tagesentscheidungen fällt. Auf der dritten Ebene angesiedelt ist die „Geschäftseinheit". Hier koordinieren Arbeitnehmervertreter und Manager die Arbeiten im Werk. Schließlich ist die „Großgruppe", die drei bis sechs Arbeitsgruppen beaufsichtigt.

In sechsmonatigen Kursen probt die Belegschaft Entscheidungsprozesse, Geschäftsmethoden und die Tätigkeit an den Maschinen der Zukunft. Ein Ziel ist es, die Zeit für den Bau des Kleinwagens auf sechzig Arbeitsstunden zu halbieren. Ob es gelingt, Arbeiter in Manager zu verwandeln, muß sich noch zeigen. Über die Anreize sind enorm. Der Verdienst des Beschäftigten, der im übrigen krankenversichert ist und gleiche Nebenleistungen wie sein Kollege in anderen Werken erhält, hängt stärker als je zuvor von ihm selber ab. Auf diesem System beruht immerhin der Erfolg der Japaner.





Ein Festival mit viel Miliz und einem Angeklagten

12. Weltjugend-Festspiele in Moskau: 30 000 Gäste sind in der Stadt, doch sie wirkt leerer, kontrollierter als sonst. Es sind Festspiele mit eindeutiger politischer Stoßrichtung und einer ernüchterten deutschen Delegation.

Von R.-M. BORNGÄSSER

Als der Vierzehnjährige aufs Podium tritt, verstummt sekundenlang der Lärm im Saal. Ängstlich, mit weit aufgerissenen Augen steht das Kind auf der Empore. Es streckt seine Arme aus: verstümmelt, die Hände fehlen. Der Junge stammt aus Afghanistan. Seine „Betreuer" kommentieren in russischer und englischer Sprache: „Er ist eines dieser Tausende bedauernswerten Opfer der aggressionslüsternen Amerikaner. Eine als Spielzeug getarnte Bombe riß ihm die Hände ab." – „Sein Kindertraum, einmal Lkw-Fahrer zu werden, wird sich nie mehr erfüllen", setzt der Kommentator hinzu. Dies ausgerechnet in Moskau.

Am Abend wird dem millionenfachen sowjetischen Publikum im Fernsehen dieser Auftritt erneut präsentiert. Im modernen Hotel „Cosmos" in Moskau tagt seit Montag die „Antiimperialistische Tribüne" – Solidaritätstreffen der jungen Generation des Planeten für die Völker Asiens, Afrikas, Lateinamerikas, des Nahen Ostens und Nicaraguas –, Teil der 12. Jugendfestspiele.

„Gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, für Befreiung und nationale Zusammenarbeit" lautet hier die Losung. „Zeugen" aus Südafrika, aus Lateinamerika, zahlreich besonders aus Nicaragua und Chile treten auf, schildern gestenreich angebliche Verbrechen der USA. Plakate und Fotos mit grausamen Szenen schmücken das Foyer des Hotels, zieren die Wände des Veranstaltungssaals. Und die Jungen aus aller Welt lauschen den Erzählungen.

Die Vereinigten Staaten, die in Moskau auf der Anklagebank sitzen, haben hier überhaupt keine Chance. Was nützt es, wenn ein aufrechtes kleines Häuflein junger Schweden eine Resolution *gegen den sowjetischen* Einmarsch in Afghanistan verteilt, in dem sie gegen den gewaltsamen Einmarsch der sowjetischen Truppen protestieren und die Flucht der Afghanen aus ihrem Land vor den Besetzern die „schmutzigste Flüchtlings-Tragödie unserer Zeit" nennen. Dieser Protest wirkt wie ein Tropfen im Ozean. Die Regie klappt vorzüglich: Das gesamte Programm ist politisiert, der Westen, allen voran die USA, stehen als Schuldige an den internationalen Spannungen am Pranger.

Noch am Eröffnungstag dieses Festivals las man in der „Prawda": „Wer hat Angst vor dem Dialog?" Darin beschuldigte der Verfasser das Weiße Haus, es würde Druck auf die amerikanische Jugend ausüben, versuche, die Reise nach Moskau zu verhindern: „Was die Behauptungen anbetrifft, das Festival habe einen antiamerikanischen Charakter, so will hier niemand das demokratische, antimilitaristische Amerika dem Amerika des Militärkomplexes gleichstellen."

Trotz der hier weilenden 30 000 ausländischen Gäste wirkt die Stadt jetzt seltsam leer. Auf den Flughäfen gibt es mehr „Betreuungspersonal" als Fluggäste. Die westlichen Fluggesellschaften haben ihre Dienste eingestellt, auch der Fahrkartenverkauf an den Moskauer Bahnhöfen wurde ebenfalls beendet. Eine Million sowjetischer Besucher, die sonst täglich aus der Provinz nach Moskau kommen, um Lebensmittel und Konsumwaren *aus der besser versorgten* Metropole zu hamstern, sind verbannt. Der Anblick dieser oft ärmlich gekleideten, mit Rucksäcken und Taschen bepackten, schlangestehenden Provinzler sollte den jungen Festival-Besuchern erspart bleiben.

Alle politisch Verdächtigen wurden aus Moskau ausgewiesen. Um kein Risiko bei unkontrollierten Kontakten einzugehen, wurden vor allem Jugendliche, die nicht beim Festival engagiert sind, in Ferienlager und zum Arbeitseinsatz aufs Land geschickt. Dafür wurde eine Vielzahl von Hostessen, Ordnern, Kellnern und Taxifahrern – alle in neuen Uniformen – gedrillt. Denn niemand soll wanken in der Überzeugung, daß der Sozialismus „das überlegene Gesellschaftssystem" ist.

Die Hotels sind alle hermetisch abgeriegelt. Es bleibt die große Illusion *zu glauben, die einzelnen Gruppen* könnten sich untereinander austauschen. Jede nationale Delegation hat ihr eigenes Hotel, zum Teil weit entfernt am Stadtrand gelegen, von wo aus Busse die Teilnehmer an die verschiedenen Orte fahren. Nichts wird dem Zufall überlassen, Kontrolle ist hier alles. Die Teilnehmer aus dem Nahen Osten und Afrika wurden bereits von sowjetischen Schiffen abgeholt, in Odessa ausgeladen und mit Flugzeug, Bahn und Bus nach Moskau weitergeleitet.



Aus dem Moskauer Festprogramm: Eine Versammlung zum Gedenken an Hiroshima und Nagasaki FOTO: DPA

Rote Fahnen, elektrische Lichtergirlanden im Stil des sozialistischen Realismus zieren alle öffentlichen Gebäude, Hotels und Brücken. Das offizielle Symbol, eine fünfblättrige „Margaritka" – die fünf Kontinente symbolisierend – mit einer Friedenstaube *in der Mitte, leuchtet überall im* Straßenbild auf, schwappt in den sowjetischen Alltag über. Man findet es auf Plastiktüten, Blusen, auf Fähnchen und Fischkonserven. Das Festival-Maskottchen, die pausbäckige „Katjuscha" voller historischer, patriotischer und physischer Assoziationen *findet man* überall. *Es gibt sie* bereits für einen Rubel und 30 Kopeken, puppengroß kostet die Katjuscha bis zu 22 Rubel.

Selbst im bleiernen Grau der Zeitungsspalten tauchen täglich keck plazierte Vignetten auf. Während dieses Jugendfestivals ist eine wunderbare Milizionärvermehrung in Moskau (was eh schon scharf bewacht ist) zu beobachten. Auf jeder Kreuzung, an jeder Straßenecke, in jedem Park stehen sie auf dem Sprung, um etwaige Protestierende zu erwischen. Bei dieser lückenlosen Abschirmung kann nicht einmal der Eindruck inszenierter Spontaneität entstehen.

Vor dem Clubhaus der deutschen Delegation in der Volchonka-Straße 13 patroullieren Milizionäre, und Funktionäre bewachen sorgfältig den Eingang. Kein Ungebetener darf das Haus betreten. Die deutsche Delegation, ein bunter Haufen, untereinander völlig uneins, wirkt nach dem „Flaggenvorfall" beim Einzug ins Lenin-Stadion deprimiert. Sie, die gekommen sind, um „Feindbilder abzubauen", „zur Entspannungspolitik beizutragen", wirken bereits nach den ersten Tagen ernüchtert.

„Man hat uns gelinkt", stellt nüchtern ein Punker aus Mannheim mit getigertem Overall fest. Nun hoffen sie auf „Eigendynamik" bei Diskussionen unter den verschiedenen Gruppen. *Immerhin sollen einige* westeuropäische Delegationen bereit sein, sich mit den Deutschen wegen des Berlin-Status solidarisch zu erklären.

Das angeschleppte Gedruckte – vom „Forum" über „Solidarität" bis zum „ Pionier", auch die Weizsäcker-Rede vom 8. Mai auf russisch ist darunter sowie die üblichen Staeck-Plakate – harrt noch auf Abnehmer. Man hatte es vor allem für russische Freunde gedacht, doch die trauen sich oder dürfen gar nicht in den deutschen Club. „Auch das ein klarer Verstoß gegen unsere Abmachungen", heißt es dazu resignierend. Das Kulturprogramm der Deutschen stützt sich vor allem auf eine Fassbinder-Filmreihe sowie Anti-Kriegsfilme wie „Peppermintfrieden" und „Sag nein". Hanna Schygulla, die hier als Chansonette auftreten wollte, blieb wegen einer Erkältung zu Hause. Dafür ist Udo Lindenberg mit seinem Panik-Orchester angereist. Er tritt allabendlich im Gorki-Park auf.

Der Gorki-Park zählt zu den großen Freilufttreffpunkten dieses Festivals. Am frühen Abend hat sich eine Phalanx von Polizisten in hellblauen Hemden auf die Stufen vor diesem mächtigen, an das Brandenburger Tor erinnernden Säulenbau aufgebaut. Eindringlich wird jeder Besucher gemustert. Nur die große bunte Festival-Karte mit Paßfoto gilt als Passierschein. In diesem Park – eine Mischung aus Wiener Prater und Münchner Oktoberfest – mit Riesenrad, Karussels und Buden spielt sich das Kulturpogramm der sowjetischen Republiken ab: Volkstänze aus Georgien, Töpferarbeiten aus Litauen, Teppichweberei aus Aserbeidschan.

An den Eis- und Souvenirbuden drängen sich die jungen Menschen. Jauchzen tönt aus der nahen Scooterbahn, stark umlagert ist die Schießbude. Im Garten-Restaurant gibt es Schaschlik auf Papptellern. Vor der Cafêteria warten junge Leute geduldig in einer Schlange, bis drinnen Platz frei wird. Doch selbst in diesem „Park der Erholung und der Kultur" traut man dem Frieden nicht. Hubschrauber kreisen über das Freigelände. Auf der Freilichtbühne tritt Udo Lindenberg in lärmende Aktion. Wild umjubelt und beklatscht von der Menge röhrt er seine Songs. „Er kaufte sich das ganze Land, mit Präsident und Parlament, mit allem, was dazugehört, damit keiner die Gesellschaft stört – Bananenrepublik", tönt es voll durch den Park.

Abendstimmung kommt auf, die *ersten* Pärchen *schmusen auf den* Bänken. „Festivals sind auch eine große Liebesschule", warnte die „Komsomolskaja Prawda". Dagegen kann auch die größte Wachsamkeit der Gastgeber nicht schützen.

Die Stärke der Mrs. Thatcher wird zu ihrer Schwäche

Grandios war ihr Wahlsieg, tief ist die Krise, in der sie zur Halbzeit der Legislaturperiode steckt. Parteivolk und Wähler sind unzufrieden mit Margaret Thatcher, doch die möchte 1988 zum drittenmal die Wahl gewinnen.

Von REINER GATERMANN

Würden Sie bitte Ihre Minister auffordern – und vielleicht selbst mit einem guten Beispiel vorangehen –, künftig sorgfältiger auf die Ansichten ihrer eigenen Anhänger zu hören? Andernfalls werden Sie bald nicht mehr so viele haben." Diesen guten Rat erhielt die britische Premierministerin Margaret Thatcher, kurz bevor das Unterhaus in die dreimonatige Sommerpause ging, von einem der Ihrigen, dem früheren Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium (1981–83), Jerry Wiggin. In der Nacht zuvor hatte die Regierungschefin von ihrer eigenen Fraktion einen deftigen Denkzettel bekommen, der ihr zudem beinahe noch eine peinliche Abstimmungsniederlage beschert hätte. Von einer Mehrheit von 138 Abgeordneten blieben noch ganze 17 übrig. Nur die lasche Disziplin in der oppositionellen Labour-Partei bewahrte sie vor einer Niederlage.

Laut Tagesordnung ging es in dieser nachmitternächtlichen Abstimmung um die im Vergleich zu den übrigen Tarifangeboten im öffentlichen Sektor (drei bis sechs Prozent) recht drastischen Anhebungen der Gehälter für die höchsten Beamten, Militärs sowie Richter und Staatsanwälte (bis 17,6 Prozent). Was viele konservative Abgeordnete verärgerte und die „Rebellion" im Unterhaus letztlich auslöste, war der erneute Beweis, daß die Regierungschefin und ihre Kabinettskollegen es offenbar nicht mehr für nötig halten, in wichtigen Fragen die Fraktion zu informieren und zu konsultieren. Das Oberhaus bescheinigte der Regierung gestern in der Gehaltsfrage sogar ein „stilloses Vorgehen".

In den Meinungsumfragen rangieren die Tories jetzt häufig mit einem Stimmenanteil von weniger als 30 Prozent erst an dritter Stelle, hinter Labour und der liberal-sozialdemokratischen Allianz. Die „Eiserne Lady" tut dies bisher mit der Begründung ab, das sei ein natürlicher Trend für die Regierungspartei zur Halbzeit einer Legislaturperiode, zudem sei es ihre Aufgabe, eine für das Land gute Politik zu machen, und dazu gehörten nun mal auch unbeliebte Entscheidungen.



Im Stimmungstief: Margaret Thatcher FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Aber das, was auch die Partner Margaret Thatchers in der EG immer häufiger irritiert und Widerstand auslöst, läßt zu Hause in den eigenen Reihen den Unmut wachsen: die kompromißlose Durchsetzung eigener Vorstellungen, das völlige Ignorieren anderer Gesichtspunkte, das Begehren unbedingter Loyalität sowie der verlorene Kontakt zur Basis.

Frau Thatcher steckt in einem *Dilemma*. Sie wurde 1979 an die politische Spitze eines Staates gewählt, dessen Wirtschaft sich in einem desolaten Zustand befand. Das kostspielige Streben nach dem Wohlfahrtsstaat, schwache Regierungen und militante Gewerkschaften hatten Großbritannien zum „kranken Mann Europas" gemacht. Frau Thatcher war damals gewählt worden, weil in der Bevölkerung die Einsicht gewachsen war, daß es so nicht weitergehen könne.

Aber, so fragt der Brite heute, wie weit hat sie sich in ihrer sechsjährigen Amtszeit den damals gesetzten Zielen genähert? Sie hat die Inflationsrate halbiert, sie liegt mit sieben Prozent aber immer noch bedeutend höher als in den wichtigsten Wettbewerbsländern, zudem ist das Zinsniveau weiterhin extrem hoch. Die öffentlichen Ausgaben sind erneut gestiegen und die Steuern bei weitem nicht in dem beabsichtigten Umfang gesenkt worden, es gab drastische Einsparungen in einigen Sektoren des Sozialbereiches, und letztlich – das Wichtigste – liegt die Arbeitslosenquote immer noch bei über 13 Prozent. Angesichts der Tatsache, daß die Wirtschaft glaubt, den Konjunkturgipfel überschritten zu haben, ist hier auch kein spürbarer Rückgang mehr zu erwarten.

Vieles, was die Regierung in Angriff nahm, war wohlbegründet, nur hat sie es versäumt – oder sie hat kein Talent dafür – in ihrer eigenen Gefolgschaft und im Volk für Verständnis zu werben.

Nach der Sommerpause wird nun mit einer größeren Kabinettsumbildung gerechnet. Nur in einem sind sich die politischen Auguren dabei sicher: Industrie- und Handelsminister Norman Tebbit wird anstelle des glücklosen John S. Gummer neuer Parteivorsitzender. Er sei der richtige Mann, das Parteivolk zu motivieren und anzuspornen. Skepsis scheint allerdings angebracht. Norman Tebbit ist im Herbst 1984 beim Bombenanschlag auf das Grand Hotel in Brighton während des Parteikongresses schwer verletzt worden und kehrte erst im späten Frühjahr an seinen Arbeitsplatz zurück. Noch schlimmer hat es jedoch seine Frau getroffen, die seither an den Rollstuhl gebunden ist.

Tebbit, von den politischen Gegnern als einer „der härtesten und gröbsten Abgeordneten auf den Bänken der sogenannten Partei der Gentlemen" beschrieben, hat nach dem Unglück vieles von seinem früheren Elan und seiner Aggressivität eingebüßt. Er ähnelt in vielem Margaret Thatcher, weswegen Bedenken angebracht sind, ob er zum jetzigen Zeitpunkt, da – noch nicht sehr laut – in der Partei die Frage diskutiert wird, ob die „Eiserne Lady" noch ein Stimmenmagnet ist oder eine Belastung, der richtige Mann für diesen Posten ist. Allerdings ergab kürzlich eine Umfrage unter den konservativen Abgeordneten, daß Tebbit bei ihnen als hoher Favorit für eine eventuelle Thatcher-Nachfolge gilt. Aber ein solcher Wechsel erscheint heute äußerst unwahrscheinlich.

Als am letzten Sitzungstag der Vorsitzende der Liberalen, David Steel, Frau Thatcher fragte, ob die Gerüchte stimmten, daß sie mit Rücktritt gedroht habe, falls ihre Fraktion sie in der nächtlichen Abstimmung im Stich lasse, antwortete sie in der ihr eigenen Art: „Ich bin hier und werde hier bleiben. Ich freue mich so sehr auf Ihre Attacken, sie zeigen mir, daß ich normalerweise recht habe." Es ist ihr erklärtes Ziel, ihre Karriere erst abzuschließen, wenn sie auch die dritte Wahl gewonnen hat, die spätestens im Frühjahr 1988 fällig wird.

Zur Halbzeit ihrer ersten Legislaturperiode war ihr Beliebtheitsgrad fast so niedrig wie heute, damals verhalf *ihr der sogenannte Falkland-Effekt* – auch angesichts des desolaten Zustands der Labour-Partei – schließlich doch zu einem grandiosen Wahlsieg. Nun kann Frau Thatcher nicht immer mit solch wirkungsvoller Schützenhilfe rechnen. Sie ist entschlossen, aus eigener Kraft ihren Schreibtisch in *10* Downing Street zu verteidigen, wobei sie auf die Einsicht des Wählers setzt. Er werde Verständnis dafür haben, daß der Sanierungsprozeß auch Opfer verlange. Er werde schon bald einsehen, daß die Regierung die Sozialleistungen nicht nur beschnitten, sondern in einigen Bereichen, wie im Krankenhauswesen, verbessert habe und die Zahl der Beschäftigten noch nie so groß war wie jetzt. Er werde ihr schließlich dankbar dafür sein, die „Diktatur der Gewerkschaften" gebrochen und der vor allem in Labour-beherrschten Gemeinden grassierenden Verschwendungssucht Einhalt geboten zu haben.

Für diese Überzeugungskampagne brauche sie auch nicht ihr Image zu ändern (einige ihrer Anhänger empfahlen eine „weichere Linie"). Doch in der Sache wird Frau Thatcher vielfach empfohlen, die soziale Kluft nicht noch breiter werden zu lassen. Es gehört zu den tiefsten Schattenseiten dieses Staates, daß im vergangenen Winter ungefähr 9000 Menschen ihr Leben lassen mußten. Größtenteils erfroren sie in ihren Wohnungen, weil sie die Heizkosten nicht bezahlen konnten.

ABM – die kleine Chance für die Chancenlosen

Arbeitsämter und Regierung sind voll des Lobes, Gewerkschaften und Handwerk äußerst kritisch: Der Streitpunkt heißt ABM – zeitlich befristete Maßnahmen zur Beschäftigung besonders schwer zu vermittelnder Arbeitsloser.

Von SABINE SCHUCHART

Die Fassade der *ehemaligen* Schokoladenfabrik Kwatta in Köln-Ehrenfeld war früher der Schandfleck der Roßstraße. Heute sind die Mauerreste hinter einem Wandgemälde verborgen, das exakt ein Abbild der ursprünglichen Architektur ist. Die Illusion ist so perfekt, *daß man glaubt, ein Stück Alt-Ehrenfeld* sei wiedererstanden. Einen Monat lang haben acht Jugendliche, ein Malermeister und zwei Gesellen im Auftrag der Stadt Köln das alte Mauerwerk verputzt und kunstfertig angestrichen.

Die von der „Jugendhilfe e. V.", einer gemeinnützigen Einrichtung in Köln, gestartete Aktion zur Stadtverschönerung gehört zu den vielen Projekten, die im Rahmen sogenannter Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung – unter dem Kürzel ABM bekannt – durchgeführt werden. Mit Lohnkostenzuschüssen und Darlehen fördert das Arbeitsamt dabei Arbeiten, die im öffentlichen Interesse liegen und die ohne diese Förderung gar nicht erst in Angriff genommen worden wären.

Da werden Spielplätze und Radwege angelegt, Bahndämme begrünt, wilde Müllkippen beseitigt und Katasterblätter auf den neuesten Stand gebracht. Bewohner in Altenheimen können sich vorlesen und Behinderte zu Hause betreuen lassen. Durch solche und ähnliche Aktionen wird allein in der Stadt Köln zur Zeit rund 1200 Arbeitslosen vorübergehend ein Arbeitsplatz geboten.

Rund 100 davon arbeiten für ein Jahr bei der Kölner „Jugendhilfe" in Maurer-, Gärtner-, Stukkateur- und Malergruppen. Der überwiegende Teil ist unter 20, ohne Hauptschulabschluß und lernt hier das erste Mal eine feste Arbeitsstelle kennen. Diese Jugendlichen gehören zu den Arbeitslosen, die besonders schlechte Chancen am Arbeitsmarkt haben und deshalb im Rahmen von ABM heute bevorzugt gefördert werden.

„Bei uns geht es zunächst einmal darum, daß sie Pünktlichkeit, regelmäßiges Erscheinen am Arbeitsplatz und die Zusammenarbeit mit den Kollegen üben", erklärte Fritz Ziegler, Leiter des ABM-Bereichs. „Am Ende verfügt auch derjenige über einfache handwerkliche Fertigkeiten, der zuvor noch nie einen Hammer oder eine Schubkarre in der Hand gehalten hat." Nach den Erfahrungen des ABM-Leiters kann zumindest ein Teil im Anschluß an die einjährige ABM-Zeit als Hilfsarbeiter vermittelt werden.

Das Projekt zielt darauf ab, Arbeitslosen ohne berufliche Qualifizierung, älteren Arbeitslosen und vor allem Langzeitarbeitslosen zu helfen, am Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Angesichts der zunehmenden Verlagerung der Arbeitslosigkeit hin zu diesen „Problemgruppen" sind heute vier von fünf Arbeitslosen, die das Arbeitsamt im Rahmen von ABM *zuweist, sogenannte „schwer vermittelbare* Arbeitslose".

Tatsächlich schafften nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit von den Mitte 1984 aus ABM ausgeschiedenen Arbeitnehmern innerhalb eines halben Jahres fast die Hälfte den Sprung in reguläre Beschäftigungsverhältnisse. Ein Teil wurde von den Projekt-Trägern übernommen, der Rest konnte in andere Stellen vermittelt werden oder hat durch eigene Initiative einen Arbeitsplatz gefunden. Selbst wenn diese Erfolgsquote zu hoch gegriffen sein sollte, ist doch das Resultat bemerkenswert, daß schwer zu vermittelnde Arbeitslose bereits nach relativ kurzer Zeit einen Job fanden. Bundesregierung und Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, aus deren Haushalt die ABM finanziert werden, sind sich in ihrer positiven Beurteilung der Maßnahmen einig.

Nicht zuletzt deswegen wird das arbeitsmarktpolitische Instrument heute in einem Ausmaß genutzt wie nie zuvor. Betrug die Zahl der 1982 in ABM-Projekten Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 29 000, so stellte Nürnberg im vergangenen Jahr 1,87 Milliarden Mark zur Förderung von rund 71 000 Personen zur Verfügung. 1985 wird sich diese Zahl nach Angaben der Bundesanstalt voraussicht*lich auf rund* 90 000 erhöhen, bei Haushaltsmitteln von fast 2,5 Milliarden Mark. Diese Aufwendungen, so wird in Nürnberg vorgerechnet, kämen aber an anderer Stelle durch die vermiedene Arbeitslosigkeit praktisch vollständig wieder herein. Nicht nur, weil ein im Rahmen von ABM Beschäftigter von *seinem Einkommen* Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlt, sondern auch durch Minderausgaben bei Arbeitslosengeld und -hilfe, bei der Sozialhilfe und beim Wohngeld.

Es klingt fast zu schön, um wahr zu sein. Hat man also ein Ideal-Rezept gefunden, mit dem die Beschäftigung dauerhaft erhöht werden kann? Die Kritiker des ABM-Systems sehen das ganz anders. Insbesondere den Gewerkschaften ist der sogenannte „zweite Arbeitsmarkt" ein Dorn im Auge. Nach ihrer Ansicht kommt es zu einer Verdrängung von Arbeitnehmern aus den staatlich nicht geförderten Arbeitsplätzen und damit lediglich zu einer Verlagerung der Arbeitslosigkeit. Die Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Monika Wulf-Mathies, hat wiederholt darauf hingewiesen, daß sich Städte und Gemeinden der billigen ABM-Kräfte bedienten, anstatt regulär Personal einzustellen.

Immer häufiger würden Planstellen gestrichen und anschließend durch die vom Arbeitsamt bezahlten Kräfte besetzt. Weil ABM überwiegend im öffentlichen Bereich durchgeführt werden, komme dies einer Sanierung der kommunalen Haushalte durch die Bundesanstalt und damit durch die Beitragszahlungen der Arbeitnehmer gleich. Das Ende vom Lied sei, klagt Frau Wulf-Ma*thies, daß aus einem sicheren Arbeits*platz ein Zeitvertrag werde.

Kaum weniger erbost ist das Handwerk. In einer kürzlich vorgelegten Dokumentation des Rheinisch-Westfälischen Handwerkerbundes in Düsseldorf wird moniert, daß Arbeitslose vom Arbeitsamt zu direkten Konkurrenten der Handwerksbetriebe aufgebaut würden. Weil Städte und Gemeinden dazu tendierten, Aufträge, die früher an das örtliche Handwerk vergeben wurden, mit billigen ABM-Kräften in Eigenregie durchzuführen, seien immer mehr Betriebe in ihrer Existenz bedroht. Allen voran ruft dies den Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau auf den Plan, der eine Branche vertritt, in der immerhin rund ein Drittel der ABM-Beschäftigten arbeitet.

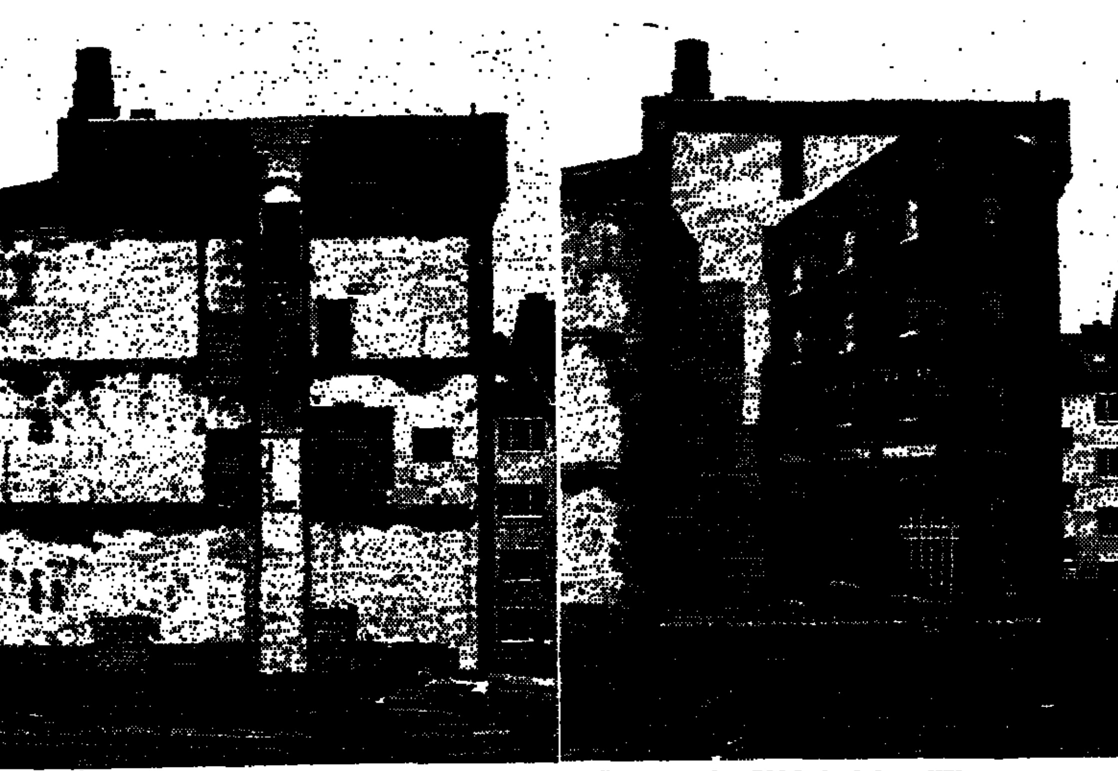
Im Arbeitsministerium betont man indessen, daß keiner der vorgetragenen Fälle einer genauen Überprüfung standgehalten und tatsächlich zur Entlassung von Stammarbeitern geführt habe. Ministerialrat Robert Schmidt, Referatsleiter für ABM, räumt allerdings ein: „Tatsächlich ist es in Einzelfällen bei den Trägern von ABM-Projekten zu Mitnahme-Effekten gekommen."

Bekannt geworden ist zum Beispiel der Fall eines Finanzamtes, das die jährlich eingehenden Anträge auf Lohnsteuer-Jahresausgleich zur Be*arbeitung an ein anderes Finanzamt* weitergab. Die so auf Umwegen entstandene „Zusatz-Arbeit" ließ sich das zweite Finanzamt dann aus Mitteln des Arbeitsamtes finanzieren. Grundsätzlich komme es aber nicht zu einem Mißbrauch von ABM, erklärt Schmidt. So seien die Betriebs- und Personalräte, die bei der Bewilligungsprozedur mit herangezogen werden, heute eher zu vorsichtig.

Andererseits wird der Boden für Fehlentwicklungen bereits durch die Praxis bereitet, das Volumen der ABM-Mittel in Nürnberg von Jahr zu Jahr festzusetzen. Seit der Einführung des Instruments im Jahr *1969* ist deshalb der Umfang der Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen starken jährlichen Auf- und Abwärts-Schwankungen ausgesetzt gewesen. In Zeiten wie heute, da das Geld aus Nürnberg reichlich fließt, müssen die Arbeitsämter ad hoc neue Projekte finden, die dem Vorwurf standhalten, lediglich Beschäftigungs-Therapie für Arbeitslose zu sein.

Mißbräuchliche Praktiken werden dadurch erleichtert, daß die vielfältigen gesetzlichen Bestimmungen für ABM so unübersichtlich geworden sind, daß selbst „für Mitarbeiter im Arbeitsamt das ABM-Geschäft zum Teil nicht mehr transparent ist", wie der Leiter der Abteilung Arbeitsvermittlung und -beratung im Kölner Arbeitsamt, Albrecht Lixfeld, offen zugibt.

Doch bei aller Skepsis: Wo wäre die Alternative?



Vorher, nachher: Wandmalerei zur Stadtverschönerung, ein ABM-Beispiel aus Köln FOTOS: DIE WELT

Bald Weltstadt-Flair vor dem Reichstag?

Von H.-R. KARUTZ

Deutschlands merkwürdigste Einöde mitten in der Stadt, das „schwarze Loch" zwischen Reichstag, Brandenburger Tor und dem Tiergarten, soll endlich Form und Inhalt gewinnen: 40 Jahre nach Kriegsende und knapp 25 Jahre nach dem Mauerbau bekommt die Mitte des alten republikanischen Berlin endlich ihr Gesicht. Letzten Denkanstoß dazu gab das Geschenk von Bundeskanzler Helmut Kohl an die Stadt: Denn das „Deutsche Historische Museum" entsteht dort, wo *heute im märkischen Stoppelgras* Hasen ihre Haken schlagen, der Duft gegrillter Würstchen aus dem Tiergarten steigt und der leere „Platz der Republik" von Hobby-Fußballern bespielt wird.

Diese mehrere Quadratkilometer umfassende zerknitterte Visitenkarte Berlins erstreckt sich auf historischem Grund und bot sich bisher wie ein Schrottplatz der Geschichte dar: Es ist das Revier zwischen dem Spreebogen, dem Reichstagsgebäude, dem ummauerten Brandenburger Tor, der von Bauzäunen umgebenen Ruine der Kongreßhalle, dem sowjetischen Ehrenmal vom November 1945, der Straße des 17. Juni (auf der kurz vor Kriegsschluß noch Hanna Reitsch mit ihrem „Fieseler Storch" landete) und einer der lärmendsten und abgasstärksten Straßen Berlins: Denn mitten durch das Grün des Tiergartens donnern täglich auf einer künstlichen Piste, die innerhalb von vier Wochen nach dem Mauerbau 1961 angelegt wurde, 60 000 Autos. Nahezu der gesamte Nord-Süd-Verkehr Berlins – durch den Mauerbau von Ost-Berlins Straßennetz abgeschnitten – sucht sich seine Bahn über diese geschichtsträchtige Meile.

An Plänen für dieses Areal mangelte es nie, und sie liegen im Prinzip baufertig in der Schublade: Nach dem Mauerbau rief die Bundesregierung zum Wettbewerb „Hauptstadt Berlin" auf. Man entwarf das komplette Zentrum einer wiedervereinigten deutschen Hauptstadt mit dem Plenarsaal der Volksvertretung im wiederaufgebauten Reichstag. Dann ruhten die Dinge und verkümmerten zum Planungs-Kürzel „Zentraler Bereich".

Erst im Vorfeld der 750-Jahr-Feier Berlins 1987 stellten dann die Politiker wieder „zentrale" Überlegungen an. Hier, wie auch in anderen Berliner Dingen, dachten die Freien Demokraten schneller, effektiver und

Landesbericht Berlin

überzeugender als die Union: So verwunderte es nicht, daß kürzlich im Senats-Stadtplanungsausschuß das *FDP-Papier zur Basis für eine ansehnliche* Mitte Berlins reifte.

Dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen, in stadtplanerischen Angelegenheiten stets à jour, kam die Skizze zwar aus früheren Akten her im Grundeinfall „ziemlich bekannt" vor, aber er setzte sich an die Spitze des Unternehmens „Berlin muß schöner werden".

Die Hauptpunkte des liberalen Senats-Konzepts lauten:

- Die alte „Siegesallee" durch den Tiergarten, weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt – sie stand schon in Albert Speers Generalplan für die NS-Metropole „Germania" – wird wiederbelebt. Vierspurig und mit Alleebäumen bepflanzt führt sie wie eine alte preußische Chaussee mitten durch's Grün.
- Der Clou daran ist, daß diese Park-Rollbahn das sowjetische Ehrenmal nahe dem Brandenburger Tor von beiden Seiten „umfährt". Diepgen beschrieb *dies mit dem gefälligen* Bild einer „Stimmgabel". Um das 90 Meter lange und 80 Meter breite Gelände des sowjetischen Ehrenmals mit den roten Sternen der Siegermacht Ost durch diese Insellage nicht über Gebühr aufzuwerten, sah schon die FDP ein „Gegen-Denkmal" vis-à-vis der Russen vor. Eine Mini-Freiheitsstatue, ein Gedenkstein für die Opfer der NS-Zeit, ein Dichterfürst, in dem sich die Deutschen wiederfinden – all dies könnte es sein.
- Der Nord-Verkehr soll östlich von den Sowjets vorbeirollen, der in Südrichtung westlich davon. Um die Kadetten der Moskauer Militärakademie, die unter dem 21 Meter hohen Granit-Rotarmisten und neben den beiden 34-Panzern von 1945 ihren Wachdienst verrichten, nicht zu gefährden, gibt es bei den Baubehörden schon abenteuerliche Pläne: Man denkt an riesige abschirmende Plexiglas-Scheiben – gleichsam eine *durchsichtige, zugleich schußsichere* Mauer.
- Der heutige „Platz der Republik", auf dem Ernst Reuter 1948/49 sein epochales „Ich rufe die Völker der Welt, schaut auf diese Stadt!" rief, soll durch Kohls Museums-Bau sein neues Profil bekommen.
- Die heutige Ersatz-Straße durch den Tiergarten – 25 Jahre alt und längst erneuerungsbedürftig – soll *aufgebrochen und wieder begrünt* werden.
- Diepgen hält sich jedoch die Option offen, bis zum Jahre 2000 einen Tunnel unter Tiergarten und Spree hindurch graben zu lassen. Schon SPD-Bausenator Ristock wollte dies, scheiterte aber an den Umweltschützern und den Kosten – rund 2,5 Milliarden Mark. Auch die FDP will diesen Tunnel nicht, wenngleich Diepgen auf umweltschonende Bauverfahren verweist.

Bleibt es bei diesen Vorstellungen – vom Feierjahr 1987 an soll „in die Hände gespuckt" werden – ergeben sich mehrere Probleme: Die Alliierten müssen mit den Sowjets reden, ob sie mit der neuen exponierten Lage ihres Denkmals einverstanden wären. Es war eingezäunt, mit Stacheldraht versehen und von den Briten – da im englischen Sektor gelegen – Tag und Nacht bewacht worden, seit ein Rechtsextremist aus dem Tiergarten-Unterholz auf einen Sowjetposten schoß und ihn verletzte. Moskau wäre zu einem Ja wohl nur zu bewegen, wenn die westliche Seite mit der herausgehobenen neuen Bedeutung *lockte*, die das Ehrenmal fortan erhielte.

Die Formel „Kultur im Süden, Republik im Norden" faßt die geplante Situation zusammen: Das Berlin der Musen kann sich südlich des Tiergartens im Kulturforum mit Philharmonie, Kammermusiksaal und den künftigen Museen der Weltkultur sonnen. Nördlich davon *entstünde der Keim des republikanischen* Berlin – auch ein Kontrastprogramm zur SED-Route, das klassisch-preußische, aber auch wilhelminisch getönte Berlin wenige Kilometer östlich vom Tiergarten aufzubauen.

Die Gesamt-Überlegungen des Senats sind auch deshalb sinnvoll, weil sie auch der SPD-Opposition Raum lassen: Sie griff Diepgens Bitte nach Ideen für Berlin auf und will im Raum um den Reichstag im Prinzip nichts anderes als das CDU/FDP-Bündnis. Nur salzte man das eigene Papier noch mit der Forderung, nicht „realitätsfremden Träumen von einer Hauptstadt Berlin nachzuhängen". Dergleichen betreibt niemand im Rathaus Schöneberg. Nur: Auch für das nächste Jahrhundert darf nichts verbaut, nichts, aber auch nichts liegengelassen, verschüttet werden – in dieser Stadt der Deutschen.

Kraftwerk Buschhaus ging ohne Aufhebens ans Netz

4000 Arbeitsplätze im Zonenrandgebiet für 20 Jahre sicher

MICHAEL JACH, **Hannover**

In aller Stille haben die Braunschweigischen Kohlenbergwerke AG (BKB) gestern das vor zwei Jahren in *die Schlagzeilen geratene* Braunkohlekraftwerk Buschhaus bei Helmstedt in Betrieb genommen. Das Unternehmen, über die hannoversche Preußenelektra im Besitz der zum Teil bundeseigenen Veba AG, hat den Termin mit Absicht nicht vorher genannt, um nicht „zusätzliche Unruhe zu stiften".

Um die vorerst noch ohne Rauchgasentschwefelung arbeitende 350-Megawatt-Stromfabrik war es in der Vergangenheit monatelang zu heftigen juristischen und politischen Auseinandersetzungen gekommen. Geplant und genehmigt wurde die Anlage am Ende der siebziger Jahre nach den damals relativ großzügigen Vorschriften zur Luftreinhaltung.

Der Neubau zog den Protest des erwachten Umweltbewußtseins auf sich, als sich 1983 herausstellte, daß er den nunmehr drastisch verschärften Anforderungen der Großfeuerungsanlagen-Verordnung bei weitem nicht genügte. Der Unmut schlug Wellen bis nach Bonn: Ende Juni 1984 verlangte der Bundestag einmütig, Buschhaus „so nicht" in Betrieb zu nehmen. Auch die niedersächsische Landesregierung sah sich – obendrein von „ihrer" CDU-Landtagsfraktion – hart bedrängt.

In einem mühsamen Tauziehen zwischen Bonn, Hannover, den Verwaltungsgerichten und dem um Rechtssicherheit wie Kostendeckung ringenden Betreiberunternehmen BKB wurden halbwegs befriedigende Kompromisse gefunden. Die Beschwerde des Berliner Anwaltes Reiner Geulen ist beim Bundesverfassungsgericht jedoch nach wie vor anhängig. Das 850 Millionen Mark teure Kraftwerk erhält bis Mitte 1987 seine Rauchgasreinigung, ebenso das ältere BKB-Nachbarkraftwerk Offleben II. Offleben I, völlig veraltet und zuerst als „kalte" Bedarfsreserve vorgesehen, wird endgültig stillgelegt. Kostenpunkt nochmals 400 Millionen, aufzubringen mit massiver Hilfe von Bund und Land.

Tatsächlich hat kaum ein Kohlekraftwerk die Entschwefelung so nötig wie Buschhaus. Denn die eigens dafür im neu erschlossenen BKB-Tagebau Schöningen gewonnene „Salzkohle" ist um das Dreieinhalbfache schwefelhaltiger als die „normale", bisher in Offleben verfeuerte Braunkohle aus den rapide zur Neige gehenden älteren Tagebauen bei Helmstedt. Immerhin kommt die Salzkohle nun erst 1987 unter die Kessel in Buschhaus.

BKB-Chef Rolf Winter ist somit sicher, daß schließlich doch „dieses Kraftwerk zu einem Muster- und Modellfall in positivem Sinne" werde. Und 4000 Mitarbeiter im strukturschwachen Zonengrenz-Raum Helmstedt können sicher sein, auf zwanzig Jahre hinaus Lohn und Brot zu haben. Dann aber ist auch die Schöninger Salzkohle ausgeschürft.

DGB bleibt dabei: DAG nicht beim Dreiergespräch

Kanzleramt bestätigt ursprüngliche Absprache mit Breit

GÜNTHER BADING, **Bonn**

An dem Dreiergespräch von Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden soll doch nur der *Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)* und keine der anderen Gewerkschaften teilnehmen. Nach dem Treffen im Bundeskanzleramt in der vergangenen Woche, bei dem der „Trialog" für den 5. September vereinbart worden war, hatte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm im Gespräch mit der Spitze der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) versichert, er werde sich dafür „einsetzen", daß sie neben dem DGB in der Runde vertreten sei. Der stellvertretende DAG-Vorsitzende Roland Issen erklärte gegenüber dem SPD-nahen Pressedienst „ppp", nach einer „Absprache" mit Blüm werde die DAG in die Dreier-Runde mit den Arbeitgebern einbezogen. Dieser Darstellung widersprach DGB-Sprecher Ulrich Preussner. Er wies darauf hin, daß in dem Spitzengespräch am Dienstag vergangener Woche im Kanzleramt sowohl Bundeskanzler Helmut Kohl als auch die anderen Kabinettsmitglieder allein von einer Beteiligung des DGB gesprochen hätten.

Im Kanzleramt hieß es gestern dazu, in der Tat sei eine Absprache nur mit dem DGB getroffen worden. Bestehe der DGB darauf, daß keine anderen Gewerkschaften einbezogen würden, „dann bleibt das so". Bundesarbeitsminister Blüm sprach gestern mit dem DGB-Vorsitzenden Breit und auch mit Issen von der DAG, um Klarheit in dieser Frage zu schaffen. Am Donnerstag will er noch einmal mit der DAG-Führung zusammentreffen.

*Eines der Argumente der DGB-*Spitze ist der Hinweis darauf, daß erst die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeitsgruppen von Regierung und DGB – an denen keine andere gewerkschaftliche Organisation teilgenommen habe – die Grundlagen für ein Dreiergespräch mit den Arbeitgebern gelegt hätten. Am 5. September solle schließlich auf der Basis der Arbeitspapiere, die zwischen DGB und Regierung am 23. Juli erörtert worden seien, diskutiert werden.

In der DGB-Spitze sieht man das positive Echo auf die Vereinbarung zu einem Dreiergespräch im September mit gemischten Gefühlen. Zum einen hatten die DGB-Gewerkschaften seit Jahren jede Neuauflage der früheren Konzertierten Aktion abgelehnt; die Gewerkschaftsführung muß deshalb jetzt alles tun, um bei den nachgeordneten Funktionären den Eindruck zu vermeiden, hier sei man „eingeknickt". Zum anderen konkurriert die DAG im für die Mitgliederwerbung immer wichtigeren Angestelltenbereich mit dem DGB. Sollten die Ergebnisse der Dreier-Runde den Vorstellungen der Gewerkschaften entgegenkommen, so könnte der DGB dies dann nicht mehr als Wirkung der eigenen Pressionen auf Regierung und Arbeitgeber darstellen, sondern müßte sich diesen Erfolg mit der DAG teilen.

Mit kühlem Mut die Wurzeln der „DDR" freigelegt

Von ULRICH SCHACHT

Es ist kein unziemlicher oder gar kühner Gedanke, zu vermuten, daß die Mehrzahl der westdeutschen Schüler, denen Gesellschaftskundeunterricht zuteil wird, auf die Frage, was das Kürzel „SBZ" bedeute, wahrscheinlich keine Antwort wüßte. Es gibt viele Gründe, warum das so ist – angefangen vom mangelnden Interesse bis hin zur mangelnden Unterrichtszeit. Ein wesentlicher jedoch ist dieser: Je forcierter in der Bundesrepublik die Aufarbeitung der Geschichte des Dritten Reichs betrieben und von vielen sogenannten progressiven Zeitgenossen als defizitäres Phänomen und Ausdruck von bewußt unterlassener Vergangenheitsbewältigung beschrieben wird, um so intensiver findet eine Geschichtsverdrängung ganz besonderer Art statt: Die subtile und sukzessive Tabuisierung der Vor- und Frühgeschichte der „DDR".

Sie wird entweder nicht behandelt oder aber interpretiert – und zwar im Lichte dessen, was sich seit Beginn der siebziger Jahre Entspannungspolitik nennt. Die systemvergleichende Deutschlandforschung wurde als unwissenschaftlich, ressentimentgeladen und als Kalte-Kriegs-Rhetorik denunziert, dafür erlebte die „systemimmanente" Betrachtungsweise der „DDR" einen Boom ohnegleichen – und die Umwertung aller historischen Wirklichkeiten feierte Triumphe.

Diese traurige Entwicklung nie mitgemacht zu haben, ist das Verdienst des Publizisten Karl Wilhelm Fricke, seit Jahren Leiter der Ost-West-Redaktion des Deutschlandfunks. Jetzt sendete der WDR im Rahmen der Nordkette der III. Programme eine Fernsehdokumentation von Karl Wilhelm Fricke, die beispielhaft genannt werden muß: „SBZ – Die Geschichte der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland". Zeitzeugen – u.a. Wolfgang Leonhard, *Heinz Brandt*, Johann Baptist *Gradl*, Hermann Kreutzer, Wolfgang Mischnik und Michail Voslensky – erinnerten sich an die Jahre von 1945 bis 1949 in Mitteldeutschland, rekonstruierten objektive Bedingungen und eigenes Versagen, Hoffnungen, Irrtümer und damit am persönlichen Beispiel den unaufhaltsamen Gang Mitteldeutschlands in die stalinistische Despotie oder, um mit dem ehemaligen SED-Funktionär Heinz Brandt zu sprechen: das „Abgleiten in die Sklaverei".

Verknüpft mit Filmdokumenten, gewinnt so eine Tragödie Gestalt, die, wie Fricke deutlich werden läßt, eben nicht hauptsächlich das Ergebnis unglücklicher Zustände und westlichen Versagens ist, sondern zuerst und zuletzt kalt anvisiertes Ziel einer Handvoll kommunistischer Funktionäre unter der Führung Walter Ulbrichts, deren persönliche Interessen identisch waren mit den Interessen Stalins. Schlüsselsatz für diese skrupellos, aber nicht ungeschickt inszenierte, separatistische Deutschlandpolitik der KPD/SED war Ulbrichts schon im Mai 1945 seinen Vertrauten mitgeteilte Arbeitsmaxime: „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles fest in der Hand haben".

Wolfgang Leonhard, der damals zur Gruppe Ulbricht gehörte, zitierte diese Leitlinie mehrfach als authentische Aussage des gerissensten und deshalb erfolgreichsten aller Nachkriegs-KPD-Funktionäre. Er bescheinigte ihm nicht nur Fleiß, sondern auch die Fähigkeit, alle Wendungen sowjetischer Politik „fast vorauszuahnen". Damit blieb dieser ansonsten kalte, an Musik, Kunst oder Natur uninteressierte Mann bis er von Honecker abgelöst wurde, siegreich. Dieser Sieg kostete vielen Menschen in Mitteldeutschland das Leben, Hunderttausenden jahrelang die Freiheit, Millionen die Heimat. Minutiös rekonstruiert Fricke in seiner Dokumentation die repressiven Schritte der SBZ zur zentralisierten, stalinistischen „DDR": Mit allen Mitteln wird eher schneller als langsam in wenigen Jahren jeder demokratische Ansatz vernichtet, werden christliches, liberales, sozialdemokratisches und unabhängiges gewerkschaftliches Potential aus- oder gleichgeschaltet. Fakten schaffen, heißt die Devise der Sowjetischen Militäradministration im Auftrage Stalins, und das bedeutet konkret: die gewonnene Interessensphäre in Deutschland um jeden Preis zu sichern. Auch um den Preis der Spaltung.

Alle entscheidenden Schritte auf diesem Wege, dokumentiert Fricke, fanden in der SBZ statt, waren, weil keine andere Möglichkeit der Herrschaftssicherung durchschlug, das schon frühzeitig erstrebte Endziel aller sowjetischen und SED-eigenen Deutschlandpolitik, auch wenn noch lange gegenteilige Phrasen die Propaganda bestimmten. In diesem Zusammenhang räumt Fricke mit dem Charakter des Entnazifizierungsprozesses in der SBZ (um den hierzulande ja geradezu Legenden kreisen) ebenso auf wie mit anderen Mythen – Stichwort Währungsreform in den Westzonen und West-Berlin, die eine Reaktion auf den Auszug der Sowjets aus dem Alliierten Kontrollrat und der Gründung der Deutschen Wirtschaftskommission in der SBZ war.

Für ihn bleibt die „DDR" die logische Konsequenz der SBZ und nicht das Ergebnis verschenkter Möglichkeiten, die der Westen angeblich hatte. Diese Einsicht ist für den Informierten gewiß nicht neu, aber der kühle Mut, mit dem Fricke das historische Wesen der „DDR" freilegt, verdient Aufmerksamkeit, denn eben dieses historische Wesen charakterisiert die „DDR" bis heute.

Blüm appelliert an Initiative der Tarifparteien

dpa, Bonn

In der Diskussion um den Abbau von Überstunden hat Bundesarbeitsminister Norbert Blüm die Tarifpartner daran erinnert, daß ihr Handeln „das erste *Mittel*" *sein müsse* „*und* nicht der Ruf nach dem Staat". In den Westfälischen Nachrichten sagte Blüm: „Was hindert die Tarifvertragsparteien eigentlich daran, Überstunden ‚*intern*' zu verteuern, die daraus aufkommenden Mittel in einem Fonds anzusammeln und daraus Maßnahmen der Qualifizierung, Weiterbildung oder aber des Überstundenausgleichs und Freizeiten zu finanzieren, wenn sie nicht – wie ich es mir wünsche – Überstunden noch stärker durch Neueinstellungen direkt abbauen."

Warschauer Kritik an Dreggers Polenvisite

dpa, Warschau

Warschau hat die Ehrerweisung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger am Grab eines unbekannten deutschen Soldaten während seines privaten Polenbesuches kritisiert. In der amtlichen polnischen Nachrichten-Agentur PAP hieß es, Dregger habe seine politischen Sympathisanten nicht enttäuscht. Dabei wisse man nicht einmal, was für ein Soldat an dieser Stelle in Warschau begraben liege. Sicher sei nur, daß dieser Soldat sich nicht als Tourist in Polen aufgehalten hatte, sondern als „Mitglied in der Maschinerie Hitlers zur Vernichtung der polnischen *Nation*".

IG Metall weitet Arbeitskampf aus

AP, Münster

In dem seit einer Woche andauernden Streit im nordrhein-westfälischen Metallhandwerk zur Durchsetzung der 38,5-Stunden-Woche hat die IG Metall die Arbeitskampfmaßnahmen gestern auf einen weiteren Betrieb in Ibbenbüren bei Münster ausgeweitet. Ein Sprecher der Bezirksleitung in Münster kündigte an, daß bis zum *Ende der Woche zwei* weitere Betriebe in den Streik einbezogen werden sollen, wollte jedoch die Firmen nicht nennen.

Garski-Prozeß: Neue Akten aufgetaucht

F.D. Berlin

Im Betrugsprozeß gegen den Berliner Architekten Dietrich Garski (54), dessen Firmenpleite 1980 zum Sturz des SPD/FDP-Senats in Berlin geführt hatte, ist jetzt ein Befangenheitsantrag der Verteidigung gegen *das Gericht abgelehnt worden. Die* Verteidiger hatten ihren Antrag mit dem Verhalten des Vorsitzenden Richters begründet, der in der vergangenen Woche 640 neue Akten an nur zwei Tagen durchgesehen und als nicht prozeßrelevant bezeichnet hatte.

Nachdem am Wochenende bekanntgeworden war, daß noch zahlreiche weitere Unterlagen existieren, *die bislang nicht herangezogen* wurden, beantragte gestern die Verteidigung deren Sicherstellung. Morgen soll zudem über einen Antrag der Verteidiger entschieden werden, die die Aussetzung des Verfahrens und die Entlassung ihres Mandanten aus der Untersuchungshaft fordern.

Für längere Legislaturperiode

dpa, Bonn

Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Hermann-Otto Solms hat sich *gestern für eine Verlängerung* der Bundestagswahlperiode von derzeit vier auf fünf Jahre ausgesprochen, um die Arbeit des Parlaments wirkungsvoller und effektiver zu gestalten. Bei einer zu kurzen Wahlperiode bestehe die Gefahr, daß an die Stelle einer mutigen, an den erklärten Zielen orientierten Politik ein „Dauerwahlkampf" trete. Die Bewältigung schwieriger wirtschaftspolitischer Fragen wie der Arbeitslosigkeit oder die Steuerreform erforderten zum Teil unpopuläre Maßnahmen, die erst langfristig Wirkung zeigten.

Senat gibt Geld für Universität Tel Aviv

DW. Berlin

Die Bar-Ilan-Universität in Tel Aviv erhält aus Mitteln des Berliner Senat 100 000 Mark für besondere historische Forschungen. Die Wissenschaftler untersuchen die Geschichte des Judentums in Preußen, speziell in Berlin. Ein Berliner Freundeskreis hält zur Bar-Ilan-Universität freundschaftlichen Kontakt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Der Gouverneur von Alaska muß mit Anklage rechnen

Sheffield manipulierte angeblich 9,1 Millionen Dollar

FRITZ WIRTH, Washington

Die 27 000 Bürger von Juneau, der Hauptstadt Alaskas, wo zu dieser Jahreszeit die Tage lang und die Gesprächsthemen kurz sind, genießen seit einigen Wochen teils mit Häme, teils mit irritierter Verwirrung ein unerhörtes Ereignis. Ihr Gouverneur Bill Sheffield, der seit 1982 ihren Staat regiert, ist ins Gerede gekommen.

Und nun tragen einige Bürger ihren Kommentar zu diesem Ereignis offen auf der Brust. In Juneau ist für T-Shirts mit der Aufschrift „I am not a crook" („Ich bin kein Gauner") Hochkonjunktur. Ein Ausdruck aus dem Wortschatz Richard Nixons. Und in den Bars wird ein „Impeachment Daiquiri" angeboten. „Impeachment" heißt soviel wie Anklage.

Und darum geht es in dieser Affäre: Soll der ehrenwerte 57jährige Gouverneur Bill Sheffield unter Anklage gestellt werden oder nicht? Eine Anklagekammer hat vor drei Wochen dieses Verfahren empfohlen. Nun prüft der Regelausschuß des Senats von Alaska in einer Anhörung, ob die Vorwürfe gegen Sheffield gerechtfertigt sind und eine Anklage erfordern.

Vorgeworfen wird ihm, das Leasing-Verfahren von staatseigenen Büroräumen im Werte von 9,1 Millionen Dollar so manipuliert zu haben, daß eine Firma, die bei der letzten Wahl 1982 die Wahlkampfkosten Sheffields teilweise finanzierte, der alleinige Nutznießer war.

Politisches Manöver

Sheffield bestreitet, von der Sache etwas gewußt zu haben. Sein Stabschef John Siveley, der von der Affäre *wußte, ist in der vergangenen* Woche zurückgetreten und gab zu, in dieser Angelegenheit gelogen zu haben, um Sheffield zu schützen. Der Gouverneur selbst, ein Demokrat, vermutet hinter dieser Affäre politische Manöver seiner republikanischen Gegner.

Wie auch immer: Das Fernsehen in Alaska hat die Anhörung bisher live übertragen, und viele Bürger des Staates behaupten, es sei das beste Programm, das ihnen seit vielen Jahren geboten wird.

Sollte es zu einer Anklage kommen, wäre es in den USA seit 1927 die erste gegen einen amtierenden Gouverneur. Damals wurde der Gouverneur von Oklahoma wegen Unfähigkeit aus seinem Amt entfernt. Die „Impeachment"-Empfehlung der Anklagekammer von Alaska gegen Sheffield lautet auf „Mangel an Offenheit und Mißachtung der Gesetze des Staates Alaska".

Die Entscheidung, ob es zu einer Anklage kommt, liegt beim 20 Mitglieder zählenden Senat von Alaska, wozu es einer Zweidrittel-Mehrheit bedarf. Sollte es zur Anklage kommen, findet das Verfahren im Repräsentantenhaus von Alaska statt.

Ein Hauch von Watergate

Es liegt also ein leichter Hauch von Watergate über Juneau. Und das, obwohl es kaum Ähnlichkeit mit jener Affäre von 1972 gibt und das Ausmaß des Falles Sheffield jeden Vergleich ausschließt. Der *Name Watergate* kam ins Gespräch, als die Hauptbeteiligten erfahrene Watergate-Anwälte anheuerten. So verpflichtete Gouverneur Sheffield den Anwalt Philip *Lacovara, der in der Watergate-Affäre* Assistent des Anklägers Leon Jaworski war. Der Senat von Alaska nahm Samuel Dash unter Vertrag, der seinerzeit den Sonderausschuß des amerikanischen Senats in der Watergate-Affäre beriet.

Es ist nicht das erste Mal, daß Schatten auf die Amtsgeschäfte des Gouverneurs fallen. Bundesbehörden haben in den vergangenen drei Jahren schon vier Mal seine Amtsführung unter die Lupe genommen, ohne sich jedoch der Anklagekammer anzuschließen, die Sheffield bescheinigte, *für das Amt des Gouverneurs ungeeignet* zu sein.

Sheffield ist ein Selfmademan, der 1953 nach Alaska kam und zunächst Fernsehgeräte reparierte. Er wechsel*te später mit großem Erfolg* in die Hotelbranche, besitzt heute eine Hotelkette in Alaska und Kanada. Er war 1982 der erste Gouverneur von Alaska, der mehr als zwei Millionen Dollar in seine Wahl investierte.

Sollte er unter Anklage gestellt und am Ende gezwungen werden, sein Amt aufzugeben, würde ihn sein Stellvertreter Steve McAlpine, ebenfalls Demokrat, ersetzen. Der Haken: Auch gegen McAlpine läuft eine Untersuchung. Ihm wird vorgeworfen, 1982 illegale Gelder für seine Wahlkampagne angenommen zu haben.

Trostreicher Nebeneffekt: Seitdem Juneau Schlagzeilen macht, steigt die Zahl der Touristen.

„Jugoslawiens KP soll abtreten"

Ungewöhnliche Systemkritik / Partei kann die technologische Revolution nicht verkraften

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

In mehreren kommunistischen Ländern – auch in der Sowjetunion – wird die Kritik am kommunistischen System durch Wirtschaftsexperten immer schärfer. Jugoslawien, selbst in einer Krise, spielt eine Vorreiterrolle: hier kommt die Systemkritik mittlerweile nicht mehr aus den Randbereichen, sondern aus dem Zentrum der Gesellschaft.

In „Duga", einer populären Massen-*Illustrierten Jugoslawiens, ist* jetzt die Führung des Landes samt der Kommunistischen Partei aufgefordert worden, sich von der politischen Macht „zu entfernen" und diese *Macht statt* dessen *auf* „andere Organe und Organisationen der Gesellschaft zu übertragen".

Diese sensationellen Thesen werden in einem Interview mit dem Zagreber Professor für politische Ökonomie, Adolf Dragicevic, vertreten. Die Tatsache, daß sie in einer legal erscheinenden Publikation gedruckt werden konnten, ist ein Symptom für den Gärungsprozeß der Gesellschaft und für den Zustand der Partei.

Die Kommunisten seien, so sagt Dragicevic, „zu lange an der Macht". Er erinnert dann an den verstorbenen italienischen KP-Chef Berlinguer, der festgestellt habe, daß die traditionelle Basis der Kommunisten, nämlich Arbeiter und Bauern, unter den Bedingungen der mikro-elektronischen Revolution als soziale Gruppe verschwinden werden. Dazu Dragicevic: „Die kommunistischen Parteien haben sich gegenüber den bedeutenden gesellschaftlichen Veränderungen als nicht flexibel erwiesen. Mehr oder weniger sind sie bei jenem Typus, jener Organisation und jener Aktivität geblieben, wie sie nach der Oktober-Revolution (1917) in Rußland unter der Führung Lenins entstand." Den heutigen Anforderungen entspreche die Partei nicht mehr.

Vor allem habe die KP und die aus ihr hervorgehende „politische Bürokratie", die bei der Industrialisierung Jugoslawiens nach dem Zweiten Weltkrieg ursprünglich eine positive Rolle gespielt habe, angesichts der „dritten technologischen Revolution" vollkommen versagt.

Über die kommunistische Führung Jugoslawiens sagte Dragicevic wörtlich: „Jetzt kommt eine Aufgabe auf sie zu, welche sie nicht erfüllen kann und welche sie daher einer neuen ge*sellschaftlichen Kraft überlassen* müßte ... Aber sie hat sich diesen ihren Verpflichtungen entzogen ..."

Die gegenwärtige Krise Jugoslawiens bezeichnet der Professor als Krise der Bürokratie und als Krise der Partei, welche die „führende Kraft" sei. Diese Krise sei deshalb entstanden, weil Bürokratie und Partei alles getan hätten, um die Entwicklung zu behindern. Letzteres sei wiederum notwendig gewesen, um die eigene Macht und Herrschaft zu konservieren.

Auch von den jugoslawischen „Arbeiterräten" hält Professor Dragicevic nicht viel: „Im Arbeiterrat kann jeder einen Beschluß fassen – der Schreibkundige und der Analphabet, der Fachmann und der Laie, der Alte und der Junge, der Betrunkene und der Nüchterne ..." In der „dritten technologischen Revolution" komme es aber auf die richtige Vorbereitung der Entscheidungen an – und hier seien die Experten unentbehrlich.

Die kommunistische politische Bürokratie habe aber konsequent jegliche wirksame Tätigkeit der Fachleute verhindert, weil sie „Angst um ihre eigene Haut" habe. Deshalb habe sie die Techniker und *Manager in ihrer* Gesamtheit als „Feinde des Sozialismus" verurteilt.

Auf diese Weise habe sie aber jeglichen Fortschritt unmöglich gemacht und Jugoslawien auch vom Anschluß an den „reichsten und größten Weltmarkt" – den Markt der Chips, Mikroprozessoren, Mikroelektronik und Hochtechnologie – verwehrt. Die jugoslawische Bürokratie, so Dragicevic, habe statt dessen die eigene Arbeiterklasse auf dem Niveau von „manuellen Arbeitern" konserviert und damit eine in Wahrheit „konter*revolutionäre Rolle*" gespielt.

Die Tätigkeit der Partei als „führender Kraft" sei zu einem Hindernis für die gesellschaftliche Entwicklung geworden. Die technologische Revolution erfordere „Freiheit der Initiative, Bestrafung des Mißerfolgs und höchste Belohnung des Erfolges". Dragicevic: „Freiheit der Gedanken, Freiheit der Ideen, Hunger nach neuen Ideen – das ist die Charakteristik der modernen Welt. Das aber verhindert die Partei mit ihrer klassischen Tätigkeit."

Sowjet-U-Boote in Japanischer See

AFP, Los Angeles

Der japanische Geheimdienst hat die Anwesenheit von sechs sowjetischen Mini-U-Booten im seichtesten Gewässer des Japanischen Meeres ausfindig *gemacht. Die* Spuren wurden in dem Sund zwischen den japanischen Inseln Hokkaido und Honshu gesichtet, der den strategischen Zugang zum Pazifik erlaubt, berichtet die „Los Angeles Times". Die Anwesenheit der U-Boote, deren Spuren die gleichen sind, die vor Norwegen und Schweden entdeckt wurden, zeugen von derzeit stattfindenden Sondermanövern, um den Sowjets die Kontrolle über die Meerengen im Krisenfall zu sichern.

Relative Mehrheit für Hugo Banzer

dpa, La Paz

Der frühere Diktator Hugo Banzer hat bei den Wahlen in Bolivien am 14. Juli mit 28,11 Prozent der Stimmen nur die relative Mehrheit gewonnen. *Die von Banzer geführte Nationaldemokratische* Aktion (ADN) wurde aufgrund der Wahlkreiseinteilung aber nur zweitstärkste Fraktion im neuen Kongreß, der den Nachfolger *des scheidenden Präsidenten* Hernan Siles Zuazo wählen muß. Nach Ansicht politischer Kreise deutet alles darauf hin, daß der Kongreß am 3. August den ehemaligen Präsidenten Paz Estensoro (77) zum Staatschef wählen wird, der bereits von 1952 bis 1956 und von 1960 bis 1964 regierte.

Nordkoreaner beenden Boykott

rtr. Seoul

Im Grenzort Panmunjom hat Nordkorea gestern einen über 30jährigen Boykott von Empfängen der neutralen Waffenstillstandsbeobachter be*endet. Zehn nordkoreanische Militärs* waren zu dem Empfang erschienen, mit dem an die Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens von 1953 erinnert wird. Nach Ansicht von Beobachtern *paßt diese Entscheidung* Nordkoreas in die gegenwärtige Linie nordkoreanischer Politik, die auf eine zunehmende Verständigung mit Südkorea abzielt. Erst am Vortag hatte Nordkorea *Maßnahmen zur* Entspannung in Panmunjom vorgeschlagen.

M'Bow will die Krise in der Unesco nicht wahrhaben

Reform bei der Vollversammlung in Sofia nicht in Sicht

Von HEINZ BARTH

Der Unesco geht es bestens. Weder das Ausscheiden Amerikas noch die Austrittsdrohung Großbritanniens, so ließ sich ihr Generaldirektor *M'Bow vernehmen, hätten zu einer* Krise der Kultur-Organisation der Vereinten Nationen geführt. In einem Interview versicherte er, der im Oktober in Sofia stattfindenden Unesco-*Vollversammlung sehe er völlig un*besorgt entgegen.

Einen überzeugenderen Beweis, daß ein behutsamer Umgang mit dem Rechenstift noch nie seine Stärke war, hat der für seine unbekümmerte Finanzpolitik bekannte M'Bow, dessen Gehalt rückwirkend ab 1. Januar erhöht wurde, bisher noch nicht geliefert.

Offenbar ist er auch durch die Kürzung des Budgets, das durch den Austritt der USA um 97,7 Millionen Dollar (über 20 Prozent) schrumpfte, nicht zu belehren, daß *jetzt größere* Sparsamkeit am Platz wäre.

Zwar wurden die Ausgaben für die Basis-Arbeit in den Entwicklungsländern, vor allem die Programme der *Volkserziehung*, schematisch zusammengestrichen. Aber davon unberührt blieben ideologisch bedingte Hauptausgaben, die für die Politisierung der Massen in der Dritten Welt vorgesehen sind.

Entsprechende Beschlüsse, die das Schwergewicht der Unesco-Programme noch mehr als bisher von der Erziehung zur machtpolitischen Manipulation verlagern sollen, wurden jetzt vom Exekutivrat der Organisation gefaßt. Das mag erklären, warum der Generaldirektor, der sich auf die sichere Mehrheit seiner Ost-Süd-Koalition stützen kann, der Veranstaltung von Sofia „unbesorgt" entgegensieht.

Zu den überfälligen Reformen wird es dort also auch *diesmal* nicht kommen. Im Dezember 1984 hatte Bundesaußenminister Genscher in einem Brief an M'Bow zur Unesco-Krise Stellung genommen. Er rügte darin unter anderem die „politische Überfremdung der Sacharbeit", die „Verletzung des Gebotes sparsamer Haushaltsführung" und – was schlimmer ist – die gegen die liberalen Grundsätze der Vereinten Nationen gerichtete Unterdrückung der Informationsfreiheit durch zahlreiche Länder des Ostblocks und der Dritten Welt.

Doch geändert hat diese milde Anmahnung an den bestehenden Zuständen nichts. Es konnte den selbst*herrlichen M'Bow kaum* beeindrukken, daß Genscher in schonungsvollen Formulierungen von der tiefen Verbundenheit der Bundesrepublik mit den Zielen der Unesco sprach, *obgleich sich diese längst zu einem* Verschwörernest gegen die Prinzipien von Demokratie und Meinungsfreiheit entwickelt hat.

Der von M'Bow finanzierte Unesco-Jugendkongreß, der vor einigen Wochen in Barcelona stattfand, war als eine eindeutig antiwestliche Veranstaltung gegen die angebliche Bedrohung des Friedens durch die „imperialistischen Mächte" und für die Beseitigung des „Neo-Kolonialismus" aufgezogen.

DIE ANALYSE

Im letzten Zweijahresprogramm *der Organisation hatte noch* die vom Ostblock und der Dritten Welt geforderte „Neue Weltwirtschaftsordnung" im Vordergrund gestanden. M'Bow sah sich diesmal genötigt, diesen *Programmpunkt, der nichts* mit den Erziehungsaufgaben der Unesco zu tun hat, etwas vorsichtiger zu umschreiben. Aber die Substanz der Fragen, mit denen sich die 105 Mitglied*staaten in Sofia befassen sollen*, wird durch solche kosmetische Retuschen kaum berührt.

Es steht schon jetzt fest, daß die Unterorganisation der UNO unter ihrer gegenwärtigen Führung nie von ihrem einseitigen Kurs abzubringen sein wird. Solange andere Westmächte sich nicht entschließen können, sich mit dem amerikanischen Boykott solidarisch zu erklären, wird man wohl an der Pariser Place de Fontenoy den Gürtel etwas enger schnallen, aber mit der antidemokratischen Agitation solange wie möglich fortfahren.

Wirkliche Reformen und ein inneres Gleichgewicht des Unesco- Programmes sind voraussichtlich nur durch die einzige Sprache zu erreichen, die man dort versteht – die des zugeschnürten Geldbeutels.

„Auf verschiedenen Straßen dasselbe Ziel erreichen": Indien und die drei Lehren des Hinduismus

Ein Adler mit einem viel zu schweren Körper

Auf einem buddhistischen Weltkongreß in Bangkok schlugen die toleranten Buddhisten Brücken zu allen Religionen auf dem Erdenrund. Nur nicht zum Hinduismus im benachbarten Indien. Als das auffiel, fragte ich, warum das so sei. Die Präsidentin, eine thailändische Prinzessin, sagte diplomatisch, sie wolle keinen Verdruß. Inder hätten leider nicht viele Freunde in Asien.

Auch sei die Hindu-Mentalität den Buddhisten fremd. Die Hindus seien nicht sozial. Die buchstäblich steinreichen Inder hätten derartige Vermögen gehortet, daß die Republik Indien gar keine ausländische Entwicklungshilfe bedürfe. Aber die Hindu-Oberschicht interessiere sich wenig für die Masse des Volkes. Sie ließe Millionen Landsleute gnadenlos in Elend und Hunger verkommen.

Einer zitierte die bekannte These: „Alles in Indien ist Religion". Es frage sich freilich, um was für eine Religion es sich handele. Der Hinduismus pflege manche Überlieferung, die den notwendigen Forschritt hindere. Der Kult mit den „heiligen Kühen" passe nicht ins 20. Jahrhundert. Auch nicht die „heiligen Bäume", die dem sachgemäßen Ausbau von wichtigen Straßen im Wege stehen.

Es kam immer härter. Viele Inder seien unbelehrbar, unberechenbar und hätten daher so viele Kritiker. Gewiß gebe es Beispiele von großer Opferbereitschaft und Menschenliebe – so Gandhi. Nehru indes habe selber die Problematik erkannt: Indien sei ein schwerer Elefant, der Zeit brauche, sich zu erheben. Ein Inder ergänzte, sein Volk sei ein Adler mit einem viel zu schweren Körper. Doch das gehöre eben zum indischen Karma. Dieser buddhistische Inder meinte, an der mangelhaften Entwicklung seines Landes trage tatsächlich entscheidend der Hinduismus Schuld.

Es war Zeit, die Inder zu verteidigen, und so erinnerte ich an einen sehr wichtigen Satz von Gandhi: „Die Religionen sind verschiedene Wege, die nach demselben Punkt hin konvergieren. Was macht es aus, wenn wir verschiedene Straßen gehen und auf ihnen dasselbe Ziel erreichen? In Wirklichkeit gibt es so viele Religionen, wie es Individuen gibt ... Wahre Religion übersteigt Hinduismus, Islam und Christentum. Sie will nicht die eine oder andere Lehre verdrängen, sie harmonisiert sie und gibt ihnen Wirklichkeit."

Das Rad des Lebens – ZDF, 22.05 Uhr

Gefragt wurde, wer denn in Indien gemäß dieser Maxime lebe. Die Hindus stünden doch in einem blutigen Dauerkonflikt mit den Sikhs. Wird nicht sogar befürchtet, daß daher eines Tages Indien in Kleinstaaten zerfällt? Eine indische Maxime lautet: „Suchet nicht eine Religion, sondern seid Religion". Freilich fragt sich die zivilisierte Welt, ob nicht tatsächlich die Religion in Indien im Interesse des Gemeinwohls viel verantwortungsbewußter gehandhabt werden müsse.

Albert Schweitzer schreibt in seinem Pionierwerk „Die Weltanschauung der indischen Denker", der Hinduismus sei eine Volksreligion und bemühe sich, „lebendige Frömmigkeit zu bleiben ... Die Volksreligion kann nicht anders als dem natürlichen Empfinden Rechnung tragen".

83 Prozent der Bevölkerung Indiens (730 Millionen Menschen) und zusätzliche Gemeinden in anderen Ländern gehören dem Hinduismus an. Entstanden etwa 800 v.Chr., wird er als soziologische Betrachtung des Lebens innerhalb der Kasten angesehen, die von zahlreichen Religionen bestimmt werden. Der Hinduismus kennt keinen Stifter und keine allgemein verbindlichen Dogmen. In der Regel werden nicht Individuen bekehrt, sondern Gruppen. Heilige Männer, Propheten und andere durch ihr Karma determinierte Persönlichkeiten bestimmen immer neu die Formen des Glaubens.

Es gibt also keinen bestimmten Gott, an den die Hindus glauben. Der Hinduismus ist ein individueller Glaube, der zum Beispiel gleichermaßen Vegetarier wie Fleischesser zuläßt. Hindu können alle sein: Polytheisten, Monotheisten, Pantheisten, Atheisten. Wer einen genau definierten Glauben hat – sei es als Christ, sei es als Jude oder Buddhist – kann die Hindus nur mühsam begreifen. Wieso ist es möglich, daß ein Brahmane ein Regenwurm wird und ein Regenwurm ein Brahmane? Das gehört eben zu deren Karma.

Der weise Gelehrte und Prediger Krishanamurti erklärte mir in Neu-Delhi Karma als „eine Aktion, als einen totalen Prozeß". Die Lehre von der Seelenwanderung sei die metaphysische Basis und Rechtfertigung des Kastenwesens. Der Tübinger Indologe, Heinrich von Stietencrohn, schreibt, der entscheidende Unterschied zum Christentum sei, daß im Hinduismus nicht die Gemeinde, sondern das Individuum oder die Familie Träger der Aktionen ist (vgl. Hans Küng: „Christentum und Weltreligion").

Indes – noch immer gilt das Wort von Karl Jaspers: „Die geistigen Welten Chinas und Indiens sind uns unersätzlich geworden, aber nicht nur als Kontrast zu uns selbst. Wer davon einen Hauch verspürt, kann sie nie vergessen und nicht ersetzen durch etwas, was wir im Abendland besitzen."

Deshalb ist es dankenswert, daß im Fernsehen ein so komplexes geistiges Phänomen behandelt wird. Niemand kennt ein fremdes Volk, wenn er nicht dessen Religion kennt. Aber dieses Wissen muß vom Wunsch nach religiöser Toleranz und damit vom Wunsch nach Frieden zwischen allen Religionen begleitet sein. Ohne Religionsfrieden ist kein Frieden auf Erden denkbar.

ROLF ITALIAANDER

KRITIK

Rabenschwarzes zur Geisterstunde

Wie gern sie doch bitterbös' ist, diese Muriel Spark, in ihrer Prosa – erst recht, wenn die **Bitte nicht stören** (ARD) heißt und die Vorlage abgibt zu einem Gaunerstück mit allerlei Haken und Ösen, in dem nämlich die feine Gesellschaft der Bediensteten in feinstem Nobelhause die feinen Herrschaften mit List und Tücke ins Jenseits befördern will.

Der Baron und die Baronin treiben's nämlich dermaßen schamlos kreuz und quer, daß sich das Dienervolk ausrechnen kann, wann und wie eine piekfeine Ménage à trois hinter verschlossener Türe von selbst zur Hölle fährt: Der Liebhaber der beiden Edelleute (Ruth-Maria Kubitschek und Harald Pages) ist nämlich ein allzu geldraffiger Gigolo, und siehe da – es knallt, und alle drei sind hin.

Das hat das Dienervolk sich schlau ausgedacht, sich auch gleich den Erlös ausgerechnet, aber – trotz kunstvollster Planung mit einstudierten Aussagen und Verkleidungen etc. – die Rechnung ohne den ewig krakelenden Blödmann im Turmzimmer gemacht. Der nämlich, so erfährt die geldgierige Truppe, ist in der Erbfolge der nächste, und nicht etwa irgend ein ferner Baron-Verwandter in Brasilien.

Also schnappen sie sich den irren Verwandten und „verheiraten" ihn ruckzuck mit dem Hausmädchen Heloise. Mit im Getümmel: Ein Pfarrer ohne Durchblick, vorab verständigte Journalisten und ein paar Schutzmänner, die das clever-fiese Inszenarium natürlich auch nicht durchschauen ...

Eine rabenschwarze Krimikomödie, in der Tat, von Peter Wood manchmal ein bißchen zu unübersichtlich inszeniert (dafür mit einer doch immer faszinierender anzuschauenden Gila von Weitershausen); ein sehr britisches Spiel, das da in der schweizerischen Enklave dieses verrückt gewordenen Schlosses abspult – mit ausschließlich spleenigen, erfrischend dekadenten Damen und Herren und sehr viel Sinn für Mimikry und Humor mit Dreifachboden. „Sparkling Spark" zur Geisterstunde.

ALEXANDER SCHMITZ

STUDIO

Ab 14. September strahlt das ZDF die amerikanische Hitparade **Solid Gold** aus, die, so die Verlautbarung der Mainzer Anstalt, „in den USA eine der erfolgreichsten Sendungen ist". Moderator der Hitparade ist Thommi Ohrner. Was das ZDF allerdings verschweigt: „Solid Gold" ist für viele Fernsehzuschauer nichts Neues. Im Kabelpilotprojekt Ludwigshafen war die Serie bereits am 1. April 1984 erstmals zu sehen, und seit dem 1. Januar 1985 läuft „Solid Gold" (in der Originalfassung) im SAT-1-Programm – „mit großem Erfolg", wie aus dem Sender in der Mainzer Hegelstraße zu erfahren war. An diesem Erfolg will das ZDF jetzt ganz offensichtlich teilhaben.

DW







ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Alexander, der Lebenskünstler
Französischer Spielfilm (1967)
11.35 Es ist angerichtet
12.10 Report
Moderation: Franz Alt
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Fury
Der mißglückte Rettungsflug
15.25 Fauna Iberica
Eine Geschichte vom Hirschkalb (2)
15.50 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 Ich laß Dich nicht im Stich
Aus dem Alltag der Bewährungshilfe
Bericht von Peter Grubbe
16.55 Janosik, Held der Berge
Polnische Abenteuerserie
17.45 Nudnik
Flops pflastern seinen Weg
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Tatort
Reifezeugnis
Von Herbert Lichtenfeld
Mit Christian Quadflieg, Judy Winter, Nastassja Kinski u. a.
Regie: Wolfgang Petersen
Michael Harms, ein Gymnasiast, ist schon länger mit der hübschen Sina Wolf befreundet. Doch es läuft nichts. Auch Studienrat Helmut Fichte ist von seiner schönen Schülerin begeistert, die beiden treffen sich insgeheim. Da findet man Michael – erschlagen.
22.05 Brennpunkt
Der Geist von Helsinki
Zehn Jahre KSZE
Leitung: Peter Stolsch
22.45 Einsatz in Manhattan
Der Mann mit der Bombe
Ein Bombenleger versetzt ganz Manhattan in Angst und Schrecken. Die Höllenmaschinen besitzen einen derart ausgeklügelten Mechanismus, daß die Sprengstoffexperten die Bomben unmöglich vor der Explosion entschärfen können. Als ein Mitglied des Sprengkommandos im Einsatz getötet wird, hat Lieutenant Kojak eine Idee ...
0.00 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Der Waschbär Rascal
Krach um Tanga
15.30 Ferienkalender
16.05 Flugboot 121 PS
Ein komischer Held
16.30 Ein Affe im Haus
Ohne Alice geht es nicht
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Moderation: Horst Cierpka
17.50 Rauchende Colts
Wasser für Dodge City
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.53 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Internationaler Jugendfilm
Eine Semesterehe
20.15 Kennzeichen D
Aus der Wiege ins Gefängnis – Mütter mit Kindern im Knast / Rettung für die Ostsee? – Umweltschutz an Rostocks Küste / Zehn Jahre KSZE – Kontaktverbote in der „DDR" / Selbsthilfe in der Not – Zwischenbilanz nach einer Firmenpleite
Moderation: Dirk Sager
21.00 Polizeirevier Hill Street
Spiegelfechtereien
21.45 heute-journal
22.05 Das Rad des Lebens
Die drei Lehren des Hinduismus
Film von Roshan Dhunjibhoy und Deepa Dhanraj
Mit rund 500 Millionen Hindus auf der Erde ist der Hinduismus die drittgrößte aller Weltreligionen.
22.35 Das kleine Fernsehspiel
Die Legionäre
23.15 Sachen zum Lachen
Von Heinrich Heine über Christian Morgenstern bis zu Franz Werfel und Alfred Polgar – der Wiener Otto Schenk hat es sich diesmal zur Aufgabe gestellt, literarische Kleinkunst an den Mann beziehungsweise ans Publikum zu bringen.
0.00 heute





Nachhilfestunden mit Folgen: Nastassja Kinski und Christian Quadflieg in der „Tatort"-Folge „Reifezeugnis" (ARD, 20.15 Uhr) FOTO: RÖHNERT

III.

WEST
18.30 Der Prinz im Aufzug
Von Edith Nesbit
19.00 Aktuelle Stunde
Regionalmagazin mit Nachrichten und Sport
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD
18.30 Der Prinz im Aufzug
19.00 Till Eulenspiegel
Aufzeichnung eines Open-Air-Theaterstücks
19.45 Internationales TV-Kochbuch: Deutschland (1)
Schleswig-Holstein

HESSEN
18.30 Der Prinz im Aufzug
19.05 Das Beste aus der Hobbythek
19.35 Der Physik-Zirkus II (4)
Geheimnisvolle Substanzen
Von Joachum Bublath
Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs im III.
Heute live aus Berlin
Technik der Zukunft – für oder gegen den Menschen? Diese brisante Frage diskutieren Carola Wedel und Justus Boehnke mit Bazon Brock, Ortwin Renn und Rudolf Bahro im Berliner Museum für Verkehr und Technik. Hier wird dem Zuschauer eindrucksvoll vor Augen geführt, mit welch atemberaubender Geschwindigkeit die technologische Entwicklung in den letzten Jahren vorangeschritten ist.
21.45 Der Pastor und das „Aschenputtel"
Dänemarks Tourismus-Bosse
22.30 Der Tiger hetzt die Meute
Amerikanischer Spielfilm (1973)
Regie: Joseph Sargent
0.05 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
16.00 Die vier Gesellen
Deutscher Spielfilm (1938)
Mit Ingrid Bergman u. a.
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Rockpalast
Ian Hunter and Band featuring Mick Ronson
20.15 Wanderungen durch die DDR
Rund um Bautzen
21.00 Die Hand am Colt
Amerikanischer Spielfim (1953)
Mit Ronald Reagan u. a.
22.15 Das romantische Zeitalter (4)
Landschaft spiegelt Seele
23.00 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 MS Franziska
6. Teil: Verspätung
20.00 Mit Vergnügen!
Carolin Reiber erfüllt Zuschauerwünsche
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Claire (2)
22.40 Macau
Ein Stück China unter Portugals Flagge
23.25 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold Hits
Amerikanische Hitparade
14.00 Big Valley
Zuviele Blüten
15.00 Black Beauty
Ein Vertreter für Dr. Gordon
15.30 Musicbox
16.30 Marco
Die barmherzige Lüge
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
Erben der frühchristlichen Welt
Die Koptische Kirche Äthiopiens
Im Hochland Afrikas bestand trotz jahrhundertelanger völliger Isolierung von der übrigen Christenheit ein unabhängiges, christliches Imperium, das bei seiner Wiederentdeckung durch die portugiesischen Seefahrer im 16. Jahrhundert sein christliches Gepräge völlig bewahrt hatte. Das „Tibet Afrikas" ist auch heute noch ein Land voller Rätsel.
18.00 Es darf gelacht werden
Löwenherz und Zitterhose
oder Regionalprogramm
18.45 Zahlen und Buchstaben
Das *Konzentrationsspiel*
19.10 Sport auf SAT 1
Tennis-Davis-Cup, Bundesrepublik gegen die USA in Hamburg / Europameisterschaften der Schwimmer in Sofia mit einem Kurzporträt von Svenja Schlicht
Moderation: Roman Köster
19.35 Kein Pardon für Schutzengel
„Arbeitsplätze wegspioniert"
20.00 Festival der schönen Stimmen
Zauberland der Operette
20.30 Love Boat
mit den Episoden:
– Die Lady und ihr Chauffeur
– In Liebe: Gopher
– Die Kinder sind immer die Dummen
– Wer ist schon Reggie Jackson
Anschl. Wochenhoroskop
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Pascal
Französischer Spielfilm (1969)
Mit William Holden u. a.
Regie: Terence Young
Seit dem Tod seiner Mutter verbringt der zehnjährige Pascal jedes Jahr seine Sommerferien mit seinem Vater. Dieses Mal geht es nach Korsika, doch die Urlaubsfreude wird durch einen schrecklichen Unfall getrübt ...
0.05 APF blick:
Letzte Nachrichten



3SAT

18.00 Höhlen – Welt ohne Sonne
Die Höhle Vulkans
Die drei Klumberger
Pension Klumberger
19.00 heute
19.30 Hits, Hits, Hits
Schlager, die man nicht vergißt
Dieter Thomas Heck präsentierte in der Dortmunder Westfalenhalle eine Reihe bekannter Interpreten, die sich besonders häufig in der ZDF-Hitparade placieren konnten.
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
Billard in Belgien
Film von Frank Schauhoff
23.05 3SAT-Nachrichten

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Moskauer Lesart

„Stalins Kastanienrede an die Adresse Hitlers"; WELT vom 22. Mai

Zunächst zu der These, die UdSSR habe lange vor dem Zweiten Weltkrieg Pläne zur Schürung von Konflikten zwischen den kapitalistischen Ländern Europas geschmiedet. Das Versailler System wurde von England, Frankreich und den USA auf einer doppelten Grundlage geschaffen: Es war sowohl gegen Deutschland im Hinblick auf dessen mögliche Versuche, sich für die Niederlage von 1918 zu revanchieren, als auch gegen Sowjetrußland gerichtet, in dem die Machthaber der imperialistischen Staaten eine Gefahr für das weitere Bestehen der kapitalistischen Ordnung sahen.

Das bildete die objektive Grundlage bei der Annäherung zwischen der UdSSR und der Weimarer Republik, in der durch den Rapollo-Vertrag eingeleiteten Periode der Zusammenarbeit (1922–1932), obwohl die Ursachen der Stellungnahme gegen Versailles bei beiden Ländern verschieden waren und die UdSSR stets betonte, daß sie den Krieg als Mittel zur Änderung der bestehenden Lage ablehnte. Nach der Machtergreifung durch die Nazis setzte die UdSSR alles daran, um eine Einheitsfront der am Frieden interessierten Staaten aufzubauen. Um diese vordringliche Aufgabe zu erfüllen, ließ sie berechtigte Einwände gegen solche Aspekte des Versailler Systems wie die gewaltsame Abtrennung Bessarabiens, die unvollendete nationale Vereinigung des ukrainischen und des belorussischen Volkes oder den willkürlichen Verlauf der Westgrenze der Sowjetunion in den Hintergrund treten.

Die These von der Unvermeidlichkeit der Kriege unter dem damaligen Imperialismus wurde bestätigt nicht nur durch die Kolonialkriege der europäischen Mächte, sondern auch durch die Aggression Japans gegen China und die deutsch-italienische Intervention in Spanien etc. Die sowjetische Außenpolitik ging davon aus, daß in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre ein Weltkrieg abwendbar war. Es erwies sich jedoch, daß für England und Frankreich die Beschwichtigung des Aggressors und die Wahrung der antisowjetischen Grundlage des Versailler Systems wichtiger als das Zustandebringen des gemeinsamen Kampfes gegen Hitler waren.

Welche Bedeutung für das Verständnis der konkreten Situation des Sommers 1939 können die Worte Stalins haben, die vierzehn Jahre vor diesen Ereignissen, als es in Europa und Asien noch keine Aggressionsherde gab und die Kriegsgefahr keine greifbaren Formen angenommen hatte, ausgesprochen wurden? Zugleich werden eindeutige sachbezogene Anweisungen verschwiegen. So sagte Molotow am 31. Mai 1939 auf einer Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR: „Wie legen wir unsere Aufgaben in der jetzigen internationalen Situation fest? Wir sind der Meinung, daß sie den Interessen anderer nichtaggressiver Länder entsprechen. Sie bestehen darin, die weitere Entwicklung der Aggression zu stoppen und zu diesem Zweck eine zuverlässige und wirksame Verteidigungsfront nichtaggressiver Staaten zu bilden."

Die aufdringliche Wiederholung der böswilligen Erfindung, sowjetische Diplomaten hätten „Parallelverhandlungen" mit dem deutschen Außenministerium geführt, macht diese keineswegs glaubwürdiger. Die Nazi-Diplomaten versuchten tatsächlich, derartige Gespräche anzuknüpfen, aber die sowjetische Seite bewahrte stets kühle Distanz. Erst Mitte August, als feststand, daß dem Westen bei Verhandlungen mit der UdSSR der gute Wille fehlte und alles auf den baldigen Kriegsausbruch hindeutete, wurden die Offerten der Deutschen in der einen oder anderen Form beantwortet.

Dr. Igor Maxymitschew,
1976–1984 Botschaftsrat und Kulturattaché in der Botschaft der UdSSR in Bonn
Moskau

Abgegriffene Floskel

„Der Faschismus-Begriff"; WELT vom 19. Juli

Sehr geehrte Redaktion,

Herrn v. Loewensterns Ausführungen über den Faschismusbegriff kann man nur zustimmen: als Arbeitersohn in einem knallroten Viertel einer süddeutschen Großstadt habe ich mir vor 1933 tagtäglich die wüsten Beschimpfungen der zahlreichen Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten angehört. „Panzerkreuzerfaschisten" (wegen der Zustimmung zum Bau eines Panzerkreuzers), „Sozialfaschisten" oder auch nur schlicht „Faschisten", das war die offensichtlich zentrale Moskauer Sprachregelung. In der gleichen Stadt gibt es seit der Nachkriegszeit einen „Platz der Opfer des Faschismus"; haben hier die alten Sozis überhaupt noch etwas zu sagen gehabt (bei absoluter SPD-Mehrheit)? Oder war den neuen Ideologen der National-„Sozialismus"-Begriff nicht angenehm (s. Kontroverse Stoiber–Vetter vor etlichen Jahren)? Oder hat den *Linksphilologen* der „Nazismus" nicht gepaßt?

Dabei ist die gewählte Bezeichnung historisch, logisch und philologisch noch viel unglücklicher und auch würdeloser, dazu auch eigentlich nichtssagend. Die italienische Partei, nach Mussolinis Selbstverständnis „national-syndikalistisch" (vergl. Scritti e Discorsi die B. Mussolini), wurde nach ihrem Abzeichnen, dem altrömischen Rutenbündel (fascio) genannt und hat den deutschen „Antihakenkreuziern" (wie man die Nazigegner analog nennen müßte) nicht das Geringste getan. Nazis, Falangisten, die österreichische „Heimwehr", die Anhänger Salazars, rechtsgerichtete Polen usw. waren „Faschisten" nur in der willkürlichen Nomenklatur der Moskauer Zentrale, wobei bezeichnenderweise diese Benennung nach Bedarf auch ausgesetzt wurde (1932, 1939–1941). Ehemalige angebliche „Faschisten" wie die Sozialdemokraten (wohl gelegentlich auch heute noch so apostrophiert?) sollten hier wirklich mehr Distanz zeigen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. M. Rauscher,
Rödental

Zusammenhang

„Das unbequeme Stichwort"; WELT vom 20. Juli

Es ist Enno v. Loewenstern zu danken, daß er die Geißlersche Wendung „Dieser Pazifismus der dreißiger Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht!" gegen die rot-grünen Anwürfe verteidigt. Der Zusammenhang zwischen Pazifismus, Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und damit auch Auschwitz darf nicht einer tabuisierenden Geschichtsklitterung geopfert werden, wenn wir denn aus der Geschichte lernen wollen.

Es war nicht nur der Pazifismus der westlichen Staatsmänner, der Hitler bestärkt hat, es waren wahrscheinlich noch mehr die pazifistischen Studentendemonstrationen in England, die in seinen Augen die Risikoschwelle eines Angriffs auf Polen niedrig stellten. Churchill hat das in seinen Memoiren ausdrücklich hervorgehoben. Die Friedensbewegung in England hat viel dazu beigetragen, daß der Krieg begann. Ähnliches ist aus anderen geschichtlichen Beispielen bekannt, so vom Zweifrontenkrieg 1866, den die Österreicher nur wegen der pazifistischen Haltung der preußischen Liberalen wagen zu können glaubten.

Ich meine, es ist nicht nur das Recht, es ist die Pflicht unserer Minister, auf diese Zusammenhänge hinzuweisen. Auch heute ist die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland – mag sie nun von Kommunisten geschürt, mag sie gutgläubig sein – eine große Gefahr für Sicherheit und Frieden.

Mit freundlichen Grüßen
K.-U. Hagelberg,
Bonn 2

Klarstellung

„Teller: Biegsamer Rahmen"; WELT vom 28. Juni und „Ein ‚Kleines SDI' für Europa als ‚Integrierte Gemeinschaftsaufgabe'"; WELT vom 4. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

um Irrtümer in der Aussage zu vermeiden, sei auf folgendes hingewiesen:

1. Die SDI-Planer ziehen auch atomare SDI-Waffensysteme in Erwägung. So berichteten sie selbst über ein Pressegespräch mit einem der SDI-Hauptbefürworter, dem amerikanischen Physiker Teller. Es hieß u. a.: „Teller schloß im übrigen nicht aus, daß die SDI-Technik auch nuklear operieren könne, so im Bereich der ‚X-Ray Laser', die mit Hilfe atomarer Explosionen besondere Energie entwickeln könnten."

2. Neben Partikelwaffen als SDI-Waffensysteme will man auch andere, nicht-atomare Laserwaffen einsetzen. Laserwaffen – jedweder Art – sind Energiewaffen. Wie jede Energiewaffe eignen sie sich zum dualen Einsatz, d. h. sie sind sowohl offensiv als auch *defensiv zu gebrauchen.*

Mit freundlichen Grüßen
Dr. H. Kolbai,
Nürnberg 1

Wort des Tages

„Das Gut des Friedens ist so groß, daß es im Bereich des Irdischen und Vergänglichen nichts gibt, das man lieber hörte, nach dem man sehnsüchtiger verlangen würde. Es ist so groß, daß sich nichts Besseres finden läßt. Denn so wenig es jemanden gibt, der nicht das Verlangen hätte, sich zu freuen, so wenig gibt es jemand, der nicht das Verlangen hätte, den Frieden zu besitzen."

Augustin von Hippo; Heiliger und Kirchenvater (354–430)

Personalien

EHRUNGEN

Der Fernsehautor **Eberhard Fechner** erhält den mit 100 000 Mark dotierten Eduard-Rhein-Preis 1985 für seine dreiteilige Dokumentation „Der Prozeß". In der viereinhalb Stunden langen Sendung berichtet Fechner über das Verfahren gegen Angehörige des Konzentrationslagers Lublin/Majdanek.

Ebenfalls mit dem Eduard-Rhein-Preis ausgezeichnet wurden **Peter Hajek**, der 30 000 Mark für sein Fernsehporträt des Wiener Malers Helnwein bekommt, sowie **Roland Schraut** und **Achim Meßner**, die 20 000 Mark für ihren Film „Ewig leben – Porträt einer Hundertjährigen" erhalten.

Ein Preis in Höhe von je 10 000 Mark geht an **Christoph Maria Fröhder** für die Dokumentation „Polizeiagenten – Lockspitzel im Zwielicht" und **Werner Klett** für seinen Film „Ein fauler Bauer".

Der Fernsehpreis war 1981 von **Eduard Rhein**, dem Gründer und langjährigen Chefredakteur der „Hörzu", gestiftet worden. Die Auszeichnungen werden am 31. August während der Internationalen Funkausstellung in Berlin verliehen.

*

Der emeritierte evangelische Theologe Professor **Helmut Thielicke** (Hamburg) und **Herbert G. Hassold** (Stuttgart), Sprecher der Hilfsaktion Brot für die Welt, werden für herausragendes Wirken in der evangelischen Publizistik zu gleichen Teilen mit dem in Höhe von 10 000 Mark dotierten „Wilhelm-Sebastian-Schmerl-Preis" ausgezeichnet.

Wie die Jury mitteilte, werde Thielicke sowohl für seine wissenschaftlichen Veröffentlichungen als auch seine populären theologischen Schriften gewürdigt. Hassold werde für seine besonderen Verdienste um die Bewußtseinsbildung über die Situation in der Dritten Welt ausgezeichnet.

Der nach dem 1963 verstorbenen früheren Schriftleiter des „Rothenburger Sonntagsblattes" benannte Publizistenpreis, der bereits zum zweitenmal vergeben wird, wurde 1984 durch den Verleger des Sonntagsblattes, Hermann Prinz, gestiftet. Die Preisverleihung wird im Herbst erfolgen.

AUSWÄRTIGES AMT

In Paris wurde Dr. **Erich Ehm**, Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bonn, zum neuen Vorsitzenden des Türkei-Konsortiums der OECD gewählt. Der Bonner Beamte wird im November seine neue Arbeit übernehmen. Er ist Nachfolger von Dr. **Rolf Geberth**, der dem Bundesministerium für Wirtschaft angehört. Im Rahmen des Türkei-Konsortiums bemühen sich die OECD-Mitgliedsstaaten um eine wirtschaftliche Weiterentwicklung der Türkei.

Eberhard Schütz, bis 1971 Programmdirektor des Sender Freies Berlin, ist gestorben. Er wurde am 10. Juni 1911 in Frankfurt am Main geboren. In Berlin und Frankfurt studierte er Rechtswissenschaften. Als Mitglied einer antifaschistischen Studentengruppe ist er 1933 von der Universität verwiesen und später von der Gestapo verhaftet worden. Nach seiner Freilassung emigrierte er nach Frankreich. Sein Weg führte ihn auch in die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und schließlich nach Großbritannien, wo er der deutschen Redaktion der BBC angehörte und dort zuletzt Leiter der Abteilung für aktuelle politische Kommentare war. Eberhard Schütz kehrte nach dem Kriege nach Deutschland zurück und wurde 1947 beim damaligen Nordwestdeutschen Rundfunk – dem NWDR – Intendant des Funkhauses Hamburg. 1950 ging er zum Rias und wurde 1952 dort Programmdirektor. Fünf Jahre später, 1957, ging er ins Ausland: als Korrespondent des WDR in Paris. 1963 wurde er unter dem damaligen SFB-Intendanten **Walter Steigner** Chefredakteur und von 1966 bis 1971 war er Programmdirektor des SFB. Er gehörte zu den wichtigsten Pionieren des deutschen Rundfunks nach dem Kriege.



NACHRICHTEN

Bunge und Pfaff weiter

Manhattan Beach (sid) – Bettina Bunge (Cuxhaven) und Eva Pfaff (Königstein) erreichten beim mit 250 000 Dollar dotierten Damen-Tennisturnier im kalifornischen Manhattan Beach die zweite Runde. Die an Nummer neun gesetzte Bettina Bunge gewann 6:0, 6:2 gegen die Argentinierin Emilse Raponi-Longo, Eva Pfaff spielte gegen Annabel Croft (England) 6:2, 7:6.

Außer Lebensgefahr

Rotenburg – (sid) Für den 17 Jahre alten Dirk Müller (Kiel), der nach einem Sturz beim Langbahnrennen in Scheeßel eine Gehirnerschütterung und schwere Verletzungen erlitten hatte, besteht keine Lebensgefahr mehr. Der Sohn des mehrmaligen Sandbahn-Weltmeisters Egon Müller liegt weiterhin auf der Intensivstation im Krankenhaus von Rotenburg.

Vor dem Bankrott

London (sid) – Die Wolverhampton Wanderers sind wegen drei Millionen Mark Schulden von einem Hohen Gericht in Birmingham verurteilt worden, Konkurs anzumelden. Die „Wolves", einer der Gründerklubs der englischen Profi-Fußballiga, sind gerade in die dritte Divison abgestiegen.

Duell Hoffman – Banks

Budapest (sid) – Steve Cram (England), Weltrekordhalter über 1500 m und über die Meilendistanz, wird am Sonntag in Budapest beim elften Grand-Prix-Sportfest wahrscheinlich über 1000 m starten. Im Dreisprung treffen Weltmeister Zdzislaw Hoffman (Polen) und Willie Banks (USA) aufeinander, der den Weltrekord hält. Star der Frauen-Wettbewerbe ist die Mittelstreckenläuferin Mary Decker-Slaney (USA).

Winterspiele auf Kolsky?

Leningrad (sid) – Die Stadt Leningrad hat sich als Austragungsort für die 17. Olympischen Winterspiele 1996 beworben. Nach Auskunft der Nachrichtenagentur TASS sollen die alpinen Wettbewerbe auf der Halbinsel Kolsky bei Murmansk durchgeführt werden.

ZAHLEN

SEGELFLIEGEN

Weltmeisterschaft in Rieti (Italien), erster Wertungstag, Standardklasse (Dreieck über 317,7 km): 1. Opitz (USA) 1000 Punkte/109,2 km/std, 2. Lackner (Deutschland) 999, 3. Leutenegger (Schweiz) 990. – FAI-15-m-Klasse (488,4 km): 1. Jacobs (USA) 1000/109,7, 2. Kuusisto (Finnland) 963, 3. Seaborn (USA) 955. – Offene Klasse (574,5 km): 1. Blatter (Schweiz) 956/105,8, 2. Holighaus (Deutschland) 945, 3. Bourgard (Belgien) 945.

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: SC Markdorf – Mönchengladbach 0:8, Beilersheim – Frankfurt 0:5.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 1 399 774,30 Mark, 2: 47 937,40, 3: 6957,10, 4: 122,10, 5: 9,30. – **Toto, Elferwette:** 1: 7303,90, 2: 205,20, 3: 17,00. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, Jackpot 162 862,25, 2: 54 287,40, 3: 3758,30, 4: 75,70, 5: 7,00. – **Rennquintett**, Rennen A: 1: 387,30, 2: 59,40. – Rennen B: 1888,50, 2: 368,40. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 5 697 933,00 Mark. (ohne Gewähr)

SEGELFLIEGEN

Guter Start bei der WM

dpa/sid, **Rieti**

Mit zweiten Plätzen für Klaus Holighaus (Kirchheim/Teck) und Peter Lackner (Mutlangen) boten die Deutschen im mittelitalienischen Rieti bei der 19. Segelflug-Weltmeisterschaft *einen vielversprechenden Auftakt*. Der 44 Jahre alte Holighaus, 1981 Vizeweltmeister und ein Jahr später Europameister, liegt mit seiner selbstentwickelten Nimbus-3 mit 945 Punkten nur elf Zähler hinter dem führenden Schweizer Frederico Blatter. Peter Lackner hat mit 999 Punkten nur einen Zähler Rückstand auf den führenden Michael Opitz (USA).

Einziger Vertreter des Deutschen *Aero-Clubs (DAeC) in der FAI-15m-*Klasse war der deutsche Meister Werner Meuser aus Kirchhain. Nach einem 100 km langen Flug unterhalb der Hangkanten des Apennin erflog er auf seiner Ventus mit 951 Punkten den vierten Platz im Feld der 47 Teilnehmer und schaffte sich damit eine gute Basis für die weiteren Wettkampftage. Tagessieger wurde der Amerikaner Douglas Jacobs mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 109,2 Stundenkilometern.

Ein dramatisches Finale lieferte am ersten Tag der offenen Klasse der 35 Jahre alte Mendener Bruno Gantenbrink. Er *bewältigte die 574,5 km* lange Dreieckstrecke erst nach Sonnenuntergang, zwei Minuten vor dem Wertungsschluß. Eine Kette von Autoscheinwerfern leuchtete Gantenbrink die Landebahn aus und rettete ihm einen achtbaren siebten Platz.

Praktisch schon ohne Chance ist in der Standard-Klasse Holger Back (Taunusstein). Der fünfte DAeC-Starter liegt mit 699 Punkten aussichtslos auf *Platz 34* unter 38 Teilnehmern.

SPORTBUND

Gratulation für Gieseler

dpa, **Frankfurt**

Seine spitze Zunge ist nicht weniger spitz und seine Töne weder lauter noch leiser geworden: Karlheinz Gieseler, der Generalsekretär des Deutschen Sportbundes (DSB), feierte *gestern seinen 60. Geburtstag.* „Hebt mich bitte nicht zu hoch, denn wer da oben sitzt, ist manchmal schon tief gefallen. Aber Angst habe ich davor auch nicht." Nichts kennzeichnet den ehemaligen Journalisten, der seit 1964 Hauptgeschäftsführer des DSB und seit 1970 Generalsekretär des größten Vereins der Welt mit 18 940 000 Mitgliedern ist, mehr als seine launigen Worte an seine große Gratulatenschar.

Über 150 geladene Gäste lobten den Familienvater zweier Söhne und faßten seine Arbeit in kritische Worte. DSB-Präsident Willi Weyer sprach *für viele das aus, was* alle erlebt haben, die mit dem „kritischen, eigenwilligen, hartnäckigen, überaus fleißigen und manchmal revolutionär denkenden Sportführer" zusammengearbeitet haben. „Ich freue mich besonders, daß alle drei Präsidenten anwesend sind, die unter ihm gelitten haben oder die er hat leiden lassen", meinte Weyer, der an der Spitze der Gratulaten stand, zu denen DSB-Eh*renpräsident Willi Daume* und dessen Vorgänger Wilhelm Kregel gehörten. Die Laudatio hielt Professor Franz Lotz von der Universität Würzburg.

Gieseler selbst nannte ein wichtiges Problem auch seiner Arbeit für die nächsten Jahre: „Es wird eine wichtige Aufgabe sein, die jungen Menschen, die zur Zeit die Vereine verlassen, zu gewinnen. Wir müssen uns etwas einfallen lassen, ohne daß der Verein gleich zur Disko wird."

SPRINGREITEN / Morgen beginnen die Europameisterschaften in Dinard

● Morgen beginnen in Dinard (Frankreich) die Europameisterschaften der Springreiter mit einem Zeitspringen. Am Freitag folgt die Entscheidung der Mannschaftswertung in zwei Umläufen, am Sonntag das Finale in der Einzelwertung, zu der auch die Springen zuvor zählen. Nur 39 Reiter aus 14 Ländern sind gemeldet, die einst so starken Iren sind nicht dabei, Spanien ist nur mit einem Einzelreiter vertreten. Bemerkenswert aber: Die Sowjets suchen wieder einmal den Vergleich zu den besten westeuropäischen Nationen.

● Das sind die deutschen Reiter und ihre Pferde: Titelverteidiger Paul Schockemöhle (40) mit dem nun schon 15 Jahre alten Deister, sein Angestellter Franke Sloothaak (29), Holländer mit deutscher Staatsangehörigkeit (seit 1979) mit Walido, Peter Luther (43) mit Livius und Michael Rüping (34) mit Silbersee. Rüping, Facharzt für Orthopädie in Hamburg, gilt als der einzige Amateur in dieser Equipe. Der deutsche Meister dieses Jahres betrachtet den Sport nur als Ausgleich zum Beruf. Er ist durchaus in der Lage, in Dinard für eine Überraschung zu sorgen.

Michael Rüping: Der Doktor und sein Silbersee sind wieder da – still und leise, aber konsequent

WERNER EMS, **Bonn**

Der Doktor mit dem Pferd ist wieder da. Hergeritten ist er auch diesmal wieder nicht unbedingt heimlich, aber still und leise. So hält es Dr. med. Michael Rüping (34) aus dem Schloßpark der Grafen von Rantzau in Breitenburg bei Itzehoe am liebsten. Still und leise – aber konsequent.

Inzwischen ist der Doktor mit dem Pferd, das auf den schönen Namen Silbersee hört und sogleich die Assoziation auf die Bergung eines Schatzes weckt, sogar deutscher Meister der Springreiter – und so richtig gemerkt hat es keiner. Denn als er am 7. Juli den Titel gewann, hatten die Sonntagszeitungen noch groß den Konkurrenten Franke Sloothaak (der jetzt zusammen mit Rüping, Paul Schockemöhle und Peter Luther die Europameisterschaftsequipe bildet) als den kommenden Meister gefeiert. Und am Montag lag Deutschland im Becker-Fieber, da war der neue Titel des Doktors nur wenige Zeilen wert. Nur soviel: Er sei der letzte Amateur unter den Assen. Was in der Branche soviel bedeutet, daß Rüping kein Pferdehändler ist.

Michael Rüping ist Orthopäde, Assistenzarzt an einer Rheumaklinik in Bad Bramstedt, und er übt diesen Beruf auch aus. Drei Operationen, manchmal mehr, die Betreuung von 20 der etwa 60 Patienten auf der Station K 2 – der Dr. Rüping muß sich über mangelnde Arbeit im weißen Arztkittel nicht beklagen. Und weil man auf den Turnieren im roten Rock nicht einfach mal so deutscher Meister werden kann, kommen nach den Patienten in der Klinik die Pferde im Stall dran. Vor allem Silbersee, der zwölfjährige französische Hengst, und Caletto, ein zehnjähriger Holsteiner Hengst, für den Amerikaner eine Million Mark zahlen wollten.

Das sind die Pferde, mit denen Rüping berühmt wurde, von den Experten der Reiterei 1983 zum „Aufsteiger des Jahres" (der verstorbene Bundestrainer Hermann Schridde) und Anfang 1984 sogar zum „Reiter Nr.1 in Deutschland" (Sport-Informa*tionsdienst) gekürt wurde. Mit Calet*to gewann er 1983 Bronze bei der EM, mit Silbersee wurde er 1984 Vierter im Finale des Weltcups.



Arzt Michael Rüping und sein Pferd Silbersee, dem er attestiert, sensibel und sehr intelligent zu sein. Wenn der Hengst „schlechte Laune" hat, reitet *Rüping mit ihm* durchs Grüne. Denn: „Wichtig ist die Psyche des Tieres."

FOTO: BONGARTS

Eigentlich ging es bis dahin atem*beraubend schnell. Plötzlich war* Rüping in der Spitze angekommen, hatte in zwölf Monaten geschafft, wofür andere Jahre und zahllose obligatorische Reiterkräche gebraucht hatten. Denn Rüping hatte sich erst nach seinem Examen 1982 wieder zur Reiterei entschlossen.

Was dann folgte, war ein ständiger Kampf des Doktors mit dem Springreiter. Welcher Karriere den Vorzug geben? 1983 fand der Arzt „die Reiterei so doll nun wieder auch nicht, daß sie all meine Sinne berauscht", als der Erfolg kam, mochte sich der Springreiter nicht mehr auf ein Datum oder *ein klares Ja zur eigenen Praxis fest*legen: „Ich sage mir: In einer Praxis sitzt du in deinem Leben noch lange genug."

Nicht daß Rüping da den den Titel *endgültig gegen den Rotrock zu tau*schen bereit gewesen wäre, er wollte nur stärker am Erfolg naschen, wollte mit nach Los Angeles zu den Olympischen Spielen, avancierte auch zum Kandidaten Nummer eins. Doch als es dann darauf ankam, hatte der Doktor Probleme mit dem lieben Vieh, die Pferde waren verletzt, außer Form, übertrainiert. Olympia ade.

Und wo vorübergehend erst die Pferde und dann die Patienten gekommen waren, kehrte sich das Verhältnis wieder um. Jetzt geht es morgens erst mit dem Audi *Quattro* in die Klinik, am späten Nachmittag dann auf Silbersee in die Reitbahn oder den Wald gleich vor der Haustür.

In gewisser Weise sind auch die Vierbeiner Patienten des Doktors. Silbersee beispielsweise attestiert er große Sensibilität, überdurchschnittliche Intelligenz, ein phantastisches Gedächtnis. Und wenn der Hengst „schlechte Laune" habe, reite er mit ihm halt zur Therapie ein bißchen durchs Grüne, denn „wichtig ist die Psyche des Tieres".

Hätte bei soviel Einfühlungsvermögen in die Seele der Pferde nicht *der Tierarzt näher gelegen als der Dr.* med.? „Mein Vater war Augenarzt, und da bin ich mehr in die humanmedizinische Richtung gelenkt worden. Und eine Kleintierpraxis, so Wellensittiche, Katzen und Hunde, das wäre nicht meine Sache."

Und Diagnosen in Sachen Pferd stellt auch der Orthopäde Rüping korrekt. Nach dem Meistertitel erklärte er – wohl auch gewitzt durch seine schlechten Erfahrungen vor Olympia: „Jetzt bekommt Silbersee erst ein paar Wochen Ruhe. Ich weiß, was meine Pferde brauchen." Und während die anderen noch in Hickstead sprangen, trabte der Doktor mit Silbersee durch den Wald bei Itzehoe, damit dem die Springerei „nicht so stinkt". Das Ergebnis, so befand jetzt Teamchef Hans-Günther Winkler, selbst früher ein Meister im gezielten Einsatz der Pferde, könne sich sehen lassen: „Die Pause war richtig. Silbersee und Michael Rüping haben zur rechten Zeit die richtige Form gefunden."

Die Europameisterschaften aber sind für den Doktor und sein liebes Vieh nur Station auf dem Weg zum großen Ziel, die Weltmeisterschaft 86. Und den Weg wird er gehen wie den nach Dinard: still, leise, konsequent und in einem Doppelleben.

STAND ● PUNKT / *Fittipaldi nur ein Nudeltopf-Spezialist?*

In der Formel 1 wollten sie ihn schon vor Jahren nicht mehr. Zu alt, zu langsam, kein Biß. Das war *noch das Zurückhaltendste*, was man über den Brasilianer Emerson Fittipaldi sagte. Und der war immerhin zweimal Weltmeister gewesen, 1972 und 1974. In diesem Sommer erlebt Fittipaldi bei der CART-Serie in den USA seinen zweiten Rennfahrer-Frühling, mit 38. Gerade das richtige Alter, um in dieser amerikanischen Formel 1 aufzusteigen, um heftige Rad-an-Rad-Kämpfe bei einer Geschwindigkeit von 350 Kilometern in der Stunde gefahrlos auf die Spitze treiben zu können. Fittipaldi kann es inzwischen – er hat endlich einen von 15 CART-Läufen gewonnen.

Bernie Ecclestone und seine europäischen Grand-Prix-Stars haben in den letzten Jahren dennoch stets ein wenig hochmütig auf die amerikanischen CART-Haudegen herabgeschaut. Vom Nudeltopf-Spezialisten bis zum Bleifuß-Fetischisten reichte das Vokabular der Beschimpfungen. Daß aber alle Bemühungen Ecclestones, den Grand-Prix-Zirkus in den Vereinigten Staaten als „größte Show der Welt" – so die Formel-1-Eigenwerbung – zu installieren, nicht klappten, ist auch eine Tatsache.

Also muß wohl doch etwas dran sein, an der von den Rennwagen-Bauern Lola und March beherrschten CART-Serie, die längst nicht nur auf Oval- sondern auch auf Straßenkursen gefahren wird. Eine Serie, in der sich zunehmend ehemalige Formel-1-Fahrer wie Mario Andretti (USA), Bruno Giacomelli (Italien), Derek Daly (Irland) oder Roberto Guerrero (Kolumbien) engagieren. Eine Serie, in der Hollywood-Star und Hobby-Rennfahrer Paul Newman als Arbeitgeber von Mario Andretti auftritt. Eine Serie, in der aber auch ein Versuch des französischen Formel-1-Teams Ligier 1984 damit endete, daß der Rennfahrer Kevin Cogan, mit einem Gesicht, weiß wie ein Bettlaken, nach einer Probefahrt über sein Auto sagte: „Ich bin doch kein Selbstmörder. Ich will diese Gurke nie wieder sehen."

Und Geld wird in dieser Serie auch kräftig verdient. Egal, ob der Dollarkurs schwankt, in der Formel 1 würde man auch gern so viel verdienen. Im vorigen Jahr kassierte Gesamtsieger Mario Andretti allein an Renn-Preisen 900 000 Dollar. Ohne persönliche Sponsorengelder und Gagen für Werbeauftritte.

Bernie Ecclestone, der Mann, der wohl sogar noch aus einem rostigen Nagel ein florierendes Antiquitätengeschäft machen kann, hat deshalb seine Taktik im Umgang mit den CART-Managern geändert. Vielleicht schon deshalb, damit ihm nicht noch mehr Rennfahrer weglaufen und in den USA anheuern. Ecclestone hat es aufgegeben, die Amerikaner zu bekämpfen. Er sieht in ihnen nun potentielle Geschäftspartner.

Offensichtlich ist aber den Amerikanern die Formel 1 zu undurchsichtig, zu unprofessionell, denn Ecclestones Offerte, über ein gemeinsames Projekt gemeinsam nachzudenken, stieß bislang auf wenig Gegenliebe. Dabei ist die Idee gar nicht mal von der Hand zu weisen: CART-Stars fahren Formel-1-Fahrzeuge, Grand-Prix-Stars die CART-Autos. Einmal geht es über eine Oval-Strecke, ein anderes Mal über einen herkömmlichen Straßenkurs. Das alles als großes Finale, und wer dann gewinnt, gilt als absolut bester Autorennfahrer der Welt.

Die US-Fahrer schüttelten den Kopf, als sie davon hörten. Warum? Sie halten sich ohnehin für die Besten der Welt. Warum sollten sie sich mit Alboreto und Prost, oder wie diese Europäer alle heißen, messen?

KLAUS BLUME

TENNIS

Maurer: Für Neid kein Verständnis

dpa, **Hamburg**

Boris Becker und Andreas Maurer – der Unterschied zwischen den beiden deutschen Daviscup-Spielern, die ab Freitag in *Hamburg* gegen die USA antreten, könnte kaum größer sein. Auf der einen Seite der 17 Jahre alte frischgebackene Wimbledon-Sieger und Neunte der Weltrangliste. Ein jugendlicher Hüne, der dabei ist, nicht nur die Tenniswelt zu erobern. Und auf der anderen Seite der zehn Jahre ältere, eher schmächtige, bedächtige Andreas Maurer.

Der Neusser, der als einer der Stillen im *Lande gilt, ist seit neun Jahren* im Profi-Zirkus dabei. Immer mit großem Einsatz, aber meist ohne den ganz großen Erfolg. Vor drei Monaten dann gewann er sein erstes Grand-Prix-Turnier, in Wimbledon erreichte er die Runde der letzten 16. Bei den Schweizer Meisterschaften in Gstaad verlor er erst im Finale.

Seinen jüngsten Erfolgen, die ihn in der Weltrangliste auf Platz 41 klettern ließen, steht *Maurer* ratlos gegenüber. Seine einzige Erklärung: „Ich habe mir die Mandeln herausnehmen lassen. Seitdem bin ich körperlich in bester Form und kann noch konsequenter trainieren." Maurer merkt allerdings auch an, daß er vor zwei Jahren schon einmal auf Platz 47 der Weltrangliste stand. Nur habe es damals keiner gemerkt: „Jetzt, wo sich alle wegen Boris für Tennis interessieren, *fällt* es auf."

Energisch wehrt sich der Neusser gegen die Unterstellung, er könne neidisch auf den großen Erfolg des um zehn Jahre jüngeren Becker sein: „Wer neidisch ist, den kann ich nicht verstehen. Etwas Besseres ist dem deutschen Tennis – und auch den deutschen Tennis-Profis – seit zehn Jahren nicht passiert. Von allen, die nach Boris kommen, wird nun der Druck genommen."

Auf seinen Einsatz im Daviscup gegen die USA angesprochen, wiegelt Maurer vorerst noch ab: Es stehe noch gar nicht fest, ob er oder Hans-jörg Schwaier (*derzeit 39. der Welt*rangliste) das zweite Einzel spielen werde. Niki Pilic, der Mannschafts-Coach, hat allerdings bereits deutlich anklingen lassen, daß Maurer auch in der Einzelbegegnung auf dem Platz stehen wird. Sicher ist auf jeden Fall, daß er im Doppel zusammen mit Becker zum Einsatz kommt. „Gegen die Doppel-Weltmeister Ken Flach/Robert Seguso müssen wir ein sehr hohes Risiko eingehen", kündigt der Neusser an, „sonst haben wir keine Chance. Die beiden Amerikaner haben gezeigt, daß sie auch auf Sand sehr gut sind."

Zweimal hat Maurer bisher erst für Deutschland im Daviscup gespielt, zuletzt 1982 in Argentinien. Im letzten Jahr stand er auf dem Sprung, wurde dann aber vom Bannstrahl des Deutschen Tennis-Bundes (DTB) getroffen, weil er mit einem Schläger spielte, dessen Hersteller nicht im Sponsoren-Pool des Verbandes vertreten war. Inzwischen ist dieses Problem geklärt.

*Der Druck auf den zweiten Einzel*spieler neben Becker wird, so Maurer, auf jeden Fall „sehr stark": „Wenn Boris tatsächlich zwei Einzelpunkte gegen Eliot Teltscher (12. der Weltbestenliste) und Aaron Krickstein (23.) holt, ist die Belastung hoch. Vor drei Monaten galten wir noch als krasse Außenseiter, jetzt haben wir immerhin eine gute Außenseiterchance. Mit etwas Glück", meint Andreas Maurer, „ist ein Sieg drin."

„Mauern und Stacheldraht teilen Europa“

● Fortsetzung von Seite 1

verschwinden werden. Aber sicher muß die Spaltung in der Lebenszeit vieler, die heute leben, beseitigt werden.“

Wenn eine Lehre aus der 10jährigen Geschichte der KSZE-Schlußakte gezogen werden könne, meinte der US-Außenminister weiter, dann sei es präzise die, daß die Interessen des *Einzelmenschen einen fundamentalen* Teil der Sicherheit und Stabilität in Europa darstellten. „Größere Sicherheit und ein stabilerer Frieden unter unseren Völkern hängen von größerer Freiheit für die Völker Europas ab.“ Dies entspreche auch dem Inhalt der KSZE-Vereinbarung.

In einer Bilanz des Jahrzehnts seit der Unterzeichnung der Schlußakte registrierte Shultz „begrenzte Erfolge, obwohl die Spaltung Europas anhält“. Als Beispiele erwähnte er bessere Reisemöglichkeiten für Journalisten und die große Zahl von Menschen in Osteuropa, die mit ihren Familien im Westen zusammengeführt werden konnten. Das hier Erreichte sei keineswegs nebensächlich. Dennoch klaffe eine erhebliche Kluft zwischen den mit der Schlußakte verbundenen Hoffnungen und der Wirklichkeit. Denn die wichtigsten Versprechungen von 1975 seien nicht eingehalten worden.

Weniger Ausreisen

Konkret erwähnte der amerikanische Außenminister den krassen Rückgang der Ausreisegenehmigungen für sowjetische Juden innerhalb der letzten fünf Jahre. Dieser bedauerliche, der Schlußakte widersprechende Trend gelte in gleicher Weise für Sowjetbürger deutscher und armenischer Nationalität. Ferner gebe es zahlreiche Fälle sowjetisch-amerikanischer Ehen, bei denen dem sowjetischen Partner entgegen den KSZE-Bestimmungen die Ausreise verweigert werde.

Ausführlich befaßte sich Shultz mit den von der Moskauer Regierung zerschlagenen „Helsinki-Gruppen“ in der Sowjetunion. „Hier handelt es sich um einen Zusammenschluß enthusiastischer Sowjetbürger, die zufrieden und stolz darüber waren, daß sich ihre Regierung zur Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki entschlossen hatte.“ Heute jedoch seien Jurij Orlow, der Gründer der Moskauer Helsinki-Gruppe, und die meisten seiner Mitstreiter in Zuchthäusern, Arbeitslagern oder psychiatrischen Anstalten. Das gleiche Schicksal bereiteten die polnischen Behörden vielen Bürgerrechtlern und Gewerkschaftlern.

Shultz prangerte auch die Verfolgung von Christen, Juden und Moslems wegen ihrer religiösen Überzeugung in der Sowjetunion an. Besonderes Gewicht legte er auf das Schicksal Andrej Sacharows, der mehr als jeder andere die Ideale repräsentiere, die in der KSZE-Schlußakte niedergelegt seien. Sacharow müsse in Gorki von der Außenwelt völlig isoliert „im Exil“ leben. „Wir haben Anlaß zu der Annahme, daß er zum Abbruch seines Hungerstreiks gezwungen worden ist.“ (Ein der „Bild“-Zeitung zugespielter und am Montag vom ZDF gesendeter Videofilm soll den Eindruck erwecken, Sacharow sei schon am 11. Juli aus der Klinik in Gorki entlassen worden.)

Neue Ära in Europa

Der US-Außenminister betonte, man könne nicht über den KSZE-Prozeß sprechen, ohne diese Schicksale und die schlimmen Lebensumstände vieler anderer Menschen zu erwähnen. „Die Bestimmungen der Schlußakte sind unteilbar. Wir müssen Fortschritte in allen Bereichen haben.“

Positiv beurteilte Shultz die Bemühungen der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Sicherheit in Europa (KVAE). Er versicherte: „Wir sind bereit, auf allen Gebieten in Stockholm voranzuschreiten.“ Auch bei den UNO-Verhandlungen über *ein Verbot chemischer Waffen* und bei den Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion in Genf habe Amerika den Willen zur konstruktiven Lösung.

Abschließend meinte Shultz: „Im November treffen sich die Führer der USA und der Sowjetunion, um das ganze Spektrum der vor uns liegenden Fragen zu erörtern. Wir sind bereit und willens, diese Gelegenheit zu nutzen. *Laßt unsere beiden Länder* mit der geduldigen, seriösen Arbeit beginnen, Probleme zu lösen und Vereinbarungen zu treffen, die uns beiden und ebenso anderen Ländern *zugute kommen.*“

Der amerikanische Außenminister fuhr fort: „Schritte zur Reduzierung der Waffen und zur Stärkung der Sicherheit, Schritte zur Förderung des Wirtschaftsaustausches und des Austausches auf anderen Gebieten und Schritte, um die Nöte vieler Einzelmenschen zu erleichtern und ihr Leben reicher zu machen – all diese Maßnahmen stärken sich gegenseitig. Dies ist Teil eines breiten Programms der Sicherheit und Zusammenarbeit, festgehalten in der Schlußakte von Helsinki. Zusammengenommen, können sie uns in eine neue Ära der Beziehungen in Europa führen.“

Israel gegen Todesstrafe für terroristische Mörder

Wirksamkeit bestehender Strafmethoden wird geprüft

EPHRAIM LAHAV, **Jerusalem**

Die Todesstrafe für terroristische Mörder – von vielen Israelis mit Leidenschaft gefordert – wird auch in Zukunft nicht verhängt werden. Dies hat nun die Regierung nach heftiger Debatte beschlossen. Sie ordnete aber an, die „Wirksamkeit der bestehenden Strafmethoden für Terroristen zu untersuchen“.

Die Debatte war von einer Serie neuartiger Terroranschläge ausgelöst worden: Überfälle auf Israelis, die sich einzeln oder zu zweit in abgelegenen Gegenden aufhalten. Ein Sicherheitsbeamter nannte diese Methode einen „Schlag gegen Israels weichen Unterleib“.

Die letzten zwei Opfer dieser Terrorwelle wurden am Sonntag begraben. Ihr Tod verursachte Erregung im ganzen Land. Der wegen seiner extremistischen Ansichten bekannte Abgeordnete Rabbi Meir Kahane zog jedoch Nutzen aus der Tragödie. Er erschien in Affula, der Heimatstadt der beiden Ermordeten, hielt aufrührerische Reden und wurde von seinen Anhängern mit „Kahane, König von Israel“ begrüßt.

Steine hagelten auf die Polizei, weil sie nach Ansicht der Kahane-Leute nicht energisch genug gegen die Terroristen vorgeht. Dabei hat sie die drei Mörder schon drei Tage nach dem Auffinden der Leichen gefaßt.

Aber auch gemäßigte Israelis stimmten diesmal für radikale Maßnahmen. Eine Meinungsumfrage der Zeitung „Ha'aretz“ ergab, daß 70 Prozent der Bevölkerung die Wiedereinführung *der Todesstrafe für terroristische* Mörder bejahen.

Genau genommen besteht die Todesstrafe schon seit langem, seit 30 Jahren gilt sie aber nur für Hochverrat im Krieg. Eichmann ist der einzige – abgesehen von einem Fall von Justizirrtum während des Unabhängigkeitskrieges 1948 –, der in Israel hingerichtet wurde.

Doch die Militärgerichtsbarkeit kennt die Todesstrafe auch für gewöhnlichen Mord. Da die meisten Terroristen vor Militärgerichte gestellt werden, könnte sie die Todesstrafe auch ohne neue Gesetzgebung treffen.

Bisher haben die militärischen *Anklagevertreter auf Anweisung des* Generalstabs die Todesstrafe nie beantragt. In zwei Fällen, in denen ein Militärgericht aus eigenem Ermessen Todesurteile aussprach, wurden diese vom Generalstabschef nicht bestätigt.

Die Einwände der Mehrheit des Kabinetts gegen die Todesstrafe entspringen praktischen Überlegungen. Zum Beispiel werde der Vollzug der Todesstrafe sofort den Tod von Israelis nach sich ziehen, die in die Hände der Terroristen fallen. Auch die politischen Auswirkungen wären schwer zu übersehen. Nach einem Todesurteil *würde es zu einer Flut von Gna*dengesuchen kommen. Überall in der Welt gäbe es Aufrufe und Proteste.

Moralische Bedenken äußerte der Oberrichter im Ruhestand, Chaim (Hermann) Kohn: „Wir dürfen nicht ein Verbrechen mit einem zweiten ahnden ... Außerdem können wir die Todesstrafe nicht bloß über arabische Terroristen verhängen. Auch jüdische Terroristen gibt es, wie wir gesehen haben. Niemand solle sich der Täuschung hingeben, daß wir ein Gesetz für Juden und eines für Araber haben können.“ (SAD)

Moskau kündigt Atomtest-Stopp an

Washington lehnt Moratorium ab / Präsident Reagan lädt sowjetische Beobachter ein

R.-M. BORNGÄSSER, **Moskau**

In einem Schreiben an US-Präsident Ronald Reagan hat der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow ein einseitiges Atomtest-Moratorium seines Landes angekündigt. Die amerikanische Regierung forderte Gorbatschow auf, ihre Atomversuche ab dem 6. August, dem Jahrestag des Abwurfs der Atombombe über Hiroshima, ebenfalls einzustellen. Das sowjetische Moratorium könne über den 1. Januar hinaus verlängert werden, falls die Vereinigten Staaten ihrerseits auf weitere Atomtests verzichteten. Gorbatschow fügte hinzu, daß dieser Schritt der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion „ein gutes Beispiel für *alle* mit Kernwaffen ausgerüsteten Länder“ wäre. Das andauernde Wettrüsten bringe, so der Kreml-Chef, eine große Gefahr für die Zukunft der Welt-Zivilisation mit *sich. Außerdem suche sein Land* „keine militärische Überlegenheit“. Es strebe vielmehr die Erhaltung des Gleichgewichts der militärischen Kräfte auf „möglichst niedrigem Niveau“ an. Der Aufruf des Generalsekretärs schließt mit den Worten, die UdSSR hoffe, daß die USA positiv auf diese Initiative reagieren werden.

FRITZ WIRTH, **Washington**

Hinter dem sowjetischen Moratoriumsangebot für Atomtests sieht die Reagan-Administration in erster Linie ein Propagandamanöver. Sie zögerte deshalb nicht lange, diesen Vorschlag zurückzuweisen. „Es ist das letzte von einem halben Dutzend ähnlicher Angebote, die die Sowjets selbst niemals eingehalten haben“, erklärte Robert McFarlane, Sicherheitsberater des Präsidenten, gestern in einem Fernsehinterview.

McFarlane, der im Weißen Haus die Vorbereitungen zum Gipfeltreffen zwischen Reagan und Michail Gorbatschow im November koordiniert und auch für die Formulierung der amerikanischen Einladung der Sowjets als Beobachter an den bevorstehenden Atomtests in Nevada zuständig war, wies darauf hin, daß das sowjetische Moratoriumsangebot aus einem nicht überzeugenden und vertrauenerweckenden Umfeld kommt: „Bevor sie dieses Angebot machten, haben sie ihre eigenen Tests noch einmal intensiviert, und man darf sicher sein, daß sie es erneut tun werden, wenn das Moratorium abläuft.“

Kenneth Adelman, Direktor der amerikanischen Abrüstungskontrollbehörde, erinnerte an vergangene Erfahrungen mit derartigen sowjetischen Angeboten. „Wir sind auf dieser Moratoriumsstraße schon einige Male marschiert und dabei verbrannt worden“, erklärte er und bezog sich auf entsprechende Vereinbarungen der späten 50er und frühen 60er Jahre, *die die Sowjets schließlich mit* ihrer bisher größten Serie von Atomtests beantworteten, was den damaligen Präsidenten Kennedy zu dem Schwur veranlaßt habe, sich nicht noch einmal mit den Sowjets auf unkontrollierbare Moratorien einzulassen.

McFarlane bezeichnete zugleich die amerikanische Einladung an die Sowjets zu Atomtests in Nevada als eine vertrauensbildende *Maßnahme.* Das sei das Hauptmotiv des Präsidenten bei dieser Initiative. „Wir wollen den Sowjets zeigen, daß wir bei unseren Nukleartests nichts zu verbergen haben“, erklärte McFarlane, der im übrigen das sowjetische „Nein“ zu dieser Einladung noch nicht als eine endgültige Absage betrachtet. Hohe Beamte des Weißen Hauses machten klar, daß diese Einladung an die So*wjets weiter für unbefristete Zeit auf* dem Tisch liegt.

Im amerikanischen Kongreß wurde die Initiative des amerikanischen Präsidenten von beiden Parteien begrüßt. Der republikanische Senator John Warner sprach von „einem positiven Schritt bei der Schaffung eines Klimas größeren Verständnisses zwischen unseren beiden Ländern“. Und der demokratische Senator Alan Cranston äußerte die Hoffnung, daß die Sowjets die *Einladung* akzeptieren werden und ihrerseits eine amerikanische Beobachtergruppe zu Atomwaffentests einladen würden. Dies könne, so der Senator, „die Reibereien, Zweifel und *Fragezeichen*“ hinsichtlich einer sowjetischen Einhaltung von Rüstungskontrollabmachungen veringern.

McFarlane glaubt nicht, daß diese jüngsten Differenzen den für November geplanten Genfer Gipfel zwischen den beiden Regierungschefs gefährden. Er enthüllte, daß der Präsident im Vorfeld dieses Gipfels in einem Schreiben an Gorbatschow alle wesentlichen Differenzen aufgereiht habe, die zu überwinden seien. „Der Präsident möchte mit seinem jüngsten Vorschlag ein Klima schaffen, *das die Möglichkeit bietet, die* größten Probleme zu lösen. Ronald Reagan hat in seiner zweiten Amtszeit keine größere Priorität, als diese Differenzen auszuräumen“. Der Sicherheitsberater betonte im übrigen, daß diese letzte Initiative nicht eine kurzfristige und schnelle Reaktion auf den von ihnen erwarteten Moratoriumsvorschlag der Sowjets, sondern schon seit langer Zeit vorbereitet worden sei.

Abrüstungsdirektor Adelman nannte den sowjetischen Moratoriumsvorschlag den Start einer neuen „Friedensoffensive“ der Sowjets, die nicht mehr sonderlich *originell* sei und der wahrscheinlich noch weitere Initiativen im Vorfeld des Genfer Gipfels folgen würden.

Meinungsstreit in der Unionsfraktion

AP, Bonn

Mit einem neuen Gesetz will eine Gruppe von Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verhindern, daß mittelbar von Streiks betroffene Arbeitnehmer Arbeitslosengeld vom Arbeitsamt erhalten. Leistungen des Arbeitsamtes hätten Lohnersatzfunktionen und müßten daher entfallen. Der Gesetzesentwurf sieht vor, daß der Paragraph 11[illegible] des Arbeitsförderungsgesetzes neu gefaßt wird. Die Neufassung soll klarstellen, daß dieser Paragraph eine Arbeitskampfvorschrift ist, die der Sicherung der Parität von Arbeitgebern und Gewerkschaften dient. Wie der Hauptgeschäftsführer der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Spa[illegible], mitteilte, ist der Entwurf bisher von 130 der 266 Unionsabgeordneten unterschrieben worden. Die Führung der CDU/CSU-Fraktion distanzierte sich gestern formell von diesem Entwurf, nachdem er von der SPD veröffentlicht worden war.

Engelhard: Keine Kanzlerdemontage

dpa, **München**

Bundesjustizminister Engelhard will zur Bundestagswahl 1987 die FDP-Liste in Bayern anführen. Während er bei der Bundestagswahl 1976 in seinem Wahlkreis München-Süd bundesweit unter den FDP-Kandidaten bei den Erststimmen an fünfter Stelle lag, habe er 1983 den ersten Platz errungen, sagte Engelhard im Münchner Presseclub. „Ich glaube, wir werden bei der Bundestagswahl gut herauskommen“. Die FDP werde bei der „Kanzlerdemontage“ nicht mitmachen. Von der „politischen Grundüberzeugung her“ sei der Bundeskanzler ein Mann, „der davon ausgeht, daß die FDP ein wichtiger Partner ist – und dementsprechend behandelt er uns“.

Deutsche Kirchen gaben mehr als USA

idea, **Buenos Aires**

Rund 36 Prozent der Zuwendungen an den Weltkirchenrat kamen im letzten Jahr aus der Bundesrepublik Deutschland, heißt es im Finanzbericht der ökumenischen Organisation. *Der Beitrag der westdeutschen* Landeskirchen und kirchlichen Werke am Haushalt über 35,67 Millionen D-Mark betrug 12,79 Millionen D-Mark. Sie gaben damit mehr als die Mitgliedskirchen der USA zusammen, die 11,19 Millionen D-Mark beisteuerten. Die drei größten Einzelspenden kamen ebenfalls aus der Bundesrepublik: 7,13 Millionen D-Mark vom Diakonischen Werk, dem kirchlichen Entwicklungsdienst und der Organisation „Dienst in Übersee“, 3,08 Millionen D-Mark von der evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und 2,34 Millionen D-Mark vom evangelischen Missionswerk in Hamburg.

Mißtrauensvotum gegen SPD-Senator

WW. **Bremen**

Die Bremer CDU wird einen Antrag auf ein Mißtrauensvotum gegen den Senator für Gesundheit, Herbert Brückner (SPD) in der Bremischen Bürgerschaft stellen. Das teilte CDU-Chef Bernd Neumann mit. Die Christdemokraten werfen dem Gesundheitssenator Amtspflichtverletzung im sogenannten Kompromiß mit den Landesverbänden der Krankenkassen um die Pflegesätze in den Bremer Kliniken vor. Danach muß der Bremer Haushalt 200 Millionen Mark verkraften (WELT vom 27. Juli). Neumann: „Das hätte vermieden werden können, wenn man sich schon Anfang der achtziger Jahre geeinigt hätte.“

Technologiezentrum unter Dach und Fach

mj, **Hannover**

Die niedersächsische CDU-Landesregierung hat gestern formell über den Aufbau des „Technologie-Zentrums Nord“ (TZN) in Unterlüß (Südheide) *entschieden.* Wirtschaftsministerin Birgit Breuel gab weitere Einzelheiten aus dem Vertragswerk mit dem Maschinenbau- und Wehrtechnik-Konzern Rheinmetall bekannt. Danach wird der auf 15 Jahre zugesagte 100-Millionen-Landeskredit (WELT v. 26.7.) mit einem Vorzugszins von sechs Prozent ausgestattet. Die Mittelstandsfirmen werden Mitglieder des gemeinnützigen Fördervereins „TZN Forschungs- und Entwicklungszentrum Unterlüß e.V.“. Dieser beteiligt sich zu 35 Prozent in der Betriebsführungsgesellschaft „TZN Forschungs- und Entwicklungszentrum GmbH“; deren weitere Partner sind eine Rheinmetall-Tochter mit 40,1 Prozent sowie das Land Niedersachsen über eine Tochtergesellschaft der norddeutschen Landesbank (24,9 Prozent).

Freiwilliger Rückzug?

hg. – Das klingt nach staatsbürgerlicher Tugend: Die Asko Deutsche Kaufhaus AG zieht sich freiwillig aus der Rewe-Zentrale zurück, weil das Bundeskartellamt gegen die Kooperation des Umsatzmilliardärs mit der Genossenschaft Bedenken hat. Sie verzichtet damit auf Einkaufsvorteile, die ihr diese Zusammenarbeit bisher gebracht hat. Freiwillig?

Man müßte wissen, was Asko davon hat. Ist die Furcht vor einer amtlichen Untersuchung des gemeinsamen Einkaufs mit der Rewe so groß, daß die Konzernherren aus Saarbrücken das Feld räumen, bevor es überhaupt zur Schlacht kommt? Dann werden andere dem Beispiel folgen, die ebenfalls auf der Liste der Wettbewerbshüter stehen: Die Edeka wegen ihrer Zusammenarbeit mit AVA und Horten zum Beispiel oder Allkauf, Hurler und Karstadt wegen ihrer Mitgliedschaft in der Einkaufsvereinigung Gedelfi.

Nur, warum sollten sie? Je länger sie sich ihre Vorteile aus Sockelkondition für die Mitgliedschaft im Kontor plus Sonderkondition für die Größe erhalten können, desto besser für sie. Daran ändert auch die Möglichkeit einer amtlichen Untersagung nichts, denn die hätte, selbst wenn sie heute abgeschickt würde, bis zur Rechtskraft noch einen langen Weg vor sich. Und bis dahin darf kassiert werden. Woher kommt also die plötzliche Einsicht bei Asko? Haben die Saarbrücker andere Pläne, die ohne das Amt *nicht realisierbar sind?* Eine kleine Fusion vielleicht? Dann wäre es zwar nicht mehr besonders tugendhaft, aber wenigstens verständlich.

Aufgeber

Py. – Eine besonders ärgerliche Variante von Ausverkäufen mischt sich in diesen Tagen wieder unter die gesetzlich geschützten, wenn auch nicht minder abgewirtschafteten Saison-Schlußverkäufe: die Ausverkäufe ohne (wirkliche) Geschäftsaufgabe, die Räumungsverkäufe ohne (echten) Umbau. Daß diese Versionen, die eher der Umsatzerhöhung als dem Lagerabbau dienen, unlautere Sonderverkaufsformen sind, weiß jeder ehrbare Kaufmann. Eine durchaus sinnfällige Abschaffung von „Räumungsverkäufen wegen Umbaus" versank mit dem Rücktritt von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in den Tiefen der Bonner Schubläden. Sie dürfte freilich auch in Handelskreisen nicht unumstritten gewesen sein, denn sonst hätte der Vorschlag ein breiteres Echo gefunden. Nicht umstritten sollte jedoch sein, daß abgeschafft wird, was den Verbraucher nasführt, nämlich die regelmäßig am selben Ort unter wechselnden Strohmännern auftauchenden „Neugründer" und „Geschäftsaufgeber" nach festem Zeitplan.

KONJUNKTUR / Trotz Kritik an Bonner Wirtschaftspolitik optimistische Prognose

Ifo: Der Aufschwung wird sich 1986 mit Sicherheit weiter fortsetzen

DANKWARD SEITZ, **München**

Der bereits seit zweieinhalb Jahren währende Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik wird nicht nur 1985 anhalten, sondern sich auch noch 1986 fortsetzen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Kritisch wird darin aber angemerkt, der Bundesregierung fehle der Mut zu einer „beherzten Verbesserung der Rahmenbedingungen". Außerdem habe sich Bonn beim Konsolidierungskurs zu sehr auf den reinen Abbau des Staatsdefizites konzentriert. Dennoch halten die Konjunkturforscher einen sich selbsttragenden Aufschwung für möglich.

Unter dem Einfluß der Steuerentlastung hält das Ifo für 1986 sogar noch eine Beschleunigung des Wachstums für möglich. Nachdem im laufenden *Jahr das reale Bruttosozialprodukt* um 2,5 Prozent zunehmen wird, könnten es dann etwa drei Prozent sein. Sollte es in den USA allerdings zu einer ausgeprägten Rezession kommen und/oder der Dollarkurs abrupt fallen, dann müßte mit einer erheblichen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung gerechnet werden.

Eine für die Konjunktur nicht mehr so entscheidende Rolle wie bisher wird dabei den Exporten der deutschen Wirtschaft beigemessen. Dafür werde sich aber zunehmend die Inlandsnachfrage beleben – unter anderem stimuliert durch Zinssenkung, Steuerentlastung und das Programm zur Stützung der Bauwirtschaft. Bereits im zweiten Halbjahr 1985 werden nach Ansicht des Ifo die privaten Haushalte bei einer Zunahme der verfügbaren Einkommen um etwa vier Prozent ihren Verbrauch mit nominal 4,5 Prozent stärker als in den zurückliegenden Jahren steigern. Real dürfte sich damit für 1985 eine Zunahme um knapp 1,5 Prozent ergeben.

Bei ähnlichen Tariflohnvereinbarungen *wie für 1985 und bei leicht* steigender Beschäftigung wird damit gerechnet, daß die Nettoarbeitseinkommen um 4,5 (1985: 2,5) Prozent und die verfügbaren Einkommen um fünf Prozent zunehmen. In ähnlichem Tempo sollen dann auch die nominalen Verbrauchsausgaben expandieren. Bei einer Inflationsrate von nur wenig über zwei Prozent entspräche dies einem realen Plus von 2,5 bis drei Prozent.

Als insgesamt günstig bewertet das Ifo auch die Voraussetzungen für eine verhältnismäßig kräftige Steigerung der Ausrüstungsinvestitionen in der Industrie in der zweiten Hälfte 1985 und im Jahr 1986. Die steigende Auslastung der Kapazitäten habe schon 1985 *bei den Investitionsplanungen* das Erweiterungsmotiv etwas an Boden gewinnen lassen und dürfte sich 1986 fortsetzen. Wegen verschiedener Basiseffekte gebe die überraschend kräftige Steigerung der Ausrüstungsinvestitionen um etwa real 14 Prozent allerdings für 1985 einen zu günstigen Eindruck vom gegenwärtigen Investitionsverhalten wieder. Dagegen wird im Jahresdurchschnitt 1986 mit einer Zuwachsrate von etwa acht Prozent gerechnet.

Positiv kann zudem auch bewertet werden, daß das Ifo für 1986 eine *Stagnation der realen Bauinvestitionen* erwartet, nachdem diese im laufenden Jahr weiter um etwa fünf bis sechs Prozent gefallen sind. Von der Nachfrage und den Rahmenbedingungen her zeichne sich sogar für die gewerblichen und staatlichen Bauinvestitionen ein mäßiger konjunktureller Anstieg ab. Mit einem nochmals deutlichen Rückgang von mindestens fünf (1985: zehn) Prozent muß allerdings 1986 bei den realen Wohnungsbauinvestitionen gerechnet werden.

Alles in allem wird aber die konjunkturelle Entwicklung 1986 nach Ansicht des Ifo zu keiner entscheidenden Verbesserung am Arbeitsmarkt führen. Zwar wird die Gesamtzahl der Beschäftigten mit 0,8 Prozent etwas stärker zunehmen als im laufenden Jahr (0,4 Prozent). Dennoch wird die Arbeitslosenzahl nicht in diesem Ausmaß zurückgehen, sondern im Jahresdurchschnitt nur leicht auf 2,25 (1985: 2,3) Millionen registrierte Erwerbslose sinken. Insgesamt empfiehlt das Ifo-Institut der Bundesregierung, die wirtschaftspolitischen Weichen klarer auf Wachstum zu stellen.

SOZIALPOLITIK

Die Bundesregierung zieht eine positive Leistungsbilanz

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Liquidität der Rentenversicherung ist in diesem und im kommenden Jahr auch bei vorsichtigen Annahmen (3,5 Prozent Lohnsteigerung und 0,2 Prozent Beschäftigungszuwachs) „voll gesichert". Das erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Arbeitsministerium, Wolfgang Vogt, in einer sozialpolitischen Leistungsbilanz der CDU.

Die Bundesregierung habe seit der Wende im Herbst 1982 erfolgreiche Konsolidierungsanstrengungen in der Finanz- und Sozialpolitik unternommen und damit Handlungsspielraum gewonnen, um neue Perspektiven zu eröffnen. Beispielhaft nannte er die Einführung des Kindergelds für arbeitslose Jugendliche und die Verlängerung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose (beides seit Jahresbeginn), die Erhöhung der Sozialhilfe Jahresmitte, die Verbesserungen der Freifahrtregelung für Schwerbehinderte zum 1. Oktober 1985 und die Erhöhung des Wohngelds um 900 Millionen Mark zum 1. Januar 1986.

Die Rückführung der Inflationsrate um rund drei Prozentpunkte bedeute eine „Wertsteigerung" der Arbeitnehmer- und Rentnereinkommen um rund 21 Milliarden Mark. „Preisstabilität ist ein Stück Verteilungsgerechtigkeit", erklärte Vogt. Nach Jahren des Rückgangs bestünde in diesem Jahr erstmals wieder die Chance realer Einkommenszuwächse für Arbeitnehmer. Auf eine entsprechende Frage räumte Vogt selbstkritisch ein, daß das von der Regierungskoalition gesetzte Ziel einer deutlichen Verringerung der Steuer- und Abgabenbelastung „noch nicht erreicht" sei.

Wie sein Parteifreund Adolf Müller (Remscheid) am Vortag machte auch Vogt aus seiner ablehnenden Haltung zum Vorschlag des FDP-Vorsitzenden Martin Bangemann, staatliche Sozialleistungen zu besteuern, kein Hehl. „Ich halte wenig davon", erklärte er auf eine entsprechende Frage und meinte ergänzend, bei Bangemanns Vorstoß handele es sich um eine *Ankündigung* für die nächste Legislaturperiode. Es gebe zahlreiche Sozialleistungen, gab Vogt zu bedenken, „die sich einer Besteuerung entziehen".

1986 werde das Jahr der Familie. „Das von uns beschlossene Familienpaket ist die Verbesserung mit dem größten Finanzvolumen seit Bestehen der Bundesrepublik." Dazu gehören die erste Stufe der Steuerreform, der Kindergeldzuschlag für Bezieher niedriger Einkommen, Erziehungsgeld und -urlaub, die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung und die Erhöhung des Wohngelds. Ein Beispiel: Für ein Ehepaar mit einem Kind und Durchschnittseinkommen (36 000 Mark im Jahr) beträgt die steuerliche Entlastung 522 Mark im Jahr. Bei Geburt eines zweiten Kindes sind es 904 Mark. Hinzu kommen 7200 Mark Erziehungsgeld.

Teure Bekleidung

Von HARALD POSNY

Drei krisenhaften Jahren mit *schweren Einbrüchen in* Produktion und Beschäftigung und einem Jahr der schmerzvollen Anpassung der Beschäftigung an die über Jahre abgeschmolzene Inlandsnachfrage ist in der Bekleidungsindustrie *1984 ein Jahr gefolgt,* das erstmals „mehr Licht als Schatten" zeigte. Produktions- und Umsatzentwicklung über alle Bereiche der Fertigung von Bekleidung geben etwas Hoffnung, daß die wirtschaftliche Talfahrt in etwa *zum Stillstand gekommen ist.* Die positive Entwicklung des Exports mit Quoten von nahe 30 Prozent sowohl bei der Damen- als auch bei der Herrenbekleidung wirkten sich stabilisierend auf die Beschäftigung aus.

Ohne das Exportwachstum hätte es in der Bekleidungsindustrie düster ausgesehen. Der zum Stillstand gekommene Beschäftigungsabbau, der Rückgang der Arbeitslosenzahlen um 9000 bei den Textil- und Bekleidungs*berufen, der verminderte Umfang* von Kurzarbeit darf jedoch nicht zu falschen Schlüssen führen: Der Arbeitslosenrückgang ist eine Folge verstärkter Rückkehrbewegungen von ausländischen Arbeitnehmern in ihre *Heimatländer.*

Stabilisierend hat sich im letzten Jahrzehnt der Ausbau der passiven Lohnveredlung ausgewirkt, eine vielleicht etwas menschlichere Antwort auf den nicht zuletzt von den Niedrig*lohnländern und den heimischen* Gewerkschaften der Branche aufgezwungene Zwang zur Rationalisierung. Hier werden bestimmte lohnintensive Teile der Fertigung, insbesondere Näharbeiten, auf Ostblock- und Mittelmeer*länder verlagert.* Die einen überschwemmen dank 360-Tage-Jahr, Drei-Schicht-Betrieb und einem dem Nulltarif nahekommenden Stundenlohn von etwa vier Mark (Hongkong) den deutschen und europäischen Markt, die *anderen sorgen mit* dafür, daß die deutsche Produktion – zumindest von der Kostenseite her – mit einem inzwischen erreichten Stundenlohn einschließlich Lohnnebenkosten von 19,74 DM hoffnungslos ins Hintertreffen gerät.

Dabei mutet es schon makaber an, daß Hongkong längst nicht mehr als Entwicklungs- oder Schwellenland angesehen werden kann und – weil die heimische Fertigung „zu teuer" *geworden ist – in der Volksrepublik China* „arbeiten läßt". Je er*folgreicher die Gewerkschaft* bei der Durchsetzung von Lohnforderungen sei, um so rigoroser treibe sie die deutschen Betriebe in die arbeitssparende Rationalisierung, meinte unlängst der Präsident von Gesamt-Textil, Ernst-Günter Plutte. *Fazit:* Die Arbeit ist in der Bundesrepublik zu teuer. Und das bei einer durchschnittlichen Nettoarbeitszeit in der Bekleidungsindustrie von 30,7 Stunden. Wer spricht von 38,5 Stunden?

Die arbeitsplatzsichernde passive Lohnveredlung, die 1984 in der Bundesrepublik (Lohn und Ware zusammen) rund 1,6 Mrd. DM ausmachte, das sind 15 bis 20 Prozent aller Importe, wird immer wieder von eilfertigen Politikern als *Mittel zur* „Gewinnmaximierung" der Unternehmen verleumdet. Regelmäßig sind im passiven Lohnveredlungsverkehr nur etwa 250 der insgesamt 2500 Betriebe tätig.

D*ie* passive *Lohnveredlung,* wenn auch von den deutschen Bekleidungsherstellern „erfunden", um gemeinsam mit der deutschen Fertigung zu einer für die *europäischen* Märkte annehmbaren Mischkalkula*tion für den Handel* zu kommen, ist längst von europäischen Nachbarn kopiert worden. Lange Jahre war sie den EG-Nachbarn ein Dorn im Auge. Die Niederlande praktizieren sie heute ebenso wie Belgier und zuneh*mend die Franzosen.*

Italien und Großbritannien haben zwar Arbeitskosten, die unter den deutschen liegen, so daß Auslandsfertigung eigentlich nicht nötig ist, dennoch können sie Länder mit ihrem *Veto den passiven Veredlungsver*kehr erschweren oder sogar unterbinden.

Das Welttextilabkommen hat die Bundesrepublik kaum vor allzu großen Einfuhrsteigerungen bewahrt. *Ihr Tempo* ist aber *entscheidend für* den Markt. Die neu auszuhandelnde vierte Auflage des Abkommens sollte nach Ansicht der deutschen Industrie ohne Änderung fortgeführt werden. Das ist eine kaum realistische Forde*rung. Eines sollte jedoch erreicht* werden können: eine größere Flexibilität der sicher nicht fallenden Quoten für bestimmte Artikel und Staaten. Dies würde auch dem Prinzip des Wechsels in der Mode und deren Schnellebigkeit entsprechen.

AUF EIN WORT

„Eine überaus wichtige und lukrative Zukunftsinvestition für die Bundesrepublik Deutschland ist die Erhaltung einer wettbewerbsfähigen deutschen Stahlindustrie."

Dr. Dieter Pethmann, Vorsitzender des Vorstandes der Thyssen AG, Duisburg FOTO: J. H. DARCHINGER

Mehr Schiffe bei gleicher Tonnage

AP, **Hamburg**

Die Seeschiffreedereien in der Bundesrepublik Deutschland haben *zur Jahresmitte* nach Angaben des Verbandes Deutscher Reeder 433 Schiffe unter deutscher Flagge betrieben. Der Verband teilte mit, daß damit zwar die Zahl der Schiffe gegenüber dem Jahresbeginn um vier gestiegen, *die Gesamttonnage mit* 5,059 Millionen Bruttoregistertonnen aber nahezu gleich geblieben sei. Zum Jahresanfang betrug die Gesamttonnage 5,058 Millionen Bruttoregistertonnen. Nach Angaben des Verbandes wurden weitere *304 Schiffe* deutscher Reeder mit insgesamt 3,450 Millionen Bruttoregistertonnen unter ausländischer Flagge gefahren. Zum Jahresanfang waren das noch 310 Schiffe, die zusammen 62 000 Bruttoregistertonnen mehr hatten.

JAPAN

Tokio verkündet Programm zur Importerleichterung

AP, **Tokio**

Japan hat am Dienstag ein Dreijahresprogramm zur Erleichterung des Imports verkündet. Der Maßnahmenkatalog umfaßt 88 konkrete Schritte von der Übernahme ausländischer Testergebnisse bis hin zur Vereinfachung der Prüfbestimmungen, mit denen die bürokratischen Hemmnisse beim Warenexport abgebaut werden sollen.

Das Liberalisierungsprogramm öffnet den Finanz- und Dienstleistungssektor ausländischer Konkurrenz. Die Zinsen für langfristige Kapitalanlagen werden freigegeben. Außerdem soll die Export-Import-Bank ihre Zinsen für Einfuhrkredite senken. Ausländische Rechtsanwälte können in Japan tätig werden. Die Mindestgröße für Flugzeuge ausländischer Produktion, die in Japan eingesetzt werden dürfen, wird gesenkt, und die Bestimmungen der Einfuhr von Kosmetika werden vereinfacht.

Künftig können in bestimmten Fällen zudem ausländische Warentests übernommen und ausländische Experten zur Aufstellung von Qualitätsstandards herangezogen werden. Testzertifikate sollen für ganze Produktgruppen statt für jede einzelne Ware vergeben werden. Dadurch werden ausländische Autos künftig gleich nach der Anlandung verkauft werden können, ohne einzeln technisch untersucht werden zu müssen.

Tokio erklärte sich bereit, mit den Handelspartnern über die Öffnung der Märkte für 22 Agrargüter gemäß den Regeln des Gatt-Handelsabkommen zu sprechen. Es sagte zu, die Einfuhr von Lederwaren gemäß den Gatt-Bestimmungen zu regeln und die Verträge über die Einfuhr von Apfelsinen und Fleisch einzuhalten.

EG – COMECON

Kommission will Gespräche noch nicht wieder aufnehmen

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die Europäische Gemeinschaft wünscht eine Reihe von Vorkehrungen, bevor sie ihre 1981 unterbrochenen Gespräche mit dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) wieder aufnimmt. Dazu gehört die Zusage des Comecon, daß vertragliche Beziehungen zwischen beiden multinationalen Organisationen bilaterale Vereinbarungen zwischen der EG und einzelnen Comecon-Staaten nicht beeinträchtigten.

Wie in Brüssel bestätigt wurde, ist die Antwort der EG-Kommission auf ein Mitte Juni vom polnischen Botschafter in Belgien überreichtes Schreiben des Comecon-Sekretärs Syczow inzwischen ferttiggestellt. Der Wirtschaftsbund der Ostblockländer hatte darin eine gemeinsame Erklärung über die Aufnahme offizieller Beziehungen befürwortet.

Die Kommission ist nicht gegen eine solche Erklärung, möchte ihre Zusage zur Aufnahme von Gesprächen auf politischer Ebene jedoch erst dann geben, wenn mehr Klarheit über deren Inhalt besteht. Nach Rücksprache mit den EG-Regierungen bittet sie zunächst einmal um die Zusendung eines Entwurfs und um nähere Auskunft darüber, wer die Unterzeichner der geplanten Erklärung wären, welcher Art die vom Comecon gewünschten offiziellen Beziehungen sein sollen und welche Bereiche eine engere Zusammenarbeit umfassen könnte.

Die EG hat in der Vergangenheit stets auf die unterschiedlichen Kompetenzen beider Organisationen hingewiesen und die Meinung vertreten, daß Handelsabkommen nur mit den einzelnen Comecon-Staaten beschlossen werden könnten. Doch bislang widersetzte Moskau sich diesen Vorstellungen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Weniger Zinsen für Bundesobligationen

Frankfurt (dpa/VWD) – Das Bundesfinanzministerium hat vor dem *Hintergrund allgemein sinkender* Zinsen die Verzinsung von Bundesobligationen und Finanzierungsschätzen mit Wirkung vom 31. Juli zurückgenommen. Die Bundesobligationen mit einer Nominalverzin*sung von 6,5 Prozent und einer Lauf*zeit von fünf Jahren werden künftig mit einem Ausgabekurs von 100,40 (bisher 99,80) Prozent verkauft, so daß die Rendite nur noch 6,40 (6,55) Prozent beträgt. Bei den Finanzie*rungsschätzen des Bundes mit einer* Laufzeit von einem Jahr beträgt der Verkaufszins 4,50 (4,67) Prozent, womit die Effektivverzinsung auf 4,71 (4,90) Prozent zurückgeht. Bei zweijähriger Laufzeit liegt der Verkaufs*zins künftig* bei 5,10 (5,25) *und die* Rendite bei 5,53 (5,70) Prozent.

DM-Auslandsanleihen

Frankfurt (dpa/VWD) – Im August sollen am deutschen Kapitalmarkt acht DM-Auslandsanleihen im Gesamtvolumen von 1,51 Mrd. DM aufgelegt werden. Wie die Deutsche Bundesbank mitteilte, handelt es sich bei sieben Anleihen über 1,005 Mrd. DM um eine traditionelle Konditionsgestaltung. Eine Anleihe über 500 Mill. DM werde mit einer variablen Verzinsung ausgestattet.

Interesse in Chile

***Melbourne** (dpa/VWD) – Australiens* größtes Rohstoff- und Industrieunternehmen, Broken Hill, hat gestern die Bildung eines Konsortiums mit dem britischen Bergbauunternehmen Rio Tinto-Zinc Corp. Ltd *und der japanischen Mitsubishi* bekanntgegeben. Die Unternehmen wollen eine Hälfte der Kupfermine Escondida in Chile erwerben, an der Broken Hill bereits beteiligt ist.

Kritik an Bangemann

Düsseldorf (AP) – „Härtesten Widerstand" gegen die Vorstellungen Bundeswirtschaftsministers Martin Bangemann (FDP), zu den allgemeinen Regeln des Welthandelsabkommens (Gatt) zurückzukehren und das 1986 zur Verlängerung anstehende Welttextilabkommen auslaufen zu lassen, kündigte die Gewerkschaft Textil, Bekleidung an. „Völlig überzogen" sei auch, die Maschinenlaufzeit in der Textilindustrie auf sieben Wochentage rund um die Uhr auszudehnen.

Treffen mit China

***Tokio** (dpa/VWD) – Japans hoher* Überschuß im Handel mit China ist Hauptthema einer zweitägigen Ministerkonferenz, die gestern in Tokio begann. Japans Außenminister Shintaro Abe und der chinesische Chefde*legierte Gu Mu unterstrichen* den Willen zur verstärkten Kooperation. Im ersten Halbjahr hatte Japan einen HandelsÜberschuß von 2,8 (Vorjahr: 1,3) Mrd. Dollar erzielt.

Mehr Video-Exporte

Tokio (dpa/VWD) – Japan hat im ersten Halbjahr 1985 beim Export von Videorekordern eine Steigerung um 24,5 Prozent im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum erzielt und 11,579 Mill. dieser Geräte ins Ausland geliefert. Nach Angaben des Herstellerverbandes gingen davon 7,223 Mill. in die USA, 57,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Lieferungen in die EG sanken um 24,8 Prozent auf 1,317 Mill. Die Produktion wuchs im ersten Halbjahr um 15,6 Prozent. Beim Export von Farbfernsehgeräten wiesen die Japaner einen Zuwachs um 61,3 Prozent auf. Die Lieferungen in die USA nahmen um 14,3 Prozent auf 650 000 zu, die in die EG fielen um 10,2 Prozent auf 335 000.

BAT verkauft Tochter

London (dpa/VWD) – Der britische Zigarettenkonzern BAT Industries wird seine Verpackungstochter Mardon Packaging International für 172,5 Mill. Pfund (696 Mill. DM) an eine Investoren- und Managementgruppe in Kanada verkaufen. Die Gesellschaft ist der zweitgrößte britische Verpackungskonzern mit einem Umsatzvolumen von 608 Mill. Pfund.

Einbußen im Fachhandel

Köln (dpa/VWD) – Der Umsatz der Einzelhandelsfachgeschäfte in der Bundesrepublik (ohne Warenhäuser, Filialbetriebe, Konsumgenossenschaften) ist im ersten Halbjahr gegenüber den ersten sechs Monaten 1984 um ein Prozent gesunken. Wie die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Köln, berichtete, sind die Umsätze im Tapeten-, Bodenbelag- und Farbenhandel sogar um sieben, im Möbeleinzelhandel, Radio- und Fernseheinzelhandel sowie der Musikfachgeschäfte um vier Prozent gesunken.

Rückzug aus der Rewe

Saarbrücken (DW) – Die Asko Deutsche Kaufhaus AG, Saarbrükken, wird ihre Mitgliedschaft bei der Rewe-Zentralfinanz eG kündigen und die Beteiligung an der Rewe-Zentral AG aufgeben. Dies teilte der Vorstand des Unternehmens gestern mit. Begründet wird dieser Schritt mit den Bedenken, die das Bundeskartellamt gegen die Mitgliedschaft von Umsatzmilliardären in Einkaufskontoren hat.

Britoil-Aktien an Private

London (dpa/VWD) – Eine 49-prozentige Restbeteiligung der britischen Regierung an der Öl- und Erdgasfirma Britoil soll für 449 Mill. Pfund (1,8 Mrd. DM) verkauft werden. Die Wertpapierbank Lazards teilte gestern mit, daß 242,59 Mill. Aktien *zu jeweils 1,85 Pfund (7,46 DM)* veräußert werden sollen. 80 Prozent der zum Verkauf stehenden Aktien sind für britische Investoren reserviert, während der Rest in Europa und Kanada angeboten werden soll. *Mit dem Verkauf der Britoil – 1985* ein Gewinn vor Steuern von 677 Mill. Pfund – zieht London sich aus dem Öl- und Erdgasgeschäft zurück.

Beamte wollen Datenbank

Bonn (HH) – Die Deutsche Steuergewerkschaft hat an die Länderfinanzminister appelliert, auch die Steuerverwaltung an eine steuerrechtliche Datenbank anzuschließen und damit die „Chancengleichheit" wiederherzustellen. Während die Beschäftigten der Steuerverwaltung zum Teil noch nicht einmal Gesetzestexte, Richtlinien und Erlasse in vollem Umfang zur Verfügung hätten, könnten sich Steuerberater über Datenbanken einen Überblick über Rechtsprechung, Literatur und Verwaltungsvorschriften verschaffen.

WASSERWIRTSCHAFT

„Hohe Investitionen haben die Qualität verbessert"

SABINE SCHUCHART, **Bonn**

Die Wassergüte in der Bundesrepublik ist nach Einschätzung der Bundesregierung in den letzten Jahren deutlich besser geworden. Durch die hohen Investitionen in diesen Bereich seien wesentliche Fortschritte bei der *Qualität der Oberflächengewässer* erzielt worden, berichtete der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Georg Gallus, bei der Vorstellung des Jahresberichts der Wasserwirtschaft für 1984.

Bund, Länder und Gemeinden haben für Baumaßnahmen im Bereich des Wasserschutzes im vergangenen Jahr insgesamt 6,93 Mrd. Mark und damit ungefähr so viel ausgegeben wie 1983 (6,85 Mrd. Mark). Schwerpunkt der wasserwirtschaftlichen Maßnahmen waren wieder die Anlagen der öffentlichen Trinkwasserversorgung und die Abwasseranlagen, in die mit 5,31 Mrd. Mark drei Viertel der Investitionen flossen. Allein auf den Bau von Abwasseranlagen entfielen 4,24 Mrd. Mark.

Weitere Impulse zur Verbesserung der Qualität der Oberflächengewässer – *hier habe sich zur Zeit ein* „status-quo" eingependelt –, verspricht sich die Bundesregierung nach Angaben von Gallus von der bevorstehenden Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes. Dabei dringe das Landwirtschaftsministerium auf den verstärkten Ausweis von Wasserschutzgebieten. Zur Zeit stehe der politische Gedanke im Raum, die für die Landwirtschaft daraus entstehenden Nutzungseinschränkungen durch Ausgleichszahlungen abzugelten, sagte Gallus. Über die Finanzierung einer solchen Regelung sei aber noch keine Entscheidung gefallen.

BIZ / Deutsche Kreditinstitute im ersten Quartal die bedeutendsten Kapitalexporteure

Interbankengeschäft stark ausgeweitet

dpa/VWD, **Basel**

Das internationale Bankgeschäft hat sich nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel im ersten Quartal dieses Jahres in ungewöhnlicher Weise entwickelt. Die gesamten Brutto-Auslandsforderungen der Mitgliedsbanken wiesen einen der größten bisher gemeldeten Quartalsanstiege auf. Der Zuwachs beruhte jedoch nicht auf der Nachfrage von Regierungen, Unternehmen oder Privatpersonen. Bei den Endausleihungen wurde nur ein stark abgeschwächtes Wachstum *festgestellt.* Dieser Betrag erhöhte sich lediglich um etwa zehn Milliarden Dollar gegenüber 25 Milliarden im vergleichbaren Vorjahresquartal.

Ausschlaggebend für die um insgesamt 53,1 Milliarden Dollar gestiegenen Forderungen der Banken in den ersten drei Monaten (32,5 Milliarden Dollar im ersten Quartal 1984) war vielmehr eine kräftige Ausweitung des Interbankengeschäfts. Die BIZ nennt als Ursachen für dieses Wachstum die Ausweitung der Bilanzen japanischer Banken zum Ende des Geschäftsjahres im *März* dieses Jahres und umfangreiche Kassengeschäfte zur Abdeckung von Devisentermingeschäften.

Zum ersten Mal seit Erhebung der Daten ist in den ersten drei Monaten ein Rückgang der Kredite an Länder zu verzeichnen, die nicht der BIZ angehören. Die Kredite gingen insgesamt um 2,4 Milliarden Dollar zurück, unter anderem an Schuldner in Osteuropa, an die Opec-Staaten und die Nicht-Opec-Entwicklungsländer. Bei den Forderungen an Nicht-Mitgliedsländer aus der industrialisierten Welt war noch eine geringe Zunahme zu verzeichnen. Die Banken hatten gegenüber osteuropäischen Ländern zum Ende des ersten Quartals Forderungen in Höhe von 47,5 Milliarden Dollar (Vorjahresquartal: 53 Milliarden Dollar) und Verpflichtungen von 19,2 (21,8) Milliarden Dollar.

Die bedeutendsten Kapitalexporteure im ersten Quartal waren die Banken in der Bundesrepublik. Ihre Netto-Gläubigerposition – Forderungen abzüglich Verbindlichkeiten – gegenüber dem Ausland wuchs um 3,3 *Milliarden* Dollar. Andere *große* Nettoforderungen hatten die Banken in der Schweiz mit 1,8 Milliarden Dollar und in den Niederlanden mit 1,2 Milliarden Dollar. China reduzierte innerhalb von sechs Monaten seine Netto-Gläubigerposition um 5,5 Milliarden auf zehn Milliarden Dollar.

Der 1930 gegründeten BIZ gehören alle europäischen Notenbanken, mit Außnahme der Zentralbank der „DDR", der UdSSR und Albaniens sowie die Notenbanken der USA, Japans, Kanadas, Australiens und Südafrikas an.

HELABA / Zweiteilung des Kreditmarktes gespürt

Emissionstätigkeit belebt

lf. Frankfurt

Ein um 5,2 Prozent auf 177,0 Mill. DM verbessertes Betriebsergebnis (einschließlich Eigenhandel) konnte die Hessische Landesbank – Girozentrale – (Helaba), Frankfurt, im ersten Halbjahr 1985 erzielen. Dabei stiegen der Zinsüberschuß (allerdings nur leicht um 0,4 Prozent), die Provisionserträge und Eigenhandelserträge. Die ordentlichen Aufwendungen erhöhten sich geringfügig um 1,8 Prozent auf 166,6 Mill. DM.

Auch wenn das Ergebnis des ersten Halbjahres nicht auf das Gesamtjahr hochgerechnet werden könne, rechnet die Bank mit einem Abschluß, der eine „angemessene Rücklagendotierung und die Zahlung einer Dividende ermöglichen wird". Nach zehn dividendenlosen Jahren war für 1984 die Dividendenzahlung wieder aufgenommen.

Zur Jahresmitte lagen Bilanzsumme und Geschäftsvolumen mit 66,1 und 68,2 Mrd. DM etwas unter dem Stand von Ende 1984 (66,4 und 68,6 Mrd. DM). Das Kreditvolumen (einschließlich Avale und Akkreditive) betrug 49,7 (50,2) Mrd. DM.

Im Kreditgeschäft registriert die Helaba eine „Zweiteilung des Marktes": Im Immobilienkreditgeschäft verstärkte sich die Nachfrage nach Krediten mit festem Zinssatz, während die Firmenkunden auf Grund ihrer guten Liquiditätsausstattung weiter Zurückhaltung übten und Vorfinanzierungen und Betriebsmittelkredite bevorzugten. Der Bestand im langfristigen Kreditgeschäft erhöhte sich geringfügig von 29 auf 29,3 Mrd. DM; dabei nahmen die Kommunaldarlehen um 2,8 Prozent auf 16,3 Mrd. DM zu.

Deutlich belebt hat sich die Emissionstätigkeit. Der Bruttoabsatz eigener Schuldverschreibungen stieg im ersten Halbjahr gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum von 2,8 auf 3,9 Mrd. DM, der Bestand an im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen erhöhte sich von 27,3 auf 28,2 Mrd. DM.

ÖSTERREICH / Kampf gegen ruinösen Wettbewerb im Bankgewerbe – Gesetzesnovellierung

Große Veränderungen im Zinsgefüge

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Bei der österreichischen Bankkundschaft sorgen alle paar Wochen die Ankündigungen über neue Zinssätze für Verwirrung. Schon per 1. Juli wurden die Sätze für Privatkredite um einen halben Punkt auf neun Prozent angehoben. Die über Betriebsräte vermittelten Kredite kosten 8,75 Prozent. Nach wie vor teurer als Privatkredite sind Firmenkredite.

Für große, kapitalmarktfähige Schuldner hat sich zuletzt die seltsame Situation ergeben, daß einerseits die Signale auf Verteuerung der Gelder stehen (Kredite), gleichzeitig aber auch auf Verbilligung – der Anleihezins wurde nämlich um einen Viertelpunkt auf 8 Prozent gesenkt.

Per 19. August folgt nun eine Senkung der Sparzinsen für gebundene Einlagen mit Sondervereinbarung (derzeit zwischen 5,75 und 7,25 Prozent) um einen Viertelprozentpunkt. Im September soll derselbe Schritt nochmals gesetzt werden. Eine beabsichtigte Senkung des Eckzinses (derzeit vier Prozent) scheiterte am Widerstand von Gewerkschaftsbund-Präsident Anton Benya.

Unmittelbar auslösendes Moment für diese markanten Veränderungen im Zinsgefüge waren die von Finanzminister Franz Vranitzky durchgedrückten und im März in Kraft getretenen „freiwilligen" ordnungspolitischen Vereinbarungen mit dem Ziel, den bereits seit Jahren ausufernden Wettbewerb mit ruinösen Konditionen im Bankgewerbe zu beenden.

Mit Wirkung per Mitte 1986 wird die Novellierung von Kreditwesengesetz (KWG) wie auch Sparkassen- und Postsparkassengesetz den Instituten dann endgültig eine höhere Eigenmittelausstattung und damit eine stärkere Beachtung der Erträge aufzwingen. Nach einer angemessenen Übergangsfrist werden die Kreditinstitute ein Eigenkapital von vier Prozent der konsolidierten Bilanzsumme ausweisen müssen. Gegenwärtig sind zwar vier Prozent der Einlagen oder der Verpflichtungen vorgesehen, die Berechnungsbasis ist jedoch durch zahlreiche Ausnahmen reduziert.

Neu definiert wird auch, was als Eigenmittel anzusehen sind. Künftige Kriterien: voll eingezahlt, auf Dauer, am laufenden Verlust beteiligt und nachrangig im Liquidationsfall. Bei der Beschaffung von Eigenmitteln werden Sparkassen- und Raiffeisenkassen dieselben Möglichkeiten eingeräumt wie den Aktienbanken.

Der Finanzminister der Aufsichtsbehörde will mit diesen Maßnahmen erreichen, daß die während der letzten Jahre stark gesunkene Eigenmittelausstattung österreichischer Geldinstitute wieder internationales Niveau erreicht. Nicht zuletzt infolge einer mangelhaften Eigenkapitaldecke wie auch allzu großzügiger Kredit-Obergrenzen kommen immer wieder Aktienbanken, Volksbanken und Sparkassen in Schwierigkeiten und müssen durch staatliche Gelder, sektorale Zuwendungen oder Fusionen aufgefangen werden.

POLEN / Autos werden für den Export gebaut

Differenzen mit Fiat behoben

JOACHIM G. GÖRLICH, Bonn

Die Differenzen zwischen dem italienischen Fiat-Konzern und Polen sind jetzt beigelegt worden. Nachdem Fiat nach 1981 die Lieferung von Ersatzteilen einstellte und der polnischen „Fabrik für Kleinliterwagen" in Bielitz und Tichau (Oberschlesien) wegen Zahlungsschwierigkeiten der Polen untersagte, weiter den Fiat 126 Polski zu produzieren, darf nun der Fiat 126 P ab 31. März 1987 wieder in Lizenz in den beiden polnischen Werken hergestellt werden.

Er soll vollkommen modernisiert und „den Vorschriften westeuropäischer Länder entsprechend" umweltfreundlicher, komfortabler und leistungsfähiger gebaut werden. Zu Beginn der Produktion sollen nur wenige Modelle für den Binnenmarkt freigegeben werden. Den größten Teil des Exportverkaufs wird die Firma Fiat selbst in die Hand nehmen. Damit soll die Rückzahlung des Fünfjahreskredits in Höhe von 50 Mill. Dollar gewährleistet sein. Der Kredit ist vornehmlich für die Modernisierung des Werks in Bielitz zur Verfügung gestellt worden.

Nach den Zwistigkeiten mit Fiat wollte Polen mit den sowjetischen Lada-Werken in Togliattigrad an der Wolga – auch eine Fiat-Lizenz – ins Geschäft kommen. Die Sowjets wollten die in Schwierigkeiten geratenen polnischen Pkw-Werke sanieren. Vereinbart wurde, daß dafür ein Großteil der Produktion als Entgelt in die UdSSR gehen sollte. Doch die Kooperation kam nicht zustande.

1970 begann das polnische Pkw-Werk in Zeran mit der Produktion des Fiat 125 P. Vorher wurden hier der „Warszawa", eine sowjetische „Pobjeda"-Lizenz und der polnische Kleinwagen „Syrena" gebaut. Die Produktion stieg bis auf 351 [illegible] Stück. Die Herstellung des Fiat 126 P begann 1975 mit 31 500 Stück und stieg zuletzt auf 214 000. Der größte Teil ging in den Westexport auf Vermittlung des Turiner Konzerns, der daran auch finanziell beteiligt war.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden †
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

هكذا من الأصل

QUELLE / Heftige öffentliche Kritik hat Folgen

Ertrag wird verschwiegen

DANKWARD SEITZ, München

„Die Quelle bohrt nach neuen Quellen" hatte vor etwas mehr als einem Jahr Hans Dedi, Konzernchef der Fürther Schickedanz-Gruppe, angekündigt. Zumindest eine wichtige Informationsquelle wurde jetzt vollkommen überraschend verschlossen: Schon für das Geschäftsjahr 1984/85 (31. 1.) und künftig wird die Quelle-Unternehmensgruppe keine Ergebniszahlen *mehr veröffentlichen.*

So wollte sich Firmenchefin Grete Schickedanz vor der Presse noch nicht einmal dazu äußern, ob die Tendenz positiv oder negativ gewesen ist, nachdem für 1983/84 noch ein Jahresüberschuß von 70,6 (68,5 nach 110,4) Mill. DM genannt worden war. Diesen fast spektakulären Rückschritt begründete Frau Schickedanz damit, daß in der Vergangenheit immer wieder von den Gewerkschaften bis hin zu Kirchenvertretern unter Hinweis auf die an sich positive Ertragslage heftige Kritik an notwendigen Umstrukturierungs- und Personalmaßnahmen geübt worden sei.

„Nur aus diesem Grunde" werde Quelle nun keine Ertragszahlen mehr *veröffentlichen. Bemerkenswert ist* allerdings, daß Dedi noch im Februar angedeutet hatte, daß Quelle zwar schwarze Zahlen schreiben wird, aber nicht an das Ergebnis von 1984 herangekommen sein dürfte. So werden jetzt im Anhang zur Bilanz der Gustav Schickedanz KG nur noch die Erträge aus Beteiligungen von 1,9 (7,1) Mill. DM und der Umsatz von 5,38 (5,42 nach 5,55) Mrd. DM ausgewiesen.

Den Rückgang von 0,7 Prozent führte Frau Schickedanz auf die Ausgliederung eines Betriebsteils (Möbel Hess) und eine Ausweisänderung zurück. Ohne diese Maßnahmen wäre der Umsatz um 1,8 Prozent auf knapp 5,49 Mrd. DM gestiegen. Die gesamte Handelsgruppe kam im Kalenderjahr *1984 den Angaben zufolge auf einen* Umsatz von 8,83 (8,59) Mrd. DM. Dazu trugen Quelle Deutschland 7,0 (6,86) Mrd. DM, die Auslandstöchter 1,18 (1,16) Mrd. DM sowie Schöpflin/Möbel Hess 651 (577) Mill. DM bei.

Als „wenig erfreulich" bezeichnete Frau Schickedanz die Situation des Einzelhandels im ersten Halbjahr 1985. Dabei könne es kein Trost sein, daß man mit einem Umsatzrückgang von 2,9 Prozent noch besser abgeschnitten habe als die Mitbewerber. Bei voraussichtlich besserem zweiten Halbjahr hoffe man, „knapp an die Null-Grenze" heranzukommen.

Zur Verbesserung der Ertragsseite wurden dabei in den letzten Monaten erhebliche Anstrengungen auf der Kostenseite unternommen, zumal der harte Konkurrenzdruck dazu gezwungen habe, das generelle Preisniveau des neuen 1060 Seiten umfassenden Herbst/Winter-Katalogs 1985/86 praktisch unverändert zu halten. Mit „Hochdruck" werde auch an neuen Kundenstrategien gearbeitet. Die „Stärken von Quelle" seien noch längst nicht erschöpft. Dazu gehört nicht nur der Ausbau des Warengeschäfts, sondern auch der Finanzdienstleistungen.

PETER TEMMING / In den nächsten fünf Jahren stehen hohe Investitionen von 120 Millionen Mark an

Nach der Sanierung im Herbst an die Börse

JAN BRECH, Hamburg

Die Peter Temming AG, Glückstadt, die zu den namhaften Herstellern von Spezialpapieren und Linters gehört, wird im Herbst an die Börse gehen. Nach Angaben von Hans-Ulrich Heininger, der als Vorstandsmitglied bei Temming ausscheidet und Geschäftsführer bei der Papierfabrik Gessner & Co. GmbH, Bruckmühl, wird, sollen 5,25 Mill. DM stimmrechtslose Vorzugsaktien über die Hamburger Börse plaziert werden. Das Grundkapital von Temming, an dem die Firma Steinbeis & Consorten, Brannenburg, mit mehr als 30 Prozent und zahlreiche Mitglieder der Familie Temming beteiligt sind, erhöht sich damit auf 18 Mill. DM. Mit Steinbeis bildet Temming seit 1984 einen Gleichordnungskonzern.

Über die Ausstattung der neuen Aktien sowie über den genauen Zeitpunkt der Einführung macht Heininger noch keine Angaben. Der Preis der 50-DM-Aktie dürfte aber nicht unter 200 DM liegen. Auch läßt der Vorstand Fragen nach dem Gewinn pro Aktie oder dem Cash-flow unbeantwortet. Darüber wird näheres erst in dem Börsenprospekt zu erfahren sein. Die Plazierung der Aktien übernimmt ein Bankenkonsortium unter der Führung der Schles*wig-holsteinischen Landesbank.*

Den Schritt an die Börse begründet der Vorstand, dem künftig Klaus Weishaupt, Michael Steinbeis und Gerhard Wanko angehören werden, einmal mit der nachhaltig geglückten Sanierung der Temming AG. Das Unternehmen hatte 1982 nach 8 Jahren Abstinenz zum ersten Mal wieder eine Dividende ausgeschüttet und den Satz 1983 und 1984 jeweils erhöht. Die für 1984 gezahlten 10 Prozent dürften auch in diesem Jahr erreicht werden. Zum anderen, so Heininger, sehe man über die Börse den besten Weg, die notwendige Verbreiterung der Kapitalbasis zu verwirklichen. Zur Absicherung der Zukunft müsse Temming in den nächsten 5 Jahren immerhin 120 Mill. DM investieren.

Den Aufbruch zu neuen Ufern hält Heininger für möglich, weil Temming die schweren Hypotheken der Vergangenheit endgültig getilgt hat. Die Bilanz- und Finanzstruktur ist bereinigt, die Pensionsverpflichtungen sind voll passiviert. Die Rendite bewegt sich nach eigenen Angaben auf einem branchenüblichen Niveau von *3 bis 5 Prozent.*

Außerdem steht Temming auf zwei festen Produktionsbeinen. An dem im vergangenen Jahr um 43 Prozent auf 208 Mill. DM gestiegenen Umsatz ist die Papierfabrik mit 40 Prozent beteiligt. Das Programm umfaßt in erster Linie EDV-Tabellenpapiere auf der Herstellbasis von Recycling sowie grafische Papiere. Die Kapazität beträgt zur Zeit rund 60 000 t pro Jahr.

Gut 65 Prozent steuert der ertragsstärkere Bereich Linters bei. Die bedeutende Rolle, die Temming als Anbieter von Linters spielt, verdeutlicht Heininger mit dem Wortspiel: „Temming hat zwar eine Papierfabrik, ist aber keine Papierfabrik." Bei Linters verfügt das Unternehmen nach eigenen Angaben in Europa über einen Marktanteil von 40 Prozent und weltweit von 20 bis 25 Prozent. Von den jährlich produzierten 32 000 t, eine Menge, die Temming zum drittgrößten Lintershersteller der Welt macht, gehen 75 Prozent in den Export. Drei Viertel des Geschäfts wird mit der chemischen Großindustrie, ein Viertel mit Herstellern von Spezialpapieren abgewickelt. Linters wird vor allem für die Produktion von Banknoten, Wertpapieren und Kunstpapieren verwendet.

Von den geplanten 120 Mill. DM Investitionen fließen nach Angaben von Heininger jeweils die Hälfte in den Bereich Linters und in die Papierfabrik. In der Papierfabrik soll eine neue große Maschine installiert, dafür zwei kleinere abgestellt werden. Die Kapazität steigt auf etwa 80 000 t, wobei im Endstadium der Anteil von Recycling-Papier 65 000 t erreichen wird.

Die Entwicklung in diesem Jahr wird vom Vorstand als unverändert günstig beurteilt. Nach dem Glanzjahr 1984 erwartet Temming einen Umsatz von rund 200 Mill. DM und ein unverändertes Ergebnis. Auch neue Rückschläge in der Papierindustrie könne das Unternehmen nach der Restrukturierung nunmehr verkraften, erklärt Heininger.

HYPO-BANK

Ertragslage verbessert

DANKWARD SEITZ, München

Zuversichtlich ist die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, die für 1985 gesteckten Ziele erreichen zu können. Dies auch vor dem Hintergrund, daß die Risikovorsorge im Kreditgeschäft dem Institut insgesamt weniger abfordern wird als 1984. Diese Erwartungen leitet der Vorstand, wie es im Aktionärsbrief heißt, nicht aus der bisherigen Entwicklung der Risiken im Inlandsgeschäft ab, sondern aus einer im ganzen günstigeren Beurteilung des Gesamtkomplexes der Länderrisiken.

In den ersten sechs Monaten 1985 erreichte die Bank den Angaben zufolge ein Teilbetriebsergebnis von 385,3 Mill. DM. Gegenüber sechs Zwölfteln von 1984 entspricht dies einer Steigerung um 1,6 Prozent. Der Zinsüberschuß nahm um 2,8 Prozent auf 781 Mill. DM zu. Im Bankgeschäft wird dies auf eine etwas über dem Durchschnitt des Vorjahres liegende Zinsmarge zurückgeführt, während sie im Hypothekengeschäft leicht rückläufig war. Hier sei aber dieses Minus durch eine deutliche Volumensteigerung mehr als ausgeglichen worden. Der Provisionsüberschuß verbesserte sich um 25 Prozent auf 131,1 Mill. DM. Dem um 5,5 Prozent auf 912 Mill. DM erhöhten Zins- und Provisionsüberschuß steht ein um 8,5 Prozent auf 526,7 Mill. DM gestiegener Verwaltungsaufwand gegenüber.

Die Bilanzsumme des Instituts nahm seit Jahresanfang um 1,5 Prozent auf 71,3 Mrd. DM zu und im Konzern um 2,1 Prozent auf 107,3 Mrd. DM. Dabei sank das Kreditvolumen im Bankgeschäft um 2,6 Prozent auf *23,7 Mrd. DM. Im Hypothekengeschäft* wurden 2,1 Mrd. DM (plus 44 Prozent gegenüber Ende Juni 1984) an Hypothekendarlehen zugesagt und 1,3 (0,5) Mrd. DM Kommunaldarlehen. Nach Auszahlung von insgesamt 3,3 Mrd. DM und Tilgungen von 1,1 Mrd. DM erhöhte sich der Darlehensbestand gegenüber Ende 1984 um über 7 Prozent auf 32,5 Mrd. DM. Auf der Passivseite verminderten sich die Kundeneinlagen um 6,8 Prozent auf 23,3 Mrd. DM, wobei die Spareinlagen *noch leicht um 0,8* Prozent auf 8,7 Mrd. DM stiegen.

Ausbauauftrag für Magnetbahn-Test

J. G. Düsseldorf

Als Generalunternehmer hat der Thyssen-Konzernbetrieb Henschel in Kassel vom Bundesforschungsministerium den 150 Mill. DM teuren Auftrag erhalten, die 10,6 km lange Südschleife der Magnetbahn-Versuchsstrecke im Emsland zu bauen. Die *„TVE-Transrapid Versuchsanlage* Emsland" wird mit Vollendung dieses Bauabschnitts ab Anfang 1987 einen Kurs von 31,5 km Länge haben und die Dauererprobung „personentragender Magnetbahnfahrzeuge" mit Geschwindigkeiten von über 400 Stundenkilometern fortsetzen.

Schon jetzt, betont Thyssen Henschel, habe die Emsland-Magnetbahn den Nachweis als schnelles, komfortables und umweltfreundliches Verkehrssystem erbracht. Die vom Bun*desverkehrsministerium geplante* Aufnahme in den Verkehrswegeplan '85 könnte die Grundlage für den Bau einer Verkehrsstrecke werden. Das würde die Exportchancen dieser Bahntechnologie, bei der Deutschland „international die Spitzenstellung" habe, weiter verbessern.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Iran-Auftrag für Krupp

Düsseldorf (J. G.) – Einen weiteren, 38 Mill. DM teuren Auftrag für den Bau von fünf Meerwasser-Entsalzungsanlagen zur Trinkwasserversorgung der Golfstadt Chabahar hat die Krupp Industrietechnik GmbH, Werk Grevenbroich, aus Iran erhalten. Für den persischen *Miteigentümer* des Krupp-Konzerns hat das Unternehmen schon über 40 solcher Anlagen mit 180 Mill. DM Gesamtwert gebaut.

Bosch strafft in Spanien

***Stuttgart** (nl.) – Bosch hat seine* beiden spanischen Gesellschaften, nämlich die Femsa und die Robert Bosch Espanola S. A., zu einer neuen Gesellschaft unter dem Namen Fabrica Espanola Magnetos S. A. (Femsa) zusammengeschlossen. Diese beschäftigt etwa 5500 Mitarbeiter in 11 spanischen Fertigungsstätten. Die Fusion ist Teil eines umfassenden Umstrukturierungsprogramms. *Bosch hat hier im Zeitraum 1981 bis* 1985 zur Verlustabdeckung und zur Finanzierung von Investitionen rund 250 Mill. DM zugeführt.

Anschluß bei Hofbräu

***Stuttgart** (nl.) – Die Stuttgarter* Hofbräu AG hat zwei kleinere Brauereien, die Löwenbrauerei Schorndorf GmbH & Co. und die Fortuna Brauerei Franz Metzger, Villingen, übernommen. Die Kunden beider Brauereien werden nun von Stuttgarter Hofbräu beliefert und betreut.

Trapp-Übernahme

Brüssel (AFP) – Die Europäische Kommission hat der Thyssen Sonnenberg in Duisburg die Genehmigung zur völligen Übernahme der Gesellschaft Walter Trapp, Frankfurt, erteilt. Dies wurde aus EG-Kreisen bekannt. Thyssen Sonnenberg und Trapp halten zusammen 27 Prozent des deutschen und 8 Prozent des europäischen Alteisenmarktes. Die EG-Kommission vertrat die Ansicht, daß die Fusion den Preiswettbewerb nicht beeinträchtigt.

Leonberger im Aufwind

Stuttgart (nl.) – Die Leonberger Bausparkasse schloß im ersten Halbjahr 1985 knapp 48 100 Neuverträge (plus 19,2 Prozent) über eine Bausparsumme von 1,32 Mrd. DM *(plus 7,9 Prozent) ab. Die* Baugeldauszahlungen stiegen um 4 Prozent auf 1,16 Mrd. DM. Rückläufig ist dagegen der Geldeingang, der um 4,8 Prozent auf 827 Mill. DM abnahm. Die Sparleistungen fielen dabei um 13,5 Prozent auf 405 Mill. DM zurück, während die Tilgungen um 6 Prozent auf 422 Mill. DM wuchsen.

MANN & HUMMEL / Befriedigender Auftragseingang

Besseres Ergebnis gefiltert

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Mit einer Steigerung von Produktion, Beschäftigung und Umsatz rechnet die Filterwerk Mann & Hummel GmbH, Ludwigsburg, im laufenden Geschäftsjahr 1985 und begründet dies als wichtiger Zulieferant für die Autoindustrie mit den guten Exportverhältnissen in der Abnehmerbranche, wodurch die inländische Produktion weiter abgestützt werde.

Trotz des Arbeitskampfes in der Metallindustrie im vergangenen Jahr *steigerte Mann & Hummel im* Geschäftsjahr 1984 den Umsatz um 9,4 Prozent auf 591 Mill. DM. Einschließlich Beteiligungsgesellschaften oder Tochterunternehmen in Südamerika, Spanien und Österreich vergrößerte sich der Außenumsatz der Firmengruppe um 12,4 Prozent auf 741 Mill. DM. Vom Gesamtumsatz der Gruppe wurden 21,5 (19,5) Prozent im Ausland produziert und 48,5 (45) Prozent direkt auf den Auslandsmärkten abgesetzt.

Der Auftragseingang sei das ganze Jahr über insgesamt befriedigend gewesen, wobei das Wachstum großenteils vom Export gekommen sei. Am Jahresende habe der Auftragsbestand knapp vier Monatsproduktionen abgedeckt. Das Betriebsergebnis sei besser als im Vorjahr ausgefallen. Der Jahresüberschuß erhöhte sich auf 13,7 (10) Mill. DM. Nach Einstellung von 8 (5,5) Mill. DM in die Rücklagen ist auf das Stammkapital von 56 Mill. DM eine Dividende von 10 (8) Prozent ausgeschüttet worden. Gesellschafter sind zu gleichen Teilen die Familien Mann und Hummel.

Investiert wurden 1984 beim Stammhaus in Sachanlagen 31 (28) Mill. DM und abgeschrieben 25,3 (25) Mill. DM. Das Unternehmen, das in der Gruppe 7062 (6606) Mitarbeiter beschäftigt, arbeitet mit einer Eigenkapitalquote von guten 32 Prozent.

NAMEN

Dr. Theodor Paul, Präsident des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V., Düsseldorf, vollendet heute sein 60. Lebensjahr.

Dr. **Norbert Winter**, Ressortchef Außendienstorganisation und Vertrieb der Nürnberger Versicherungen, ist zum ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt worden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arnsberg: Josef Brumberg, Sundern-Westenfeld; **Bonn:** HOTI PARTNER Bauges. mbH; **Dannenberg:** Gartower Innenausbau GmbH, Gartow; **Detmold:** Walbrodt-Bauträger-GmbH, Leopoldshöhe; **Düsseldorf:** Klaus Oesinghaus; Walter *Münch, Transportunternehmer;* **Gütersloh:** Heinz Rodejohann, Kaufmann, Wheda-Wiedenbrück; **Memmingen:** Mönch Fleischwaren GmbH; **Wuppertal:** Ingo Romagno, Wülfrath.

AUTOMOBILE / Die „Fünf" aus Japan werden schon bald in den USA produzieren

Gute Absatzquelle soll weiter sprudeln

H.-A. SIEBERT, Washington

Es wird nicht mehr lange dauern, dann montieren die Japaner in den USA eine Million Autos. Das ist eine bemerkenswerte Entwicklung, wenn man bedenkt, daß auch der dort gebaute Golf auf amerikanischen Straßen kaum läuft und Volkswagen sich eines Tages überlegen muß, ob nach Sterling Heights nicht auch das Werk in Westmoreland, Pennsylvania, verkauft werden soll. Die Importe dagegen spülen zur Zeit hohe Gewinne in die Kassen der US-Tochter. Dies aber nur solange, wie der Dollar überbe*wertet bleibt. Westmoreland ist ein* gewaltiges Zuschußgeschäft.

Die Entscheidung der Toyota Motor Corp., im amerikanischen Mittelwesten eigene Autos zu montieren, war überfällig. Bisher konnte sich der größte japanische Automobilkonzern, der im vergangenen Jahr weltweit 23 Mrd. Dollar umsetzte, nur zu einem Joint Venture mit General Motors in Fremont, Kalifornien, durchringen, wo 200 000 Novas für Chevrolet und 50 000 Toyota-Wagen jährlich vom Band laufen sollen. Die Endphase wird 1988 erreicht sein. An der New United Motor Manufacturing Inc., „Nummi" genannt, sind „GM" und Toyota je zur Hälfte beteiligt.

Die Japaner stellen jedoch eine einfache Rechnung auf: Auch nach dem Auslaufen der vierjährigen Lieferbeschränkungen hängt über ihnen stets die Quoten-Drohung – entweder in Form eigener Exportrestriktionen oder von Washington errichteter Schranken. Nach 1,9 werden Nippons Autoproduzenten in diesem Jahr 2,3 Mill. Wagen über den Pazifik schikken. Das Absatzpotential liegt aber *erheblich höher.*

Toyota wagt wie die anderen japanischen Hersteller den Schritt, obwohl die Kosten in den USA um etwa 2000 Dollar je Wagen höher liegen. Aber das Unternehmen verkaufte im vergangenen Jahr 558 000 Personenkraftwagen und Kleinlaster in Amerika und möchte sich die größte Einnahmequelle nicht verschütten. Die kleinere Honda Motor Co. setzte 1984 auf dem US-Markt 508 000 Autos ab und droht Toyota zu überholen.

Ende dieser Dekade werden die fünf größten japanischen Autofirmen in den USA über Montagekapazitäten verfügen, die sich auf mehr als 1,4 Mill. Autos im Jahr addieren. Eine Bestandsaufnahme ergibt dieses Bild, wobei Honda und Nissan Motor Co. schon vor einigen Jahren den Sprung in die amerikanische Eigenproduktion getan haben:

Toyota: Der genaue Standort steht noch nicht fest, aber das erste eigene US-Werk soll 1988 betriebsbereit sein. Ausgelegt wird es für eine Jahresproduktion von 200 000 Wagen des Typs Camry mit vierzylindrigem Zwei-Liter-Motor. Ein zweites Werk ist in Kanada geplant, wo jährlich 50 000 Mittelklassewagen aus japanischen Teilen *montiert werden.*

Toyota-„GM": Die Produktion in Fremont begann im Dezember; 1985 beträgt der Ausstoß 30 000, bis 1988 steigt er auf 250 000.

Honda: In Marysville, Ohio, läuft der Accord vom Band. Das Werk hat eine Kapazität von 146 000 Wagen; bis 1988 wird sie auf 300 000 ausgeweitet. 1984 wurden in Maryville 125 000 Ac*cord gebaut, 1985 werden es ebenso*viele sein. Im selben Werk montiert Honda jährlich 60 000 Motorräder.

Nissan: In Smyrna, Tennessee, baut der Konzern in diesem Jahr die ersten 55 000 (Jahreskapazität: 115 000) Sentras, ein Mittelklassewagen, und 123 000 Kleinlaster; 1984 wurden 100 500 Kleinlaster montiert. Für 1987 sind 100 000 Pkw und 140 000 Kleinlaster geplant.

Mazda: 1987 beginnt die Produktion des Mazda 626 in Flat Rock, Michigan. Die Kapazität ist auf 240 000 Wagen im Jahr ausgelegt, wovon die Hälfte von Ford vermarktet wird, die mit 25 Prozent an der Mazda Motor Corp. beteiligt ist.

Mitsubishi-Chrysler: Im Frühjahr vereinbarten die beiden Unternehmen die Gründung eines Joint Venture. Von 1988 an werden jährlich 200 000 Kleinwagen hergestellt.

In Gesprächen geben Japaner zu, daß die Ansiedlung in den USA nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Gründe hat. Dazu gehört der riesige japanische Überschuß im Handel mit Amerika, der 1985 auf mehr als 45 Mrd. Dollar steigt und den protektionistischen Druck im Kongreß noch verstärken wird. Dennoch ist auch die Produktion auf amerikanischem Boden kein Honigschlecken: Die Japaner werden mit immer höheren Prozentsätzen für US-Teile konfrontiert, die in die Wagen einzubauen sind. Vermutlich wird Toyota nur die Motoren und Getriebe aus Japan liefern.

NWK

NORDWESTDEUTSCHE KRAFTWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, HAMBURG

EIN UNTERNEHMEN DER VEBA

Bilanz zum 31. Dezember 1984

AKTIVA	Stand am 1. 1. 1984 DM	Zugänge DM	Abgänge DM	Umbuchungen Zugänge DM	Umbuchungen Abgänge DM	Abschreibungen DM	Stand am 31. 12. 1984 DM
I. Anlagevermögen							
A. Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte							
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte *mit Geschäfts-*, Fabrik- und anderen Bauten							
Grundstücke	61 719 055	436 103	670 047	98 814	—	—	61 583 925
Bauten	383 828 358	5 412 397	105 851	7 479 374	—	—	396 614 278
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten							
Grundstücke	2 743 163	13 000	82 294	—	—	—	2 673 869
Bauten	22 722 299	—	899 038	—	—	—	21 833 261
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	16 189 712	5 117 737	682 747	226 618	—	—	20 851 320
4. Bauten auf fremden Grundstücken	19 892 537	478 608	14 396	—	—	—	20 356 749
5. Maschinen und maschinelle Anlagen							
Strom- und Fernwärmeerzeugungsanlagen	1 688 540 336	744 036	21 384 373	374 944	34 427 153	—	1 633 847 790
Strom- und Fernwärmeverteilungsanlagen	1 606 054 690	68 323 432	1 742 466	67 496 979	—	—	1 740 132 635
6. Betriebs- und Geschäftsausstattung	14 618 815	4 746 278	78 890	—	—	6 393 716	12 892 487
7. Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen	58 860 142	51 958 020	633 429	—	41 249 576	—	68 935 157
8. Konzessionen	1	—	—	—	—	—	1
9. Bergwerksgerechtsame	1	—	—	—	—	—	1
	3 875 169 109	137 229 611	26 293 531	75 676 729	75 676 729	6 393 716	3 979 711 473
B. Finanzanlagen							
1. Beteiligungen	708 643 358	61 341 755	27 124 931	—	—	750	742 859 427
2. Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren (davon durch Grundpfandrechte gesichert: *DM 3 607 874)*	11 291 077	649 037	300 518	—	—	350 344	11 289 252
	719 934 430	61 990 792	27 425 449	—	—	351 094	754 148 679
	4 595 103 539	199 220 403	53 718 980	75 676 729	75 676 729	6 744 810	4 733 860 152
II. Kernbrennelemente							
1. Fertige Kernbrennelemente	99 582 723	*1 128 900*	—	5 009 128	—	41 937 722	63 783 029
2. Kernbrennelemente in Fertigung und Anzahlungen auf Kernbrennelemente	67 049 725	29 600 679	7 937 218	—	5 009 128	3 955 000	79 749 058
	166 632 448	30 729 579	7 937 218	5 009 128	5 009 128	45 892 722	143 532 087

	DM	DM	DM
III. Umlaufvermögen			
A. Vorräte			
1. Brennstoffe		200 640 210	
2. Sonstige Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		19 072 605	219 712 815
B. Andere Gegenstände des Umlaufvermögens			
1. Geleistete Anzahlungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr: DM 17 718 750; per 31. 12. 83 DM 70 990 907)		20 586 156	
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr: DM –)		*225 466 922*	
3. Schecks		—	
4. Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben		106 746	
5. Guthaben bei Kreditinstituten		172 249	
6. Wertpapiere		—	
7. Forderungen an verbundene Unternehmen (davon aus Lieferungen und Leistungen: DM 67 834 971; per 31. 12. 83 DM 83 149 196)		483 283 031	
8. Forderungen aus Krediten, die unter § 89 AktG fallen (davon Forderungen gemäß § 89 Abs. 4 AktG: DM 331 230 907; per 31. 12. 83 DM 433 926 440)		331 376 305	
9. Rückdeckungsanspruch an die Versorgungskasse Preußische Elektrizitätswerke VVaG, Hannover	386 846 771		
abzüglich erhaltene Vorauszahlungen	270 500 000	116 346 771	
10. Sonstige Vermögensgegenstände (davon Forderungen gegenüber Versorgungskasse Preußische Elektrizitätswerke VVaG, Hannover: DM 10 876 707; per 31. 12. 83 DM 6 269 960)		90 601 768	1 267 919 948
IV. Rechnungsabgrenzungsposten			7 436 000
			6 372 461 002

PASSIVA	DM	DM	Stand am 31. 12. 1984 DM
I. Grundkapital			
1. Stammaktien		320 000 000	
2. Vorzugsaktien ohne Stimmrecht		160 000 000	480 000 000
II. Offene Rücklagen			
1. Gesetzliche Rücklage		304 646 692	
2. Andere Rücklagen			
Rücklage für Anlagenerhaltung			
Stand am 1. 1. 1984	154 810 024		
Einstellung aus dem Jahresüberschuß des Geschäftsjahres	10 000 000	164 810 024	
Rücklage für unvorhersehbare Schadensfälle			
Stand am 1. 1. 1984	38 000 000		
Einstellung aus dem Jahresüberschuß des Geschäftsjahres	—	38 000 000	
Sonstige Rücklagen			
Stand am 1. 1. 1984	202 272 500		
Einstellung aus dem Jahresüberschuß des Geschäftsjahres	10 000 000	212 272 500	719 729 216
III. Sonderposten mit Rücklageanteil			
1. gemäß § 6 b Abs. 3 EStG		—	
2. gemäß § 52 Abs. 5 EStG		11 159 709	11 159 709

IV. Wertberichtigungen	Stand am 1. 1. 1984 DM	Zuweisungen DM	Abgänge DM	Umbuchungen Zugänge DM	Umbuchungen Abgänge DM	Stand am 31. 12. 1984 DM	Stand am 31. 12. 1984 DM
Sachanlagen							
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Fabrik- und anderen Bauten							
Grundstücke	2 090 716	—	—	—	—	2 090 716	
Bauten	215 992 719	24 570 003	69 994	2 522	—	240 495 250	
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten							
Grundstücke	139 066	—	—	—	—	139 066	
Bauten	9 840 771	520 844	517 907	—	—	9 843 708	
3. Grundstücke ohne Bauten	54 524	1 204 403	—	—	—	1 258 927	
4. Bauten auf fremden Grundstücken	4 762 224	2 734 340	2 519	—	—	7 494 045	
5. Maschinen und maschinelle Anlagen							
Strom- und Fernwärmeerzeugungsanlagen	1 474 049 889	63 039 431	16 487 273	34 954	9 042 036	1 511 594 965	
Strom- und Fernwärmeverteilungsanlagen	984 842 218	94 770 479	1 525 087	9 004 560	—	1 087 092 170	
6. Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen	—	9 762 980	—	—	—	9 762 980	
	2 691 772 127	196 602 480	18 602 790	9 042 036	9 042 036		2 869 771 827

	DM	DM	DM
V. Rückstellungen			
1. Pensionsrückstellungen		368 054 745	
2. Rückstellungen für Entsorgung im Kernenergiebereich	400 638 969		
abzüglich geleistete Anzahlungen	63 753 928	336 885 041	
3. Andere Rückstellungen		351 159 363	1 056 099 149
VI. Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren			
1. Anleihen			
6% DM-Anleihe 1961		2 000 000	
6% DM-Anleihe 1962		7 500 000	
(davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM —)		*9 500 000*	
2. Darlehnsverbindlichkeiten			
gegenüber Kreditinstituten		161 703 214	
Versorgungskasse Preußische Elektrizitätswerke VVaG, Hannover		2 000 000	
Sonstige		161 143 375	
(davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM —)		324 846 589	
3. Sonstige Verbindlichkeiten (davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM —)		1 983 686	336 330 275
Von 1 bis 3 sind vor Ablauf von 4 Jahren fällig: DM 234 255 045			
VII. Andere Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		198 179 486	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		123 844 784	
3. Erhaltene Anzahlungen		32 000	
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (davon aus Lieferungen und Leistungen: DM 36 024 761; per 31. 12. 83 DM 50 401 474)		372 191 167	
5. Sonstige Verbindlichkeiten		63 286 491	757 533 928
VIII. Rechnungsabgrenzungsposten			69 797 185
IX. Bilanzgewinn			72 039 713
			6 372 461 002

Verbindlichkeiten aus Bürgschaften für verbundene Unternehmen DM 15 393 133

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 1984 bis 31. Dezember 1984

		DM	DM
1. Umsatzerlöse		2 897 647 445	
abzüglich Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz		9 771 554	2 887 875 891
2. Aktivierte Eigenleistungen			3 107 157
3. Gesamtleistung			2 890 983 048
4. Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe sowie f. bezog. Waren (einschl. Kernbrennelemente)			2 194 456 933
5. Rohertrag			696 526 115
6. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		21 647 827	
7. Erträge aus Beteiligungen		37 441 467	
8. Erträge aus den anderen Finanzanlagen		144 659	
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		3 066 777	
10. Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		985 077	
11. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		5 944 158	
12. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		2 482 256	
13. Sonstige Erträge (davon *außerordentliche* DM 26 137 431)		270 374 015	342 086 236
			1 038 612 351
14. Löhne und Gehälter		223 950 154	
15. Soziale Abgaben		33 231 621	
16. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		*37 332 770*	
17. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte		202 996 196	
18. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Finanzanlagen		351 094	
19. Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens außer Vorräten		11 250 990	
20. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		2 291 519	
21. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		53 157 692	
22. Steuern			
a) vom *Einkommen*, vom Ertrag und vom Vermögen	60 882 986		
davon an Organgesellschaften weiterbelastet	1 679 200		
	59 203 786		
b) sonstige	281 902		
davon an Organgesellschaften weiterbelastet	766		
	281 136	59 484 922	
23. Aufwendungen aus Verlustübernahme		79 515 963	
24. Sonstige Aufwendungen		243 053 552	946 616 473
25. Jahresüberschuß			91 995 878
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			43 835
			92 039 713
27. Einstellung aus dem Jahresüberschuß in andere Rücklagen			20 000 000
			72 039 713
28. noch nicht verteilter Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1982/83			—
29. Bilanzgewinn			72 039 713

Vom 01. 01. bis 31. 12. 1984 geleistete Pensionszahlungen DM 13 839 577. Voraussichtliche Pensionszahlungen in den folgenden Geschäftsjahren in Prozentsätzen, bezogen auf den vorgenannten Betrag: 1985 109%; 1986 118%; 1987 129%; 1988 140%; 1989 153%.

Hamburg, den 29. März 1985

NORDWESTDEUTSCHE KRAFTWERKE AKTIENGESELLSCHAFT

Dr. Krämer Hartmann Müller Cramer

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

Hamburg, den 11. April 1985

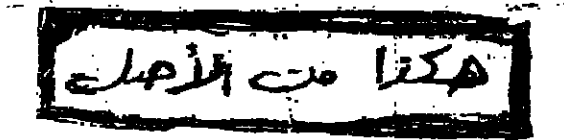
TREUARBEIT AKTIENGESELLSCHAFT WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT

Dr. Schlüter, Wirtschaftsprüfer — Weise, Wirtschaftsprüfer

In der Hauptversammlung am Montag, dem 29. Juli 1985, wurde beschlossen, für das Geschäftsjahr 1984 aus dem sich unter Einschluß des Gewinnvortrages von DM 43 853 ergebenden Bilanzgewinn von *DM 72 039 713* an die Aktionäre DM 72 000 000, d. h. eine Dividende von DM 7,50 je Aktie im Nennwert von DM 50, mithin 15 % auf das nom. DM 480 000 000 betragende dividendenberechtigte *Grundkapital* auszuschütten.
Der verbleibende Restbetrag von DM 39 713 ist auf neue Rechnung vorzutragen.
Die Auszahlung der Dividende abzüglich 25 % Kapitalertragsteuer erfolgt ab sofort gegen Abgabe der Dividendenscheine
Nr. 39 zu den stimmrechtlosen Vorzugsaktien
Nr. 40 zu den Stammaktien
Zahlstellen sind folgende Banken sowie deren Niederlassungen:
Hamburgische Landesbank – Girozentrale
Deutsche Bank AG
Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Berliner Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Bremer Bank
Bremer Landesbank, Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale
Commerzbank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Deutsche Bank Saar AG
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Landesbank Schleswig-Holstein – Girozentrale
Bankhaus Maffei & Co GmbH
Norddeutsche Landesbank – Girozentrale
Vereins- und Westbank AG
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co
Westfalenbank AG
sowie
Schweizerischer Bankverein, Basel

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat: Rudolf v. Bennigsen-Foerder, Düsseldorf, Vorstandsvorsitzender der VEBA Aktiengesellschaft, Bonn und Berlin, Vorsitzender; Paul Zioto, Bremen, Maschinist, stellv. Vorsitzender; Gerhard W. Bülow, Hamburg, Rechtsanwalt, Landesgeschäftsführer der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V. Hamburg und Schleswig-Holstein; Klaus-Berti Dietrich, Stadland, Elektrotechniker; Dr. jur. Friedhelm Gieske, Essen, Vorstandsmitglied der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen; Gottfried Hecht, Winnenden, Geschäftsführer der Hauptabteilung Energie- und Wasserversorgung beim Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV, Stuttgart; Krino Hedemann, Wiesmoor, Schaltwärter; Professor Dr. phil. Johann D. Hellwege, Hannover, Staatssekretär des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr, Hannover; Dr. rer. pol. Hartmut Hoffmann, Hannover, Vorstandsmitglied der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover; Wilhelm Hubrich, Berne, Vorsitzender des Bezirks Weser-Ems der Gewerkschaft ÖTV, Bremen; Dipl.-Ing. Erhard Keltsch, Hamburg, ehem. Vorstandsmitglied der Nordwestdeutschen Kraftwerke Aktiengesellschaft, Hamburg; Dr. rer. pol. Gerd Keussen, Preetz, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Kiel (ab 29. 5. 1984); Gerhard Kittel, Lübeck, Schlosser; Hans Nebel, Heikendorf, Staatssekretär a. D. (bis 29. 5. 1984); Horst Pantel, Deinste, Schweißer; Dr.-Ing. Ulrich Segatz, Gehrden, ehem. Vorsitzender des Vorstands der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover; Alfred Soltwisch, Hannover, Vorstandsmitglied der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover; Dipl.-Ing. Walter Suchanek, Hannover, Vorstandsmitglied der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover; Dipl.-Ing. Wolfgang Taube, Seevetal, Leiter der Lastverteilungs- und Netzkommandostelle; Wilhelm Vagts, Raisdorf, Stellvertretender Vorsitzender des Bezirks Nord-West der Gewerkschaft ÖTV, Kiel; Heinrich Voss, Hinte, Schlosser;
Vorstand: Dr. rer. nat. Hermann Krämer, Seevetal, Sprecher des Vorstands; Ulrich Hartmann, Hamburg; Klaus H. Müller, Hamburg; Dipl.-Ing. Heinz Cramer, Hamburg (stellv.).



Aktien weiter unter Druck

Aber auf ermäßigter Basis aufkommende Kaufneigung

DW. – An der Dienstagbörse setzte sich die Abwärtsbewegung auf dem deutschen Aktienmarkt fort. Für die anhaltenden Abgaben wird weiterhin der Dollarrückgang verantwortlich gemacht, auch wenn sich die US-Währung am Dienstag behaupten konnte. Auf ermäßigter Kursbasis kam es schließlich zu stabilisierenden Rückkäufen. Bis zum Schluß wenig erholt waren allerdings Bankaktien. Sie leiden unter der zum Stillstand gekommenen Zinssenkung, aber auch unter der Drohung Perus, den Schuldendienst eigenmächtig drastisch zu kürzen.

Die Lage in Lateinamerika hat unversehens das Länderrisiko der Banken wieder virulent werden lassen. Das ist auch der Grund, warum der im Grunde sehr positive Halbjahresbericht der Dresdner Bank ohne Einfluß auf die Kursbildung ihrer Aktien geblieben ist. Sie gaben ebenso wie die der anderen Großbanken um weitere fünf DM nach. Etwas höher waren die Einbußen noch bei der Bayerischen Vereinsbank. Großchemie wurden um etwa zwei DM zurückgenommen. Sie leiden wie andere exportstarke Unternehmen unter dem zurückgegangenen Dollar. Bei Schering zeigen sich jetzt die Nachwirkungen der gerade durchgeführten Kapitalerhöhung. Von erstaunlicher Widerstandsfähigkeit sind die Veba-Aktien. Geringe Einbußen gab es auch nur bei den Stahlaktien. Bei Siemens lebte die Nachfrage auf ermäßigter Kursbasis merklich auf, dadurch wurde der Tagesverlust auf fünf DM begrenzt.

Frankfurt: Altana gaben um 4 DM, Cassella um 15 DM und Chemieverwaltung um 6 DM nach. Enka zogen um 4 DM an. Didier und Heidelzement verminderten sich jeweils um 7 DM.

Düsseldorf: Audi NSU verminderten sich um 5 DM, Bilfinger sanken um 4,90 DM und Heinrich Lehmann büßten 5 DM ein. Heinrich erhöhten sich um 5 DM und Düwag konnten sich ebenfalls um 5 DM verbessern.

Hamburg: HEW gaben um 1 DM nach. Je 2 DM verloren Beiersdorf und Phoenix Gummi. Holsten Brauerei waren um 5 DM erholt. Knapp gehalten lagen Bremer Vulkan mit minus 0,90 DM. Vereins- und Westbank sanken um 2 DM.

Berlin: Rheinmetall St. verbesserten sich um 5 DM. Detewe konnten sich um 1 DM erholen. Berliner Bank fielen um 3 DM, Schering büßten 6 DM ein und Bekula konnten sich mit minus 0,10 DM knapp behaupten.

München: Agrob St. sanken um 8 DM, Audi AG verminderten sich um 4 DM und Gehe AG gaben um 2 DM nach. Dywidag zogen um 0,50 DM an, Electro 2000 erholten sich um 1 DM und Flachglas erhöhten sich um 2 DM.

Stuttgart: Zeag Zement legten 3 DM zu. Daimler fielen um 2,10 DM, Mercedes um 6 DM und Porsche um 15 DM. DLW verminderten sich um 7 DM und IWKA um 11 DM.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 191,25 (192,84)
WELT-Umsatzindex: 2743 (2447)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

Brüssel

	30.7.	29.7.
Arbed	1595	1635
Brux. Lambert	1855	1850
Cockerill Ougrée	208	205
Ebes	2915	2915
Gevaert	4015	4000
Kreditbank	8800	8900
Pétrofina	5820	5800
Soc. Gén. d. Belg.	1805	1810
Sofina	7320	7260
Solvay	4495	4505
UCB	5010	5020
Index	2325,40	2327,25

Singapur

	30.7.	29.7.
Cycle + Car.	3,56	3,42
Cold Storage	2,48	2,51
Dev. Bk. of Sing.	5,45	5,45
Fraser + Neave	5,55	5,5
Kl. Kepong	2,49	2,54
Mal. Banking	5,8	5,85
Nat. Iron	2,44	2,45
OCBC	8,6	8,65
Sime Darby	1,93	1,95
Singapur Land	2,5	2,6
Un. Overs. Bank	3,78	3,86

Sydney

	30.7.	29.7.
Metals Expl.	0,5	0,5
MIM-Holdings	2,85	2,9
Myer Emporium	3,13	3,2
North Broken Hill	2,3	2,3
Oakbridge	1,22	1,2
Peko Wallsend	4,6	4,6
Poseidon	4,23	4,15
Thomas Nat. Tr.	2,1	2,16
Waltons Bond	0,46	0,46
Westpacific Banking	4,86	4,85
Western Mining	4,25	4,25
Woodside Petr.	1,27	1,28
Index	953,50	934,60

Optionshandel

Goldmünzen

Euro-Geldmarktsätze

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Die am 30. 7. mit Spannung erwartete Veröffentlichung der amerikanischen Handelsbilanzzahlen ließen den Markt in eine richtiggehende Lethargie verfallen. Bei sehr ruhigem Geschäft und geringem Volumen pendelte der Kurs zwischen 2,8285 und 2,8365. Amtlich notiert wurde der Dollar mit 2,8358. Die Bekanntgabe des US-Außenhandelsdefizits von 13,42 Mrd. Dollar drückte den Kurs bis auf 2,8215. Der Schweizer Franken notierte mit 122,85 um 1,2 Promille schwächer als am Vortag. US-Dollar in: Amsterdam 3,1870; Brüssel 57,1900; Paris 8,6200; Mailand 1901,10; Wien 19,9240; Zürich 2,3079; Ir. Pfund/DM 3,132; Pfund/Dollar 1,4231; Pfund/DM 4,035.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 29.7. : In D-Mark 2,24462 (Parität 2,24184); In Dollar 0,79231 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 30. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Der Anstieg der Dollar-Zinsen am Euromarkt spiegelte sich am 30.Juli am Terminmarkt in deutlich erweiterten Dollar-Deports wider.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,88–0,78	2,47–2,37	5,08–4,88
Pfund/Dollar	0,45–0,43	1,03–1,00	1,64–1,59
Pfund/DM	3,10–1,70	7,00–5,60	12,4–11,0
FF/DM	26–10	64–48	115–99

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 30.7.: Tagesgeld 4,50–4,60 Prozent; Monatsgeld 5,05–5,15 Prozent; Dreimonatsgeld 5,05–5,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 30.7. : 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 30.7. : 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Aug. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/9 (Typ A) 4,50 (4,50) – 6,00 (5,23) – 6,25 (5,55) – 6,50 (5,77) – 7,00 (5,99) – 8,50 (6,34). Ausgabe 1985/10 (Typ B) 4,50 (4,50) – 6,00 (5,25) – 6,25 (5,58) – 6,50 (5,81) – 7,00 (6,05) – 8,50 (6,45) – 8,50 (6,74) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,71, 2 Jahre 5,53. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,50 , Kurs 100,40, Rendite 6,40 .

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

Enttäuschung am Rentenmarkt

Obwohl sich die Lage auf dem Geldmarkt durch die jüngsten Bundesbankmaßnahmen entspannt hat, zogen auf dem Rentenmarkt die Renditen am Dienstag leicht an. Die Zurückhaltung der Anleger wird mit der Situation auf dem amerikanischen Kapitalmarkt begründet. Deutsche öffentliche Anleihen wurden bis zu einem Viertelpunkt zurückgesetzt. Unter diesen Umständen mutet es seltsam an, daß der Bund die Renditen für seine Bundesobligationen weiter auf 6,40 (6,55) Prozent zurücknimmt.

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Mit gegenläufigen Tendenzen schlossen am Montag die Edelmetallnotierungen an der New Yorker Comex. Während Kassa-Gold zulegen konnte, schloß Silber uneinheitlich. Schwächer ging Kupfer aus dem Markt. Abschläge verzeichneten ebenfalls Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Edelmetalle

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Internationale Edelmetalle

Sammeltasse aus Meißen

A. W. – Es ist wirklich interessant zu verfolgen, wie unterschiedlich sich die Medien der „DDR" auf den hundertsten Geburtstag des Philosophen Ernst Bloch eingelassen haben. Am Ort seines früheren Wirkens, in Leipzig, hat das SED-Organ „Leipziger Volkszeitung" in einem grämlichen Aufsatz Blochs Anspruch, den Marxismus befruchten zu wollen, scharf zurückgewiesen. Und die in Ost-Berlin erscheinende „Deutsche Zeitschrift für Philosophie", das offizielle Organ der „DDR"-Philosophenschaft, äußert sich zwar etwas umgänglicher, macht aber ebenfalls deutlich, daß Bloch mit dem Marxismus nichts zu tun habe. Er erscheint dort als ein „Repräsentant des Kleinbürgertums", dessen „positive" politische Anschauungen ihn freilich zu einem „*Verbündeten beim internationalen Friedenskampf*" machten.

In geradezu sensationellem Gegensatz dazu steht die ebenfalls in Ost-Berlin herausgegebene Zweimonatsschrift „Sinn und Form". Dort wird eine jener Vorlesungen abgedruckt, die Bloch in den fünfziger Jahren an der Leipziger Alma mater gehalten hat und die ihn später bei der Partei in den Ruf eines „Jugendverderbers" brachten (sie sind im Westen soeben im Suhrkamp-Verlag erschienen). Es ist just eine der damals am „anstößigsten" wirkenden Vorlesungen, die über Schelling, in der sich Bloch mit fast unverhüllter Schärfe von der offiziellen Lehre abhebt. Und nicht genug damit: Es folgt auch noch ein begeisterter Kommentar des ehemaligen Bloch-Schülers Gerd Irrlitz, der alle Ketzereien eifrig ins rechte Licht rückt.

Der Widerspruch findet möglicherweise seine Auflösung, wenn man die politische Rolle betrachtet, die „Sinn und Form" im Gesamtkonzept der SED zu spielen hat. Das von der Akademie der Künste herausgegebene Blatt ist drüben kaum zu haben, es ist vorrangig für den Export bestimmt und soll im Westen genau jene oben genannten „kleinbürgerlichen Verbündeten" ansprechen. Man könnte es mit Meißner Porzellan vergleichen, das drüben in der ersten und zweiten Wahl ebenfalls nicht zu haben ist.

Bloch als Meißner Sammeltasse für den Westexport – das hätte er selbst sich wohl am wenigsten träumen lassen.

Die Zeit für gorgonische Mißgestalten läuft ab – Beispiele neuer Industriearchitektur in Stuttgart, Köln und Coesfeld-Lette

Der Büroriese tarnt sich als Vorstadtsiedlung

Industriearchitektur in Deutschland – das war Jahrzehnte hindurch ein Synonym für brutale, landschaftszerstörende, städtesprengende Kastenarchitektur. Im Rückblick wirkt überraschend, wie wenige daran Anstoß nahmen! Eine breite Öffentlichkeit schien wie besessen von der Vorstellung, in den nüchternen Zweckbauten drücke sich nichts anderes als eine „ökonomische" Gesinnung, die Entscheidung der Bauherren für sparsame, rationelle industrielle Fertigung sowie die schon von Marx beschriebene „Akkumulation des Kapitals", die Konzentration von Produktion und Verwaltung aus.

Diese Vorstellung beruhte nicht auf Erkenntnis, sondern auf einer von der Schule des „Neuen Bauens" wider besseres Wissen verbreiteten Legende. Der standardisierten Herstellung von Bauteilen und Schmuckelementen hat sich das Handwerk zu allen Zeiten angenommen, ohne daß damit ein Zwang zur Reduktion und Monotonie der architektonischen Ausdrucksmöglichkeiten verbunden gewesen wäre.

Noch viel weniger als die schmucklose, nackte Kastenarchitektur hatte die Art und Weise, in der Materialien und Gestaltungsmerkmale der Industriearchitektur eingesetzt wurden, etwas mit Ökonomie und Rationalisierung zu tun. Was geschäftstüchtige Architekten der Industrie als „Zweckbauten" verkauften, das waren vielfach *Monstren* gesellschaftlicher Demütigung und Feindseligkeit.

Die Wirkungen dieser Verbildlichung des Wesens der Industrie in gorgonischen Mißgestalten ist gar nicht abzuschätzen. Erst jetzt, mit dem Erlöschen der Macht des Bauhauses, beginnen Unternehmensleitungen, die Schlingen der verführerischen Argumentation abzustreifen. Die sehr unterschiedliche Begründung dabei führt eine völlig neue Logik von „Wirtschaftlichkeit" und „Funktion" gewerblicher Bauten in die Debatte ein. Sie soll an drei jüngeren Beispielen neuer Industriearchitektur nachvollzogen werden.

Das neue Verwaltungsgebäude der Baufirma Züblin hat der Kölner Architekt Gottfried Böhm in einem Industriegebiet zwischen Vaihingen und Möhringen am Stadtrand von Stuttgart errichtet. Seine Vorgabe war es, mit dem Gehäuse für 700 Angestellte der Imagepflege für den Beton und für die industrielle Bauweise zu dienen. Prof. Volker Hahn vom Firmenvorstand: „Beton ist zum Synonym für alles Häßliche geworden. Er gilt als brutal, kalt und künstlich. Immer weniger Architekten wollen ihn anwenden."



Die neue Colonia-Hauptverwaltung – entworfen vom Düsseldorfer Architekten Beucker FOTO: S. HIMMER

Böhm gelang es, diesem für die Firma schädlichen Image ihres Hauptbaustoffs entgegenzuwirken, indem er die Eigenschaften des Betons fast vergessen machte. Die rote Pigmentierung der gesamten Fassade, die plastische, „bildhauerische" Überformung der Montageteile, der Stützen und Fensterbrüstungen, der vier Treppen- und zwei Besprechungstürme, vor allem aber die weite, glasüberdachte Halle mit ihren schlanken Dachbindern, Stegen, Fahrstuhl- und Treppentürmen, die zwischen die beiden 100 Meter langen *Betonriegel gespannt ist und eine Hö*he von 33 Metern erreicht, vermitteln das von der Firmenleitung erhoffte „neue Betonerlebnis". Der Erfolg zeigt sich daran, daß die Interessenten in Bussen kommen, selbst aus dem Ausland.

Der zweite Bau, die Verteilerhalle eines Texitilhändlers für 200 „Miniläden", ist von den Schweizer Architekten Santiago Calatrava, Bruno Reichlin und Fabio Reinhart in der Abgeschiedenheit von Coesfeld-Lette im südlichen Münsterland errichtet worden. Der Unternehmer Kurt Ernsting wollte seinen 70 bis 100 Mitarbeitern die Zumutung ersparen, sich in einem „anonymen, abweisenden oder gar bedrohlich wirkenden Block" ein*zurichten, und schrieb eigens für die* Fassade einen Wettbewerb aus.

Herausgekommen ist etwas höchst Originelles, ein silbriger Aluminiumkubus von 100 mal 70 mal 15 Metern mit vier unterschiedlich geriffelten, geschuppten und gewellten Fassaden, der seine drei großen Tore wie Augenlider aufschlägt und dem ein dreistöckiger Backsteinkörper mit Büros eingehängt ist. Da die Firma an diesem Ort keinen Publikumsverkehr empfängt, ist die Architektur allein dem Auftrag verpflichtet, zur „Qualität des Lebensgefühls und der inneren Motivation der Mitarbeiter" beizutragen – eine Bestimmung, die sich dem außenstehenden Betrachter in der Form einer neuen „Sakralisierung" des Industriebaus, also seiner Erlösung aus der Banalität des vordergründigsten Nutzens, darstellt.

Bezugspunkt des dritten Baus sind Natur und Umwelt in der weiten rheinischen Bruchlandschaft des Kölner Ostens. Ganz bewußt wollten die Bauherren, die Colonia Versicherungen Köln, mit dem neuen Bürozentrum für 1800 Mitarbeiter jede Assoziation zu stadt- und naturzerstören*den Großstrukturen vermeiden*. So zerlegte Thomas Beucker, Sieger in einem Wettbewerb von 53 Architektenteams, den Koloß in eine „kleine Stadt" aus drei- bis vierstöckigen Ziegelhäusern mit glasüberdachter „Galeria", Balkonen, Teichen und Brükken. Wie sich bei Böhm der Charakter des Betonbaus, bei den Schweizern das Wesen der reinen Zweckform verflüchtigt, so geht bei Beucker das Erscheinungsbild des Industriebaus überhaupt verloren.

Der Büroriese „tarnt" sich als Vorstadtsiedlung, das Textillager schlüpft in das Kleid eines gleißenden Schreins, die Betonburg unter die zarte Glashaut eines Gewächshauses: Das ist nicht „Maskenarchichtektur", sondern Veranschaulichung von Eigenschaften, die der Markt dem modernen Wirtschaftsbetrieb abverlangt – Flexibilität, Sensibilität, Kreativität sowie Suggestivität in der Imagepflege.

Im übertragenen Sinne kann also durchaus die Rede davon sein, daß die Form der neuen Gewerbebauten der Funktion folgt, wenn auch nicht in der platten Weise, wie es der alte Bauhaus-Grundsatz lehrte. Bezeichnend für den Wandel der Begriffe ist die Anekdote, die von der verzweifelten Suche des 65jährigen Gottfried Böhm nach einer „Funktion" für die Betonpfosten seiner Fensterbrüstungen berichtet. „Könnte nicht wenig*stens die Lücke zwisc*hen den Pfosten und der darüber liegenden Brüstung geschlossen werden?" wollte Böhm zuletzt von Vorstandsmitglied Hahn wissen. Die allein aus ästhetischen Erwägungen vorgesetzte Pfostenreihe, die die Fensterbänder unterteilt und proportioniert, sollte mindestens zum Schein nachträglich noch eine konstruktive, „tragende" Aufgabe erhalten.

Das Zittern des großen alten Mannes der Architektur vor dem Gericht der Bauhaus-Inquisitoren hat rührende, beinahe komische Züge. Aber hat er mit seiner weiten, nichtklimatisierten Halle, in der Bäche plätschern *und die immerwährende Thermik* die großen Robinienbäume wie ein aufrauschender Wind bewegt, nicht die schönste, weiträumigste, lichteste Halle überhaupt geschaffen, die Deutschland besitzt? „Basiselement" ihrer fast filigranen Strukturen ist das strukturelle Ornament der „falschen" Fensterpfosten – ein Verbrechen?

Alle drei Unternehmen betrachten ihre neuen Gewerbebauten mit fast *den gleichen Worten* als „*Investitio*nen in die Zukunft" und haben wohl nicht zuletzt deshalb viel Ehrgeiz in die Erläuterung ihrer Anstrengungen gesteckt. Die große Colonia und das kleine Haus Ensting investierten zusätzlich in Architektenwettbewerbe, Ernsting ließ sogar noch ein Symposion mit anspruchsvoller Besetzung folgen. Züblin brachte eigens einen reich illustrierten Dokumentationsband heraus (Karl Krämer Verlag Stuttgart, 104 S., 28 Mark).

Das ist mehr als ein Aufgebot von Gags und Marotten. Darin liegt die Hoffnung, daß sich öffentliche Aufmerksamkeit und Firmeninteressen wieder stärker verbinden. Sollte daraus ein neues Ethos der Umweltgestaltung erwachsen, könnten viele Wunden geheilt werden.

DANKWART GURATZSCH

Margharita Wallmann inszenierte Donizettis „Regimentstochter" in Carpentras

Stimmen-Hoch vor Kulissenpracht

Sie ist nun auch schon über 80, aber doch eine faszinierende Erscheinung geblieben, wie sie dasitzt, in einem einsamen Sessel vor der ersten Reihe, eingehüllt in einen weißen Mantel, der Schutz bietet gegen den kühlen Mistral. Hellblond trägt sie noch immer das Haar, rosa das Puder-Make-up, aber den schwarzen Elfenbeinstock hält sie fest in der Hand. *Er sieht weniger aus wie eine Stütze* als vielmehr wie das Instrument der Macht und der Züchtigung. Die Dame weiß zu herrschen.

Es ist Margharita Wallmann, die hier beim Festival von Carpentras Donizettis „Regimentstochter" inszeniert hat. Und die Wallmann hat tatsächlich jahrzehntelang geherrscht: über die Opernbühnen zwischen Wien und Marseille, auch in Nord- und Südamerika, eine Weltreisende in Sachen Opernregie. Karajan vertraute ihr, die Callas respektierte sie, sie war die Garantin einer Oper, die allenfalls vom Sänger, aber nicht vom Regisseur zu Musiktheater gemacht wurde.

Die Wallmann, von Geburt aus Wienerin, war Tänzerin und Choreographin gewesen, hatte bei Mary Wigman studiert und kam über das Ballett zur Oper. Mit Glucks „Orpheus und Eurydike" in den 30er Jahren bei den Salzburger Festspielen unter Bruno Walter gab sie das noch halb choreographische Regiedebut. Der choreographische Aufriß, das Stellen von Bildern, das Führen von Chören sind denn auch stets die Stärken von Wallmann-Inszenierungen gewesen: die großen, souverän gemachten Ar*rangements*. Daß Oper auch anderes Theater sein könnte, das hatte sich damals in den südlichen und sängerseligen Regionen noch nicht herumgesprochen. Die Wallmann garantierte den prachtvollen Rahmen für Stimmkünste.

Und so ist es noch immer. Sie behängt die riesige Bretterbühne, die man vor der Kirche von Carpentras aufgeschlagen hat, mit alten Tapisserien, wenn auch imitierten, um die herrschaftliche Pracht auf Schloß Birkenfeld ins rechte Bühnenlicht zu rücken. Hugo de Ana durfte an den Kostümen nicht sparen. Zum vielköpfigen Chor gibt es eine noch zahl*reichere Statisterie.*

Die Wallmann nutzt Menschen und Raum zu einem Breitwandspektakel, als stünde Salzburg auf dem Programm. Es gibt viel zu sehen – und das ist bei Donizettis inhaltlich etwas schwacher Opéra comique fast am wichtigsten.

Fast, denn wichtiger ist natürlich *allemal der Gesang, und als Regime*ntstochter Marie hat sich das Festival der alten provençalischen Hauptstadt Jenny Drivala einfangen können, eine der faszinierenden Jungprimadonnen, die sich durch geläufige Koloraturen, steil abgeschossene Spitzentöne und vollblütige Darstellung auszeichnen. Die Drivala hat zweifellos das Zeug zur ganz großen Karriere, wenn sie ihre technisch noch unfertige Stimme nicht schon vor der Zeit verbraucht. Gérard Garino muß sich als Tonio in die Schlacht gegen die hohen C's seiner Partie stürzen, und er besteht sie ehrenhaft. Michel Trimpont gibt den vergnügten Haudegen des Spektakels, Maximiano Valdes dirigiert mit viel Gespür dieses vor allem in den Lyrismen so reiche, schöne Stück.

Sommeroper, auf jene unprätentiöse, heiter selbstverständliche Art serviert, die zu zeigen sich die Theater nicht mehr trauen – geht sie wirklich nur noch im südlichen Sommer?

REINHARD BEUTH

London: David Essex und sein Musical über die Meuterei auf der Bounty

Rebell Christian im Liebeseinmaleins

Schon dreimal hat der Film die „Meuterei auf der Bounty" vereinnahmt. Aber noch bevor ein Opernkomponist zuschlagen konnte, hat nun Popstar David Essex (37) die alte Bounty für immerhin vier Millionen Mark als Musical ausgerüstet und im Piccadilly Theatre im Londoner Westend unter dem Titel „Mutiny!" auf die Reise geschickt.

Essex, der mit seinem Orgelorgan in Baritonlage und pflaumenweichem Timbre besonders weibliche Fans von 14 bis 45 einweicht, schrieb die Musik zu seinem ersten Musical selbst, legte auch bei Richard Cranes Libretto mit Hand an und behielt sich von den 28 Popnummern der Partitur als Darsteller des Fletcher Christian zehn vor. Diese Bounty wurde für die Reise um die Welt ausgestattet: Man lieh sich vom National Theatre den Starregisseur Michael Bogdanov und den Bühnenbildner William Dudley aus, ließ den Charakterschauspieler Frank Finlay als Kapitän Bligh gegen den Riesenschatten von Charles Laughton und Trevor Howard ansingen.

Also: Man kann nicht sagen, daß einem in diesem Musical Hören und Sehen vergeht. Augenschmaus: Ja. Aber Ohrenschmaus? Da muß man schon ein großer Fan von Englands Pop-Schmusikus David Essex sein. Deren gibt es freilich so viele, daß im Vorverkauf schon sechs Millionen Mark im Hafen sind. Da ist Essex eigens nach Tahiti gereist, um den Sound ins Ohr zu kriegen. Doch wenn die Bühnen-Bounty am Palmenstrand Anker wirft und sich Fletcher Christian und die 19jährige farbige „Hot-gossip"-Tänzerin Sinitta Renet als Maimiti (mit viel griffiger Zeichensprache) das Liebeseinmaleins vorbuchstabieren, wenn der Popstar von der allerliebsten Schönen zum Neid *seiner Fans abgeküßt wird, dann* steht fest: Von der Muse blieb er ungeküßt. Im Musical erwartet man „Hits", die zugkräftige Nummer. Von einem Wurf wie „Memory" in den „Cats" seines Konkurrenten Lloyd-Webber konnte Essex nur träumen.

Das Wunder dieses Musicals ist die Bounty: Die aus der Bühnentiefe aufsteigende Kreation Dudleys, deren Takelage aus dem Schnürboden kommt und angegossen paßt, segelt allen menschlichen Mitwirkenden davon. Ihr Deck ist eine Bühne auf der Bühne. Wenn sie die Steuerbordseite zeigt, wird ihre Kapitänskajüte sichtbar. Beim Orkan schlingert und rollt sie richtig. Fast wird der Zuschauer seekrank. Helle Bewunderung für die seefeste Sänger-Crew.

Sind Bühnenzauber und Busen eine runde Sache, so schleppt sich diese Bounty musikalisch von Untiefe zu Sandbank. Wird sie nicht von den banalen Reimen leckgeschlagen, so bleibt sie in der Flaute der Einfallslosigkeit liegen.

Die Librettisten waren darum bemüht, Bligh den Ruch eines sadistischen Leuteschinders zu nehmen. Sie hoben auf eine komplexe Vater-Sohn-Bindung zu Christian ab. Der ist (am Vorabend der Französischen Revolution) als ein von Freiheits- und Gleichheitspathos beseelter Vorläufer der Romantik dem Repräsentanten des absolutistischen Zeitalters gegenübergestellt. Doch wird aus Essex (der kein Schauspieler ist) kein Südsee-Byron. Und der zwischen Jähzorn und Vatergefühlen schwankende Bligh, der Fletcher abwechselnd befördert, degradiert und rehabilitiert, bleibt trotz der schauspielerischen Kunst Frank Finlays ein Popanz: mal Dr. Jekyll, mal Mr. Hyde.

SIEGFRIED HELM

Einem Unnahbaren menschenfreundlich zu Leibe gerückt – Zu der Monographie über Leben und Werk des Malers Xaver Fuhr

Er war ein „Stockfisch", lief aber nie hinter dem Kalbfell her

Dieses Buch hat in der Tat gefehlt, und man hatte es kaum noch erwartet. An vertrauter Literatur über Xaver Fuhr ist kein Mangel. Werk und Persönlichkeit des Künstlers haben immer wieder zu Kontroversen herausgefordert. Aber eine umfassende Monographie – überdies mit ausführlichem Werkverzeichnis – gab es bislang nicht. Einer solchen Arbeit standen das eigensinnige und unübersichtliche Werk ebenso wie die schwierige Persönlichkeit und die Öffentlichkeitsscheu des Malers im Wege.

Die jetzt vorliegende Monographie (Axel Hubertus Zienicke, „Xaver Fuhr", Verlag Aurel Bongers, Recklinghausen, 326 Seiten, 140 Mark) darf deshalb ein doppeltes Verdienst beanspruchen: Was das Werk betrifft, so liefert sie erstmals einen systematischen Überblick über alle erfaßbaren Arbeiten; was die Person Fuhrs betrifft, so ist der Autor dem zeitlebens Unnahbaren so nahe gekommen wie bisher wahrscheinlich kein anderer. Dabei wahrt Zienicke stets die notwendige kritische Distanz, lobt nicht über Gebühr, beschönigt nicht, sieht auch das Problematische im Werk oder Charakter des Künstlers. Er verschweigt auch nicht, daß viele Fragen noch zu lösen, viele Unklarheiten noch zu klären sind.

Der stattliche Band ist aus einer Dissertation hervorgegangen; sein Erscheinen wurde wesentlich durch die Joe-und-Xaver-Fuhr-Stiftung ermöglicht. Der 1973 verstorbene Maler hatte nämlich im Gedenken an seine Frau Joe testamentarisch diese Stiftung verfügt, die den Erlös aus seinem künstlerischen Nachlaß kulturellen und wohltätigen Zwecken zuführen soll.

Dabei muß man auch diese Stiftung zu den Überraschungen und Widersprüchlichkeiten im Wesen des komplizierten Malers zählen, der von Wohltätigkeit so wenig hielt wie von seinen *Mitmenschen und dem herr*schenden Kulturbetrieb. Gönner und Mäzene konnte er (mit wenigen Ausnahmen), gelinde gesagt, nicht ausstehen; einen Beamten des Sozialamtes, der ihm in schlimmer Notzeit helfen wollte, warf er die Treppe hinunter. Durch seinen Austritt aus dem Künstlerbund unterstrich er seine Ablehnung „des heutigen Kunsttreibens".

Sein Mißtrauen gegenüber Fremden und Freunden steigerte sich mit der Zeit in Menschenverachtung und Verfolgungswahn. Seine Kollegen an der Münchner Akademie bezeichnete Fuhr vor seinen Schülern als „künstlerische Dummköpfe"; zu Matisse bemerkte er, der sollte „nur seine Zigarettenbilder malen", und was er über den Tachismus zu sagen wußte, ist kaum druckreif. Verständlich, daß die Kollegen auf das stimmungsunterworfene Verhalten Fuhrs allgemein nicht so gelassen reagierten wie der *damalige* Präsident der Akademie, Henselmann, der die abweisende Art dieses „Stockfisches" als „kauzige Schrulligkeit" empfand und sich sogar darüber amüsieren konnte.

An *seinem künstlerischen Talent* und Können gab es dagegen kaum Zweifel, auch nicht an dem Ernst und der Leidenschaft seines verantwortungsbewußten Schaffens. Zienicke zitiert Gespräche und Briefstellen, die erkennen lassen, daß seine Kunstauffassung für Fuhr „zum Religionsersatz" wurde.

Xaver Fuhr war ein Autodidakt und blieb ein Einzelgänger, auch als Künstler. Mit Recht konnte er von sich sagen, er sei „nie hinter dem Kalbfell hergelaufen". Er zeigte sich *sein Leben lang von der Tagesmode* unabhängig. Er ist sich treu geblieben, als sie ihn für „entartet" erklärten, und er blieb sich treu, als Ältere und Jüngere ringsum scharenweise zu den Abstrakten überliefen.

Natürlich hat er Anregungen aufgenommen, Einflüsse verarbeitet, von Cezanne und Dufy zum Beispiel, von den Expressionisten und Kubisten, doch sein „magischer Realismus" *war etwas ganz anderes, als was* Franz Roh, der Erfinder des Etiketts, darunter verstand. Seine Thematik und sein Stil sind im Grunde immer gleich und unverwechselbar geblieben. Er malte das Leben, die Welt, die Gegenwart in ihrer Vielfalt und Doppelbödigkeit, in ihrer Banalität und Fragwürdigkeit; er malte Städte und Landschaften, Straßen- und Hafenbilder, Menschen und Marionetten, Autos, Schiffe, Aktuelles, Exotisches und Mythisches. Seine Bilder sind rätselhaft und logisch, prophetisch, paradox, poetisch und dramatisch, sperrig, spröd, delikat mitunter.

Dieser oft extremen Gegensätzlichkeit entsprach sein kontrastreicher, eigenwilliger Stil: die Dis*krepanz zwischen Zeichnung* und Kolorit, zwischen scheinbar unbegrenzter Farbfläche und dem scharfen zeichnerischen Gerüst, das sie zerschneidet und zusammenhält; zwischen zarter Palette und harter Kontur, zwischen pointierter Grafik und oszillierender Bewegtheit und immer wieder: zwischen der sachlich gesehenen Realität und ihrer künstlerisch durchleuchteten Transparenz.

Leider hat Fuhr seine Bilder *nur* selten signiert und datiert, viele sind verloren, jedenfalls unauffindbar, viele hat er selbst zerstört, andere wurden im Krieg vernichtet. Hier hat A. H. Zienicke mit der Erarbeitung des Werkverzeichnisses vielleicht das schwierigste Stück Arbeit geleistet, sogar die Keramiken und die Entwürfe Fuhrs für eine Reihe von Goldschmiedearbeiten blieben ihm nicht verborgen – auch für Kenner seines Œuvres sicher eine Überraschung.

EO PLUNIEN



Gespiegelte Distanz: Xaver Fuhrs „Selbstportrait" aus dem Jahre 1929 FOTO: DIE WELT

JOURNAL

Erstes Weltraum-Musical auf der Bühne

SAD. London

Nach dem Weltraum-Filmspektakel „Krieg der Sterne" mit Altmeister Sir Alec Guinness wird jetzt *das erste Weltraum-Musical* – mit Sir Laurence Olivier – inszeniert. Es trägt den Titel „Time", ist eine Kreation der Popstars Dave Clark und Stevie Wonder. Cliff Richard übernimmt die Hauptrolle. Es soll das teuerste Musical werden, das je im Londoner Westend herausgekommen ist – mit Weltraum-Spezialeffekten, wie man sie auf der Bühne noch nie erlebt hat.

Orange und Aix planen für 1986

AFP. Paris

Die Festspiele von Orange und Aix-en-Provençe haben schon ihre Pläne für 1986 fertig. Im Théâtre antique von Orange sind im nächsten Sommer Wagners „Tannhäuser" und Verdis „Macbeth" sowie „La damnation de Faust" von Ber*lioz zu hören. „Tannhäuser" insze*niert Jacques Karpo. Es singen Leonie Rysanek, Grace Bumbry und William Johns unter der Leitung von Christoph Prick. Renato Bruson und Mara Zampieri singen die Hauptrollen in „*Macbeth*", die Inszenierung ist von Petrica Ionesco, am Dirigentenpult steht Thomas Fulton. Im Berlioz-Oratorium sind Thomas Moser und Simon Estes Solisten. In Aix sollen vier Werke gegeben werden: „Don Giovanni" und „Idomeneo" in Inszenierungen von Gildas Bourdet und Pierre Strossner, außerdem eine Oper von Campra und „Ariadne auf Naxos".

Werke von Picasso und Klee gestohlen

dpa/UPI San Francisco

Zwei Zeichnungen von Pablo Picasso, *vier Gemälde von Paul Klee*, eine Photographie von Man Ray und ein von Edward Steichen gemaltes Portrait der Schauspielerin Joan Crawford sind aus dem Museum für moderne Kunst in San Francisco gestohlen worden.

Ein Museum für Joseph Conrad

JGG. Berditschew

Die Sowjetunion hat in Berditschew (Ukraine) dem polnisch-britischen Schriftsteller Joseph Conrad (eigentlicher Name: Teodor Jozef Konrad Korzeniowski) ein Museum gewidmet. Das Museum befindet sich im einstigen Herrensitz der Adelsfamilie Korzeniowski. Hier werden neben Familiengegenständen auch sämtliche Übersetzungen des Erfolgsautors (1857 bis *1924) gezeigt*, der in *Bishopsbourne* (England), wo heute noch Verwandte leben, verstarb. In Berditschew gibt es noch heute eine große polnische Minderheit, vornehmlich der gehobenen Schicht.

„Tootsie" ist bei den Sowjets Favorit

rst. Moskau

Der amerikanische Film „Tootsie" ist von den Lesern des sowjetischen Filmmagazins „Ekran" zum besten Film aus den nichtsozialistischen Ländern im Jahr 1984 gewählt worden. Der beste Schauspieler ist Dustin Hoffman, beste Schauspielerin Jessica Lang. Von Filmen der sowjetischen Produktion gefiel am besten „Die grausame Romanze" des Regisseurs E. Rjasanow. Bester Schauspieler ist nach Meinung der „Ekran"-Leser Nikita Michajlow, beste Schauspielerin Natalia Gundarewa. Von Filmen aus den „sozialistischen Staaten" belegten die ersten drei Plätze Filme aus der Tschechoslowakei: „Die Abenteuer des Robinson Crusoe", „Der dritte Prinz" und die Komödie „Mit Dir gefällt mir die Welt".

Schlüter-Kanzel wird restauriert

lbn. Berlin

Die Kanzel in der evangelischen Marienkirche in Ost-Berlin, eine Arbeit des Barockbildhauers Andreas Schlüter, wird jetzt restauriert, da sie „zahlreiche mechanische Schäden aufweist". Das 1703 fertiggestellte Werk gehört zu den bedeutendsten Arbeiten des Bildhauers und Architekten. Nach dem Krieg war die *Kanzel* bei ersten Restaurierungsarbeiten in der gotischen Hallenkirche versetzt worden.

Tod als Schauspiel ein Skandal

MvZ. Sant'Arcangelo

Das „Festival des Straßentheaters" von Sant'Arcangelo (Romagna), 1971 im Sturm der Studentenrevolte nach dem Vorbild von Avignon geboren, endete eben mit einem Skandal. Die Transavanguarde-Truppe „Magazzini Criminali" hatte Genêts Schauspiel „Genêt in Algier" mit offizieller Erlaubnis und reserviert für Kritiker und Theaterfachleute in den Schlachthof von Riccione verlegt, in dem vor Beginn der Aufführung vor den Augen des Publikums ein Pferd geschlachtet wurde. Die Schauspieler tauchten ihre Hände in sein Blut und beschrieben mit ihm die Wände.

Seltenes Angebot eines Wiener Staatsanwalts

KURT POLLAK, Wien

Österreich taumelt derzeit von einem Skandal in den anderen. Während ein Team von 16 Staatsanwälten Überstunden machen muß, um Haftbefehle gegen die immer größer werdende Zahl von „schwarzen Schafen" der Weinbranche auszustellen, verpaßte ein „schwarzes Schaf" aus der ehrsamen Gilde der öffentlichen Ankläger seinen Kollegen und der Öffentlichkeit einen gewaltigen Schock. Der im Wiener Landesgericht seit 14 Jahren tätige Staatsanwalt Lutz Moser (44) mußte von einer Stunde auf die andere von seinem Büro in eine im gleichen Amtsgebäude befindliche Untersuchungszelle übersiedeln. Der Grund dieses Quartierwechsels: Staatsanwalt Moser wurde beschuldigt, gegen ein Bestechungshonorar von 1,5 Millionen Schweizer Franken ein Ermittlungsverfahren gegen einen unter dem Verdacht des Millionenbetrugs stehenden Geschäftsmann niedergeschlagen zu haben.

Während die Justizbehörden noch die leise Hoffnung hegten, daß diese ungeheure Anschuldigung wohl nur ein Racheakt unbekannter Personen sein könne und der Staatsanwalt Moser das Opfer einer Verleumdung wurde, ließ dieser selbst die Bombe platzen, indem er ein volles Geständnis ablegte. Zur Überraschung seiner Kollegen gab Moser zu, daß er nicht etwa von dem Mann, gegen den er Betrugsanklage erheben sollte, bestochen wurde, sondern daß er im März vergangenen Jahres während einer Einvernahme diesem selbst folgenden Vorschlag unterbreitet habe: „Was wäre es Ihnen wert, wenn ich das Verfahren niederschlagen würde, um Ihnen mindestens zehn Jahre Haft zu ersparen?" Als es dem verblüfften Beschuldigten die Sprache verschlug, unterbreitete ihm der Staatsanwalt einen „kulanten" Preisvorschlag: „1,5 Millionen Schweizer Franken!"

„Stumme Zeugen" bei Übergabe des Geldes

Das vorgeschlagene „Tauschgeschäft", 1,5 Millionen Franken gegen drohende zehn Jahre Freiheitsentzug, nahm der frischgebackene „Geschäftspartner" des Staatsanwaltes, Bela Rabelbauer (51), Chef einer Handelsgesellschaft in Dornbirn/Vorarlberg, mit überschäumender Freude an. Rabelbauer, eine schillernde Figur, stand schon einige Male vor Gericht: Zunächst, als er noch Konsul der Republik Costa Rica war und Mitte der siebziger Jahre unter Ausnutzung seines Diplomatenstatus versuchte, Brillanten und Kunstgegenstände unverzollt über die Grenze zu schmuggeln. 1980 sorgte er als „Mann mit dem Koffer" für einen politischen Skandal, als er versucht hatte, mit einer Spende von umgerechnet 1,5 Millionen Mark an die Österreichische Volkspartei (ÖVP) Mandate zu erkaufen. Rabelbauer bewies auch während des Tauschgeschäftes mit dem Staatsanwalt, daß er ein schlauer Fuchs ist: Er übergab die hohe Bestechungssumme in zwei Teilbeträgen in seinem Schweizer Büro in Widnau an den Staatsanwalt. Vorher hatte er jedoch ohne Wissen Mosers wie in einem Thriller eine Videoanlage und Mikrofone installieren lassen, um für die Übergabe des Geldes „stumme Zeugen" zu haben.

Das Bestechungsgeld, mit dem Moser, Vater von sechs Kindern, wie er sagte, „einen neuen Lebensabschnitt im Ausland" beginnen wollte, landete allerdings auf keinem Bankkonto. Der Staatsanwalt legte kurioserweise ein typisch wienerisches „Depot" an: Er legte das Vermögen in zwei Keksdosen, die er unter dichtem Gestrüpp in einem Weingarten im Wiener Heurigenort Sievering vergrub, wo es von der Polizei nun auch gefunden wurde. Bela Rabelbauer hat sich vorsichtshalber ohne Angabe einer Adresse auf Urlaub begeben.

Die starken Männer und ihre Umtriebe

KLAUS BLUME, Bonn

Wer früher die Rufnummer 0 91 71/6 06 33 wählte, hatte ihn meist direkt am Apparat, den Ringer-Olympiasieger Pasquale Passarelli. Und der gab dann auch immer einen Schwank aus seinem Leben zum besten, zum Beispiel den: „Meine achtzigjährige Oma Angela will mir ihre fünf Hochhäuser in der Nähe von Mailand vererben." Die Boulevardblätter haben so etwas auch noch gern gedruckt. Wer heute die Rufnummer 0 91 71/6 06 33 wählt, erfährt vom Anrufbeantworter, der Versicherungskaufmann Pasquale Passarelli komme gleich mal vorbei, man müsse nur Namen und Anschrift hinterlassen.

Daraus dürfte denn doch so schnell nichts werden. Passarelli und sein zwei Jahre älterer Bruder Tomaso befinden sich in Untersuchungshaft. Ihnen wird Begünstigung und Hehlerei vorgeworfen. Die beiden haben gestanden, als Helfer des 51jährigen Geldboten Egon Busch tätig gewesen zu sein, der am 5. Juli dieses Jahres 654 000 Mark unterschlagen haben soll. Busch ist der Schwiegervater von Tomaso Passarelli, eines Bundesliga-Ringers aus Schifferstadt. Auch Pasquale Passarellis Freundin Sonja Ostermann, die Tochter des Bundestrainers, wurde vorübergehend festgenommen.

Nun ist dies nicht das erste Mal, daß der Ringer-Olympiasieger mit dem Gesetz in Konflikt geraten ist. Am 27. November 1981 sprachen zwei



Pasquale Passarelli – ganz oben, vor einem Jahr FOTO: AP

Herren in Zivil in seinem Dienstzimmer der Ludwigshafener Bäder- und Sportverwaltung vor und führten ihn ins Polizei-Präsidium ab. Die Polizei sprach damals vom Tatbestand der Urkundenfälschung im Zusammenhang mit einem Sportwagen im Werte von rund 60 000 Mark. Es kam damals zu keiner Anklage, die Sache verlief im Sande. Passarelli schied aus dem Stadtdienst freiwillig aus und verließ Ludwigshafen. Ein äußerst prominenter Mitbürger soll sich damals für den prominenten Sportler eingesetzt haben...

Die starken Männer und ihre Umtriebe: Verbandspräsident Hermann Schwindling sagt: „Das ist doch nicht gleichzusetzen mit dem Bild des Deutschen Ringer-Bundes." Hoffentlich, denn da gibt es zum Beispiel den Fall Dieter Schwind. Der 22jährige ehemalige Junioren-Weltmeister aus Aschaffenburg hat dieser Tage eine 14monatige Haftstrafe angetreten – wegen Körperverletzung. Vor Gericht sagte Schwind, diese Folgen einer Wirtshaus-Schlägerei hätten ihre Ursache auch darin, daß Junioren-Bundestrainer Detlef Spengler (Krefeld) die deutschen Nachwuchs-Ringer mit verbotenen aggressionsfördernden Aufputschmitteln versorge. Präsident Schwindling nennt seinen ehemaligen Star nun „einen echten Verbrecher".

Oder da ist der Fall des ehemaligen Ringer-Europameisters Roland Bock, dessen finanzieller Schaden sich auf rund drei Millionen Mark belief, als ihn das Münchner Landgericht für drei Jahre wegen Betrugs und vorsätzlich unterlassener Konkursanmeldung ins Gefängnis schickte. Auf den Mann warten überdies noch 300 000 Mark Steuerschulden, bei der AOK steht er mit 50 000 Mark in der Kreide. Künftig möchte Bock jugendliche Ringer auf den rechten Weg führen...

Oder der Fall Wilfried Dietrich, Deutschlands Ringer-Denkmal aus Schifferstadt. Der Olympiasieger von 1960 brachte es beruflich vom Kranführer bis zum Chauffeur des Landrats von Speyer, um sich dann bei einem Fuhrunternehmer zu verdingen, der Autos in den Vorderen Orient bringen wollte. Ein windiges Unternehmen, mit dem Dietrich auf den Bauch fiel. Als der „Kran von Schifferstadt" sich auch noch als Catcher bemühte und Kämpfe nach Südafrika vermitteln wollte, führte ihn das zusätzlich noch auf sportpolitisches Glatteis.

Oder der Fall Adolf Seger. Der ehedem so brave Postbote kam ins Gerede, als er Silvia Wenzinger ehelichte, die als „Todesengel von Freiburg" Schlagzeilen machte, weil sie in einer Freiburger Bar einen Freund erschossen hatte. Seger, der ehemalige Weltmeister, war aufs Kreuz gelegt worden, denn der Bekanntenkreis seiner Silvia hatte mit dem eines Beamten so gar nichts gemein...

Die starken Männer und ihre Umtriebe: Gewichtheber-Olympiasieger Karlheinz Radschinsky wurde verhaftet, weil er mit verbotenen Anabolika gehandelt hat, Passarelli, weil ihm ebenfalls der Sinn nach mehr Geld stand.

Wer wird der nächste?

Grabenkämpfe vor dem Weltkongreß für Hochbegabte

gs. Hamburg

Vom 5. bis 9. August findet in Hamburg die Weltkonferenz für hochbegabte Kinder statt. Schon jetzt haben rund 1000 Teilnehmer aus 40 Ländern – von A wie Australien bis Z wie Zimbabwe – ihr Kommen zugesagt. Rechtzeitig zu Beginn ist in Deutschland in Fachkreisen eine Kontroverse über die Förderung hochbegabter Kinder ausgebrochen. Für den Psychologen der Universität Hamburg Harald Wagner wird in Deutschland auf diesem Gebiet viel zuwenig getan: „Während wir noch über das Problem ‚Hochbegabungen – ja oder nein?' diskutieren, haben andere Länder längst mit der Förderung begonnen."

Dagegen sind die Gegner jeglicher Förderung der Ansicht, daß sich besonders talentierte Kinder auch so durchzusetzen verstehen. Noch einen Schritt weiter will offenbar der Hamburger Psychologe Axel Hirsch gehen, der gar vom „Mythos des hochbegabten Kindes" spricht. Auf Konkurrenzveranstaltungen wollen die Gegner ihre Argumente vortragen. Für die meisten Teilnehmer dürften freilich andere Probleme im Vordergrund stehen. So die Integration der „Intelligenzbestien" in die Schule, wo viele – ähnlich wie die Minderbegabungen, wenn auch aus anderen Gründen – in die Außenseiterrolle gedrängt werden.

US-Forscher: Aids-Gefahr auch in Deutschland

DW. München

In Sachen Aids hat die deutsche Wissenschaft – bis auf wenige Ausnahmen im wissenschaftlichen Bereich – bisher geschlafen. Diesen Vorwurf erhob der deutsch-amerikanische Sexualwissenschaftler Erwin J. Häberle in einem vorab veröffentlichten Interview mit einer in München erscheinenden Illustrierten. Häberle, der in San Franzisko das Institut für fortgeschrittene Sexualforschung leitet und als einer der renommiertesten Aids-Fachleute der Welt gilt: „Wenn nicht endlich etwas getan wird, besteht die Gefahr, daß Aids sich zu einer neuen, schrecklichen Volksseuche entwickelt." Und das auch in Deutschland. Dann sei die Zeit nicht mehr fern, wo der Wechsel des Freundes oder der Freundin zu einem nicht mehr zu verantwortenden Gesundheitsrisiko werde. Treue müßte daher wieder großgeschrieben werden.

Misereor-Bericht

AP, Bonn

Mit 280,7 Millionen Mark haben das Bischöfliche Hilfswerk Misereor und die Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe im vergangenen Jahr in 99 Entwicklungsländern den Kampf gegen Hunger und Elend fortgeführt. Bei der Vorstellung des Jahresberichts 1984 der kirchlichen Hilfsorganisation wies Misereor-Hauptgeschäftsführer Prälat Norbert Herkenrath gestern in Bonn bedauernd darauf hin, daß langfristige Entwicklungsprojekte hinter dringend notwendigen Sofortmaßnahmen zurückzustehen hatten.

Mehr „Schnüffler"

dpa, Berlin

Immer mehr Jugendliche berauschen oder betäuben sich durch das Inhalieren von chemischen Lösungsmitteln. Darauf hat gestern der Verein für Suchtprävention und Therapie mit Drogenabhängigen in Berlin hingewiesen. Die Zahl der „Langzeitschnüffler", die mehr als ein halbes Jahr kontinuierlich „an der Tüte hängen", schätzt die Organisation allein in Berlin auf rund 2000.

Von Tigern getötet

AFP, New York

Zwei Tigerweibchen haben am Montag eine Wärterin des New Yorker Zoos in Bronx angefallen und getötet. Die 24jährige Robin Silverman hatte aus noch ungeklärten Gründen das Gehege betreten, ohne sich zu vergewissern, ob die beiden Tiere eingeschlossen sind.

Rotlicht-Sünder

AP, München

Nach einem Urteil des bayerischen Obersten Landgerichts darf ein Autofahrer trotz Rotlichts an einem Bahnübergang die Schienen überqueren. Ein Autofahrer hatte sich mit zulässigen 50 Stundenkilometern einem unbeschrankten Bahnübergang genähert, bei dem das Rotlicht in dem Augenblick aufleuchtete, als der Wagen nur noch 15 Meter vom Andreaskreuz entfernt war. Eine Notbremsung hätte unter Umständen dazu geführt, so hieß es in der Entscheidung, daß das Auto mitten auf den Schienen zum Stehen gekommen wäre. Der „Rotlicht-Sünder" wurde freigesprochen (Az.: 1 OB OWI 421/84).

Weniger Bildung

KNA, Bonn

Katholiken sind nicht unbedingt dümmer als Protestanten, aber weniger gebildet. Zu dieser Schlußfolgerung kommt Edgar Piel, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Demoskopie in Allensbach, in einem Beitrag für die „Katholische Korrespondenz". Von den 16- bis 29jährigen Protestanten seien zur Zeit etwa 23 Prozent höhere Schüler und Studenten, schreibt Piel. Bei Katholiken der gleichen Altersgruppe gebe es demgegenüber nur etwa 16 Prozent, die eine Höhere Schule oder Hochschule besuchten. Piel vertritt die Ansicht, daß sich ein Bildungsdefizit der Katholiken bis heute noch in allen möglichen Bereichen der Allgemeinbildung nachweisen läßt. Offenbar haben Protestanten eine höhere Motivation, ihre Kinder auch unter ungünstigen Bedingungen, etwa auf dem Lande, auf eine Höhere Schule zu schicken.

Die Vertreibung aus dem Parlament wirft ihre Schatten voraus

Von EBERHARD NITSCHKE

Sogar der alte 10 000-Kilo-Kran unter der altertümlichen Decke bleibt drin: „Den Charakter der Werkhalle wollen wir vollständig erhalten", erfuhr Bundestagspräsident Philipp Jenninger, als er gestern erstmals die Baustelle des Not-Parlaments besichtigte, in das die 520 Bundestagsabgeordneten ab Mai 1986 zu ihren Plenarsitzungen umziehen müssen. Das alte Bonner Wasserwerk von 1875 auf dem Bundestagsgelände wird mit einem Kostenaufwand von 15,35 Millionen Mark umgebaut, derweil der jetzige Plenarsaal wegen Einsturzgefahr in einer auf zwei Jahre festgesetzten Umbauphase völlig neugestaltet werden soll.

Eng wird es werden in dem neugotischen Gemäuer, mit dessen Errichtung vor mehr als hundert Jahren das Zeitalter der WCs für Bonn begann. Daß dennoch für fast alle Abgeordneten ein Sitzplatz vorhanden sein wird, verdankt man einer raffinierten Planung, wie der Leiter der Abteilung Bauwesen des Bundesbauministeriums, Erhard Weiß, erklärte. Danach werden die Sitzreihen immer gebogener, die Plätze immer schmaler. Das Ergebnis: Es gibt im „Wasser-Parlament" 404 fest installierte Stühle mit Klapp-Pulten in den Seitenlehnen, 66 können bei Bedarf in den Ecken aufgebaut werden.

Bundestagspräsident Jenninger lobte auf der Baustelle den Entwurf und brachte auch vor, daß sich viele Parlamentarier von der neuen Enge eine lebendigere Debatte versprächen. Der große Nachteil aber sei die angesichts der denkmalgeschützten Platzverhältnisse fast ausgeschlossene Öffentlichkeit. Während es heute im Plenarsaal des Bundeshauses 310 Besucherplätze plus 125 für Diplomaten und noch einmal so viele für die Presse auf den Tribünen gibt, werden es im Wasserwerk für alle Gruppen zusammen nur 156 sein. Das bedeutet, daß zwei Jahre lang die bei den jährlich einer Million Bonn-Besuchern so beliebten und monatelang vorher ausgebuchten Besuche des Bundeshauses zu zwei Dritteln ausfallen müssen.

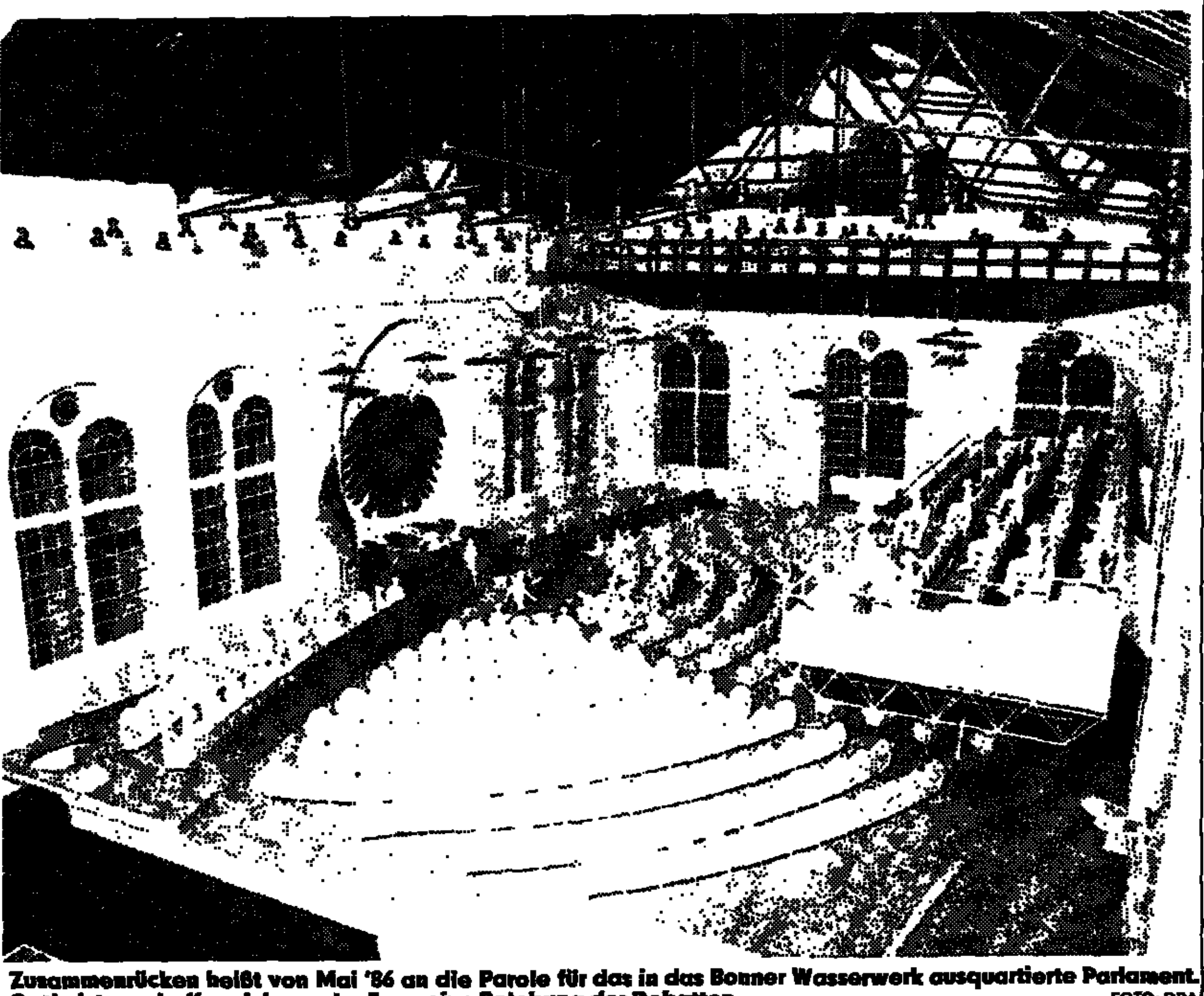
Die Notlösung, für die schon vor zwei Jahren die Bundestagsabgeordneten Detlef Kleinert und Thorsten Wolfgramm (beide FDP) und der Abgeordnete Hans Stercken (CDU) plädierten, ist mit mancherlei Kuriosem verbunden. Da im Untergeschoß des Pumpenhauses die vollständige Einrichtung für die gesetzlich vorgeschriebene Notwasserversorgung von Bonn vorhanden war, mußte diese zunächst uminstalliert werden. Die Volksvertreter werden ihren engen Plenarsaal durch einen gedeckten Gang vom Bundeshaus aus erreichen, der Präsident und seine Begleitung aber kommen durch einen anderen Eingang von der Rheinuferseite her – nicht etwa um Privilegien zu schaffen, sondern weil es sonst keinen Platz für diesen Aufzug gibt.

Der Präsident wird über sich den bekannten Adler aus dem Plenarsaal haben, den man aus dem Altbau mitnimmt, zu seinen Füßen den 20 Meter tiefen Brunnen des Wasserwerks. Vor dem Plenarsaal befindet sich eine Mini-Lobby. Garderobe, Toiletten und Cafeteria werden im ehemaligen Pumpenkeller eingerichtet; der Platz für „Herren" mußte nochmals ein Geschoß tiefer angesiedelt werden, das auf den Plänen die Bezeichnung „Kriechkeller" trägt.

Um dem Fernsehen zu seinem Recht zu verhelfen, mußten kanzelartige winzige Ausbuchtungen aus Beton in Tribünenhöhe eingebaut werden, die gerade Raum für die Kamera und den Kameramann bieten. Da der Charakter des Industriedenkmals unbedingt gewahrt werden mußte, dient der freistehende Kamin beim Kesselhaus des Wasserwerks künftig der Frischluft-Produktion für die Belüftungsanlage.

Der Umbau des alten Plenarsaals wird nach den Angaben von Weiß rund 87 Millionen Mark kosten. Der zuständige Regierungspräsident von Köln, Franz-Josef Antwerpes, hatte im November 1983 mit der Schließung des traditionsreichen Raumes gedroht, weil die seinerzeit hastig eingesetzte Decke aus Holz und anderen brennbaren Baustoffen bestehe, die von immer zahlreicher werdenden Stark- und Schwachstromkabeln durchzogen sei. Aus brennbaren Materialien bestünden auch die Deckenabhängungen im Rettungsflur des Plenarsaals und teilweise im Bereich der Treppenräume. Die Fußbodendecke des Plenarsaals sei nicht feuerbeständig, und es fehle die vorgeschriebene Rauchabzugsöffnung.

Antwerpes damals: „Jeder Tanzsaal in Klein-Kleckersdorf ist sicherer als unser Parlament."



Zusammenrücken heißt von Mai '86 an die Parole für das in das Bonner Wasserwerk ausquartierte Parlament. Optimisten erhoffen sich von der Enge eine Belebung der Debatten. FOTO: DPA

LEUTE HEUTE

Gechartert

Eine Woche nach seiner Einlieferung in das Pariser „American Hospital" ist der an Aids erkrankte Schauspieler **Rock Hudson** wieder in die Vereinigten Staaten zurückgeflogen. Für den Transport des schwerkranken Stars war eigens eine Boeing der französischen Fluggesellschaft Air France für 100 000 Mark gechartert worden. Der Rückflug des 59jährigen in die USA war von größter Geheimhaltung umgeben. Noch wenige Stunden vor dem Abflug hatte die Pariser US-Botschaft die Presse wissen lassen, Rock Hudson habe den Wunsch geäußert, in ein französisches Militärkrankenhaus verlegt zu werden. Das amerikanische Handelsministerium teilte inzwischen mit, es werde auf die Ausstrahlung eines Fernsehspots, in dem Hudson für seine Heimat Illinois werben sollte, verzichten – „aus Achtung vor der Familie" des Schauspielers.

Gefunden

Ausländische Münzen im Gesamtgewicht von 1,4 Tonnen, die in Spiel- und Verkaufsautomaten in der Bundesrepublik Deutschland gefunden wurden, hat **Rolf Nierfeld**, Geschäftsführer der Organisation deutscher Automatenaufsteller, für einen guten Zweck ummünzen lassen. Mitarbeiter der Commerzbank in Frankfurt haben in monatelanger zusätzlicher Arbeit diese Münzen aus 41 Ländern sortiert, gezählt und über die internationalen Verbindungen der Bank verwertet, um einen möglichst hohen Gegenwert zu erzielen. So konnte denn Nierfeld jetzt der Vorsitzenden



der Deutschen Welthungerhilfe, **Helga Henselder-Barzel** (Foto), einen Scheck in Höhe von 20 313 Mark überreichen. Die Organisation ist besonders in diesen Tagen auf Unterstützung angewiesen, denn alleine im Mai des Jahres ist das Spendenaufkommen der Deutschen Welthungerhilfe um 65 Prozent gesunken.

Gestartet

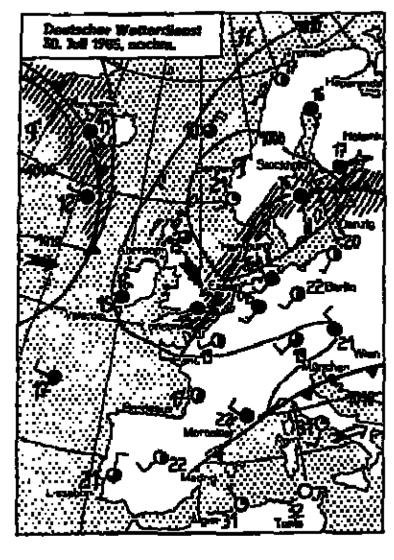
Der Abenteurer **Arwed Fuchs** (32) will als erster Mensch den magnetischen Pol im Nordpolarmeer mit einem Kajak erreichen. Gemeinsam mit seinem amerikanischen Freund **Jeff Scott** will Fuchs, der aus Bad Bramstedt im Kreis Segeberg kommt, Anfang August von Kanada aus starten. Ende dieses Monats, so hofft er, werde er den magnetischen Pol erreicht haben, nach dem sich alle Kompasse ausrichten. „Wenn die Nadel nach unten zeigt", so Fuchs, „wissen wir, daß wir da sind."

Geirrt

Ein aus Buchenzweigen und Stahldrähten bestehendes Kunstwerk, das der Pariser Bildhauer **Pierre Weber** (38) während der vergangenen 14 Tage im Schweiße seines Angesichts auf dem Gelände des Europäischen Skulpturenparks in Willebadessen (Kreis Höxter) geschaffen hatte, wurde von Mitarbeitern des Bauhofs der Stadt falsch eingeschätzt. Sie rissen es kurzerhand ab und transportierten die traurigen Reste auf den Müll. Offenbar hatten sie geglaubt, Webers „landschaftsbezogenes Kunstwerk" sei eine Spielerei von Kindern.

WETTER: Unbeständig und kühl

Wetterlage: An der Südseite eines zur Ostsee ziehenden umfangreichen Tiefdruckgebiets fließt wolkenreiche und kühle Meeresluft in Richtung Deutschland.



Vorhersage für Mittwoch:

In ganz Deutschland wechselnd, meist stark bewölkt und einzelne schauerartige Regenfälle, in Süddeutschland zum Teil auch Gewitter. Tageshöchsttemperaturen im Norden um 18 Grad, im Süden um 20 Grad. Tiefstwerte nachts um 13 Grad. Mäßiger, im Norden auch frischer bis starker Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten:

Zunächst noch keine durchgreifende Änderung.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	22°	Kairo	31°
Bonn	18°	Kopenh.	18°
Dresden	23°	Las Palmas	24°
Essen	15°	London	15°
Frankfurt	19°	Madrid	22°
Hamburg	16°	Mailand	27°
List/Sylt	16°	Mallorca	30°
München	19°	Moskau	22°
Stuttgart	20°	Nizza	27°
Algier	30°	Oslo	16°
Amsterdam	15°	Paris	19°
Athen	32°	Prag	19°
Barcelona	23°	Rom	32°
Brüssel	16°	Stockholm	16°
Budapest	27°	Tel Aviv	31°
Bukarest	34°	Tunis	32°
Helsinki	17°	Wien	21°
Istanbul	32°	Zürich	18°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 5.46 Uhr, Untergang: 21.10 Uhr; **Mondaufgang:** 22.05 Uhr, Untergang: 5.45 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

„Noch nie so nahe an der Katastrophe"

Probleme nach Start der US-Raumfähre „Challenger" / Ein Triebwerk abgeschaltet

WOLFGANG WILL, New York

Das Drama, das drei Minuten und 30 Sekunden nach dem Abheben der Raumfähre „Challenger" begann, wäre um Haaresbreite zu einer Tragödie geworden, denn sekundenlang schien die Wasserung im Atlantik unvermeidlich. Nicht nur Triebwerk eins schaltete wegen starker Überhitzung vorzeitig ab, ein Überhitzungsproblem gab es auch mit Triebwerk drei. Nur die blitzschnelle Reaktion des Kontrollzentrums und des Raumflugzeug-Kommandanten Gordon Fullerton verhinderten eine Notlandung auf der griechischen Mittelmeerinsel Kreta oder gar den Absturz.

„Mit nur einem Triebwerk hätten wir die Umlaufbahn nicht erreicht, und die Chance, die Landebahn in Kreta anzusteuern, ist äußerst gering gewesen", erklärte Flugdirektor Cleon Lacefield in Houston. Er war verantwortlich für die erste Nachstart-Flugphase.

„Über den Punkt, wo wir zur Notlandung in Rota/Spanien hätten ansetzen können, waren wir bereits hinweg", erläuterte der Flugdirektor weiter. „So nahe waren wir noch niemals an der Katastrophe", meinte ein Nasa-Ingenieur am Florida-Startkap.

Nachdem es beim Countdown wegen des Ausfalls eines Navigationsgerätes eine Startverzögerung von rund eineinhalb Stunden gegeben hatte, hob die „Challenger" mit ihrer siebenköpfigen Besatzung und den „Spacelab"-Apparaturen von der Startrampe 39 ab. Drei Minuten und 30 Sekunden später war es mit der üblichen, während der Aufstiegsphase herrschenden Routine im Cockpit, in Mission Control und am Startkap jäh vorbei.

Die Temperaturen im Triebwerk Nummer eins zeigten 1960 Grad Fahrenheit an. Da Hitzesensoren oftmals inkorrekte Daten ermiteln, wurde der erste Temperaturmesser abgeschaltet und ein Ersatzsystem in Gang gesetzt. Aber auch dieser Sensor zeigte binnen einer Minute an, daß die Temperatur an einer Treibstoffpumpe des fraglichen Triebwerkes viel zu hoch war. Daraufhin wurde das Triebwerk – fünf Minuten und 45 Sekunden nach dem Start – abgeschaltet.

„Ato", lautete jetzt der Befehl aus Mission Control, den Kommandant Fullerton mit ruhiger Stimme wiederholte: „Abort to Orbit" – mit aller vermindert-verfügbaren Kraft auf die Umlaufbahn. Jetzt wurde ein ungewöhnliches Flugmanöver erforderlich: Das Gewicht der „Challenger" mußte verringert werden. Deshalb wurden 1980 Kilogramm Treibstoff aus den Tanks gepumpt.

Noch ein weiteres Mal sollte während der Aufstiegsphase der „Challenger" Alarmstimmung in Mission Control aufkommen: Acht Minuten und zwölf Sekunden nach dem Start zeigten die Geräte das Überhitzen des zweiten Triebwerkes an, dessen Abschalten den Absturz der Maschine oder den Versuch einer Notlandung unumgänglich gemacht hätten.

Mission Control, obwohl nie zuvor in der Realität mit solchen Problemen konfrontiert, setzte alles auf eine Karte. Die angezeigte Überhitzung wurde durch Computer-Befehl einfach ignoriert, so daß die „Challenger" mit ihren verbleibenden zwei Haupttriebwerken die Umlaufbahn, wenn auch eine niedrigere, erreichen konnte. (SAD)

ZU GUTER LETZT

Über die vom Aussterben bedrohte Simmentaler Kuh heißt es in der „Schweizer Illustrierten": „Schweizer Zuchtstiere sind eine Rarität geworden. Denn aus dem Ausland kommen Züchtungen, die bedeutend mehr Milch produzieren können."